

Heft 163

Ausgabe 3 | 2008

ISSN 0170-461

K 5361

5,00 Euro



⊕ Pro und ⊖ Contra:
Gesundheitsfonds stoppen
Karl Lauterbach vs.
Elke Ferner

Richtung bestimmen!



Interview mit Nils Annen
60 Jahre NATO:
Größer, aber nicht geeinter

Franz Walter
Aus dem Lot geraten

Benjamin Mikfeld
Alles muss raus



Kurzum | von Horst Peter

» Beim Besuch des Mathematikums in Gießen, um meinem Enkel einen anderen Zugang zur Welt der Zahlen und Formen zu ermöglichen, erschließt sich auch mir assoziativ der Zugang zu den Rätseln der Mehrheitsfindung in einem Fünfparteienparlament. Die gewohnte Formel $1+1 = \text{Mehrheit}$ stimmt nur noch im Ausnahmefall. Da es aber ein unverzichtbarer demokratischer Imperativ eines gewählten Parlaments ist, Mehrheiten – im Normalfall Regierungsmehrheiten – zu finden, bedarf es anderer Ordnungsprinzipien und Rechenarten, um diesem Auftrag gerecht zu werden. Der mathematische, aber auch politische Lösungsweg ist die Mengenlehre. Der in Wahlen zum Ausdruck gebrachte Wählerwille ist die entscheidende Größe, mathematisch ausgedrückt: das Mengensystem mit den politischen Forderungen, die Mehrheiten gefunden haben, als Elementen. Die fünf Fraktionen sind Teilmengen des Wählerwillens. Notwendige Bedingung der Ermittlung des Wählerwillens ist die gleiche Beteiligungsmöglichkeit aller Fraktionen.

Kurzum: Zur Mehrheitsfindung darf sowohl aus Gründen der mathematischen als auch der politischen Vernunft die Fraktion der Linken nicht aus der Willensbildung ausgeschlossen werden oder sich selbst ausschließen.

» Die Parteien traten in Hessen mit sich ausschließenden Konzepten an. Einerseits Rot-Grün mit einem Nachhaltigkeitskonzept und einer sozial-progressiven Andrea Ypsilanti als Spitzenkandidatin. Auf der anderen Seite CDU und FDP mit einem neokonservativ verbrämten marktradikalen Konzept und einem rechtspopulistischen Roland Koch, der mit der Kampagne „Al-Wazir, Ypsilanti und die Kommunisten stoppen“ Wähler binden wollte. Beide versuchten, mit scharfer Abgrenzung, die Linke unter der 5% Hürde zu halten. Die WählerInnen entschieden sich trotzdem für einen Fünffraktionenlandtag. Damit war eine traditionelle Mehrheitsfindung zur Umsetzung des Wählerwillens nicht möglich. Der mutige Versuch Andrea Ypsilantis, den programmatischen



↳ Horst Peter, spw-Mitherausgeber, lebt in Kassel.
Foto: privat

Mehrheitswillen des Wählers in einer Rot-Grünen Minderheitsregierung wirksam werden zu lassen, scheiterte vor allem an innerparteilichen Hecken-schützen, denen die Isolierung der Linkspartei wichtiger war als die Umsetzung des eigenen Programms.

Kurzum: Bei künftigen Wahlen gewinnt die Verbindlichkeit des eigenen Programms schon bei der Aufstellung der KandidatInnen für den Landtag und der SpitzenkandidatIn entscheidende Bedeutung.

» Die hessische SPD hatte den Kernsatz des Hamburger Programms „Nachhaltigkeit betrachten wir als das einzige verantwortbare Grundprinzip politischen und wirtschaftlichen Handelns im 21. Jahrhundert“ ernst genommen und im Wahlprogramm auf die Leitbegriffe „soziale Moderne“, „ökologische und soziale Gerechtigkeit“ und „neue politische Orientierung“ zugespitzt. Andrea Ypsilanti verkörperte dieses Programm glaubwürdig. Das im Vergleich zu Niedersachsen und Hamburg hervorragende Wahlergebnis zeigt: Mit dem Hamburger Programm sind Wahlen zu gewinnen!

Kurzum: Kurt Beck, der für das Hamburger Programm steht, hat zu gegebener Zeit nur eine sehr begrenzte Auswahl für den Vorschlag einer Kanzlerkandidatin. ■

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)
 Jutta Blankau (Hamburg)
 Klaus Dörre (Jena)
 Iris Gleicke (Schleusingen)
 Michael Guggemos (Berlin)
 Michael R. Krätke (Amsterdam)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Benjamin Mikfeld (Berlin)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Andrea Nahles (Weiler)
 Horst Peter (Kassel)
 Florian Pronold (Deggendorf)
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)
 René Röspele (Hagen)
 Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
 Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Thorben Albrecht
 Claudia Bogedan
 Björn Böhning
 Cordula Drautz
 Sebastian Jobelius
 Oliver Kaczmarek
 Bettina Kohlrausch
 Anja Kruke
 Lars Neumann
 Dorothea Steffen
 Thilo Scholle
 Inken Wiese

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:
 Stefan Stache

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
 Telefon 0231 - 2 02 00 11
 Telefax 0231 - 2 02 00 24
 spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Redaktionsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
 Müllerstraße 163, 13353 Berlin
 Telefon 030 - 4 69 22 35
 redaktion@spw.de, www.spw.de

Geschäftsführung:

Robin Baranski
 Hans-Joachim Olczyk
 Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 8 Heften im Jahr.
 Jahresabonnement Euro 39,-
 (bei Bankeinzug Euro 37,-)
 Auslandsabonnement Euro 42,-
 Abbestellungen mit einer Frist von drei
 Monaten zum Jahresende.
 ISSN 0170-461 - K 5361
 ©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2008.
 Alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung:

liniezwei Kommunikationsdesign GbR,
 Düsseldorf

Titelfoto:

www.fotolia.de, ©Thaut Images

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn
 1.-3. Tausend, April 2008

■ Meinung

- Föderalismus vor dem Ende der Solidarität? | Stefan Brangs 4
 Online-Durchsuchung: Gesetzgeber sollte aus Fehlern lernen
 | Rosemarie Will 5
 Entscheidung für Forschung und Lebensschutz | René Röspele 6
 Werdet wieder souverän | Gerry Woop 7
 ■ Pro: Gesundheitsfonds stoppen | Karl Lauterbach 8
 ■ Contra: Gesundheitsfonds stoppen | Elke Ferner 9
 60 Jahre NATO: Größer, aber nicht geeinter
 | Interview mit Niels Annen 10

■ ■ Im Fokus: Richtung bestimmen!

- Einleitung zum Schwerpunkt 12
 | Kai Burmeister, Lars Neumann, Stefan Stache
 Alles muss raus | Benjamin Mikfeld 16
 Aus dem Lot geraten | Franz Walter 19
 Wege zu einem sozialen Deutschland | Michael Dauderstädt 23
 Alle wollen regieren – wir wollen verändern | Stefan Liebich 28
 Am Ende des Dritten Weges | Ernst Hillebrand 32
 Aufbruch in die Soziale Moderne:
 Auftakt, Rückschlag, Ausblick | Thorsten Schäfer-Gümbel 36
 Gerechtigkeit und Glaubwürdigkeit
 | spw-Streitgespräch: Ernst-Dieter Rossmann vs. Christian Lange 39
 Literaturschau | Stefan Stache, Kai Burmeister 43

■ ■ ■ Magazin

- Kinderspiel Kapitalismus | Gesa Rünker 44
 Stichwort zur Wirtschaftspolitik:
 Konjunktur und Beschäftigung | Arne Heise 45
 Innenminister Schäubles Umgang mit dem Rechtsstaat
 | Frank Hofmann 47
 Eine neue Schuldenregel für Deutschland?
 | Petra Merkel, Ortwin Runde 50

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

- Meldungen:
 Marxistischer Selbstdenker: Zum Tode Peter von Oertzens,
 Rossmann als PL-Sprecher bestätigt, DL 21 Baden-
 Württemberg fordert Stopp des Gesundheitsfonds 54
 5 Fragen an ... Dieter Scholz 58

Föderalismus vor dem Ende der Solidarität?

von Stefan Brangs ■ ■

» Föderalismus bedeutet einerseits Eigenständigkeit, andererseits Gemeinschaft – und nicht zuletzt Solidarität. Nicht wenige verstehen die Föderalismusreform II jedoch nicht als Reform der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern mit dem Ziel einer gerechten Finanzausstattung, sondern als „einmalige“ Chance, das Wesen eines sozialen und solidarischen Bundesstaates durch einen neoliberalen Wettbewerbsföderalismus zu ersetzen. Ihre Intention reiht sich damit nahtlos in eine schleichende Entsolidarisierung unserer Gesellschaft ein.

» Während auf europäischer Ebene über eine vernünftige Harmonisierung des Steuerrechts diskutiert wird, ist es geradezu grotesk, auch noch innerhalb Deutschlands in einen unkontrollierbaren Steuerwettbewerb eintreten zu wollen. Unterschiedliche Steuergesetzgebung oder Sozialstandards, die Aufgabe eines solidarischen Finanzausgleichs oder generelle Verschuldungsverbote schaffen neue Probleme, ohne alte zu lösen. Dies kann nicht unser Ziel sein. Die bestehende strukturelle Chancenungleichheit unter den Ländern würde durch starre Verschuldensregelungen gerade bei den Ländern verstärkt, die dringend einen Handlungsspielraum benötigen, um Gestaltungsfähigkeit nicht zu verlieren. Ein Neuverschuldungsverbot dient dabei nicht kommenden Generationen, sondern zwingt zu einer Haushaltspolitik, die auch jede Investition, die langfristig zu einer Haushaltskonsolidierung beiträgt, ausschließt.

Sachsen hat mit seinem Landesbank-Debakel quasi über Nacht erfahren müssen, dass selbst ein „ostdeutsches Musterland“ plötzlich Bürgschaften von über 2,75 Milliarden Euro übernehmen muss,

deren Inanspruchnahme ohne aktuelle Steuererhöhungen eine Neuverschuldung unausweichlich macht, wenn das Gemeinwesen nicht zum Erliegen kommen soll. Ein Neuverschuldungsverbot wird so schnell zum Bumerang, der auch künftige Generationen trifft.

» Ich sehe die Gefahr, dass eine falsche Ausrichtung der Föderalismusreform II demografische Wanderungsbewegungen verstärkt, die Angleichung von Lebensverhältnissen und damit die Zukunftschancen vieler Regionen Deutschlands – gerade im Osten – erschwert und insgesamt eine Abwärtsspirale entsteht, die am Ende auch jene Länder trifft, die kurzfristig profitieren. Deshalb muss es bei der Föderalismusreform II allein um das Ziel gehen, die Finanzbeziehungen des Bundes und der Länder so zu ordnen, dass die Menschen in unserem Land gerecht am Wohlstand teilhaben.

Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist ein grundlegendes Verfassungsprinzip des sozialen Bundesstaates, das wir weder abschaffen können, noch dürfen. Ein Gegeneinander von „arm“ und „reich“ als Folge der angedachten „Schuldenbremse“ wäre das Ende des Föderalismus in Deutschland. Und wenn schon die Solidarität innerhalb eines Bundesstaates und damit zwischen staatlichen Ebenen aufgegeben werden soll, stellt sich die Frage, ob ein Staat an anderer Stelle noch glaubhaft Solidarität einfordern kann, wenn er sie für sich selbst bereits abgeschafft hat. ■



☞ Stefan Brangs, MdL, ist Parlamentarischer Geschäftsführer SPD Fraktion im Sächsischen Landtag und lebt in Schmölln-Putzkau in der Oberlausitz.

Foto: SPD-Landtagsfraktion Sachsen

Online-Durchsuchung: Gesetzgeber sollte aus Fehlern lernen

von Rosemarie Will ■ ■

» Am 27. Februar 2008 hat das Bundesverfassungsgericht wieder einmal Rechtsge-
schichte geschrieben. Die Entscheidung
über heimliche Online-Durchsuchung privater
Rechner, die der nordrhein-westfälische Verfas-
sungsschutz durchführen wollte, nahmen die
RichterInnen zum Anlass, das allgemeine Persön-
lichkeitsrecht nach Artikel 2 Absatz 1 unseres
Grundgesetzes der rasanten Entwicklung der In-
formationstechnik anzupassen. Sie schufen dafür
ein neues Grundrecht der „Gewährleistung der
Vertraulichkeit und Integrität informationstech-
nischer Systeme“.

Dieses Urteil darf gewiss als „großer Wurf“ des
Verfassungsgerichts bewertet werden. Doch wel-
che Konsequenzen ergeben sich aus diesem Urteils-
spruch? Mit der Entscheidung der Verfassungsrich-
terInnen wird deutlich, dass eine Online-Durch-
suchung von Computern kaum möglich sein wird.
Die Online-Durchsuchung darf nur bei „tatsäch-
lichen Anhaltspunkten einer konkreten Gefahr für
ein überragend wichtiges Rechtsgut“, nur nach
vorheriger richterlicher Genehmigung und nur bei
einem hinreichenden Schutz des Kernbereichs pri-
vater Lebensgestaltung eingesetzt werden. Damit
scheidet die Online-Durchsuchung in den meisten
Fällen aus: Für die Verfolgung von Straftaten sind
die gewonnenen Informationen kaum verwertbar,
weil sie nicht den Anforderungen an digitale Be-
weise genügen. Für die Abwehr von Gefahrensitua-
tionen dürfte der „Bundestrojaner“ regelmäÙig
zu spät kommen, wenn die konkrete Gefährdung
bereits bekannt ist.

» Anstatt zu überlegen, wie eine gerade
noch mit der Verfassung vereinbare heim-
liche Online-Durchsuchung aussehen könnte,
sollte sich der Gesetzgeber jetzt einer viel
dringlicheren Aufgabe widmen. Das neue Com-
puter-Grundrecht wurde nämlich nicht zu dem
Zweck erfunden, den Sicherheitsbehörden ihre
Grenzen aufzuzeigen. Vielmehr wollte das Gericht
damit all jene schützen, die heute auf die Nut-
zung von Computern und informationstechni-
schen Systemen angewiesen sind. Mit der zuneh-
menden privaten Nutzung von Computern finden
sich immer mehr Spuren des Privatlebens in der
digitalen Sphäre, die zum Teil bewusst, oft aber
auch unbemerkt auf den Systemen hinterlassen
werden. Dieser digitale Schatten – Untersuchen-
gen sprechen von 45 Gigabyte Daten, die ein PC-
Nutzer jährlich hinterlässt – bedarf nach Ansicht
der Verfassungsrichter eines besonderen grund-
rechtlichen Schutzes.

» Insbesondere die Möglichkeiten der auto-
matisierten Auswertung solcher Daten-
spuren erlauben weitreichende Rückschlüsse
auf die Persönlichkeit der Computernutzer. Die
heute auf einer Festplatte gespeicherten Daten
sind im Zweifelsfall intimer als manches Tage-
buch. Deshalb müssen auch die bestehenden straf-
prozessualen Regeln für die Beschlagnahmung
und Auswertung von Computern überprüft wer-
den. Der Gesetzgeber täte gut daran, diesen
Auftrag zum Schutz der digitalen Privatsphäre
seiner Bürger umzusetzen, bevor er sich auf die
Suche nach neuen Lücken für deren Überwachung
macht. ■



↳ Rosemarie Will,
ist Professorin für öffentliches
Recht an der Humboldt-
Universität zu Berlin und
Vorsitzende der Bürgerrechts-
organisation Humanis-
tische Union.

Foto: Humanistische Union

Entscheidung für Forschung und Lebensschutz

von René Röspel

» Mit klarer Mehrheit hat sich der Bundestag am 11. April für eine einmalige Verschiebung des Stichtages im Stammzellgesetz auf den 1. Mai 2007 ausgesprochen. Mit dem neuen Stichtag werden die Möglichkeiten der deutschen Forschung, an humanen embryonalen Stammzelllinien zu arbeiten, gesichert. Für die nächsten Jahre stehen der Grundlagenforschung in Deutschland damit mehrere Hundert ausreichende Zelllinien zur Verfügung. Die Politik aktualisiert somit den ursprünglich bereits 2002 gefassten Beschluss, dass in unserem Land in engen Grenzen die Forschung an embryonalen Stammzellen möglich sein soll.

» Eine Begründung der Stichtagsverschiebung war unter anderem die sich abzeichnende verschlechternde Qualität und Verwendbarkeit der in Deutschland verfügbaren 21 Stammzelllinien, die in der frühen Phase dieses Forschungszweiges vor 2002 hergestellt worden sind. Ein bloßes Ignorieren dieser Entwicklung wäre aus meiner Sicht falsch gewesen. Damit wäre auch der politische Kompromiss des Stammzellgesetzes ignoriert worden, der 2002 vom Bundestag nach langer ethischer Grundsatzdebatte getroffen worden ist: Keinen Anreiz zur Embryonenzerstörung an das Ausland zu geben, aber trotzdem deutsche Forscher unter bestimmten Bedingungen mit vorhandenen Zelllinien arbeiten zu lassen. Während die einmalige Verschiebung des Stichtages den politischen Kompromiss unter Beibehaltung der 2002 formulierten Bedingungen fortführt, hätten die bloße Beibehaltung wie auch die Abschaffung die Befriedung dieser gesellschaftlichen Debatte gefährdet.

» Der Vorwurf einiger Kritiker, die Verschiebung des Stichtages sei eine „Wanderdüne“, geht fehl. Sie übersehen, dass bei jedem neuen Vorschlag einer Stichtagsverschiebung in einigen Jahren es nicht mehr wie bei der beschlossenen Verschiebung ausgeschlossen werden kann, dass ein Anreiz zur Herstellung an das Ausland ausgegangen ist. Wer in einigen Jahren glaubt, eine weitere Veränderung fordern zu müssen, kann sich nicht mehr auf die Anpassung eines politischen Kompromisses berufen, sondern muss eine neue ethische Grundsatzdebatte führen. An deren Ende kann dann vor dem Hintergrund neuer Erkenntnisse ein Verbot der Stammzellforschung wie eine weit reichende Freigabe der Forschung stehen (die ich persönlich nicht sehe).

Offen ist, welche Rolle dabei die aktuellen Erfolge bei der Reprogrammierung von Zellen in ein „Quasi-Embryonalstadium“ spielen werden. Zwar gelten sie als ethisch unproblematisch, weil keine embryonalen Stammzellen, sondern Körperzellen als Ausgangsmaterial verwendet werden. Die Möglichkeit aber, aus einer Körperzelle, wie z.B. einer schnell gewonnenen Hautzelle, einen „Alleskönner mit Embryostatus“ generieren zu können, wird vielleicht eine neue ethische Debatte über die Möglichkeit des Klonens notwendig machen.

» Eine neue ethische Grundsatzdebatte war bei der einmaligen Stichtagsverschiebung nicht erforderlich. Die ethische Grundsatzentscheidung von 2002 bleibt erhalten, und Forschung kann stattfinden, ohne dass der Lebensschutz angetastet wird. ■



↳ René Röspel, MdB, u.a. stellv. Sprecher der SPD-AG Bildung und Forschung sowie Mitglied im Parlamentarischen Beirat zu Fragen der Ethik insbes. in den Lebenswissenschaften, spw-Mitherausgeber und lebt in Hagen.

Foto: www.spd-fraktion.de

Werdet wieder souverän!

von Gerry Woop ■ ■

» Es drängt einen LINKEN Sozialisten zu diesem Ausruf. Zu bedrückend sind die aktuellen Entwicklungen der Sozialdemokratie, die eine linke Hegemonie in Deutschland ins Nirwana zu verschieben scheinen. Und das, obwohl der allgemein apostrophierte Linksruck, mehr eine Abkehr vom Neoliberalen und dafür stärker werdende Gerechtigkeitsorientierung bei Wählermehrheiten, hier Vorteile versprechen müsste. Der vorsichtigen programmatischen Kurskorrektur der SPD folgt bislang jedoch mehr politisches und personelles Taumeln. Die (neo-) liberalen und konservativen Akteure frohlocken schon.

Für die SPD geht es offenkundig zuvörderst darum, sich aus der Defensive wieder in eine Position zu bringen, die auch im Abklang der großen Koalition Chancen für eine Gewinnung von 30 Prozent der WählerInnen im kommenden Jahr bereit hält. Und es ist außerdem unumgänglich, sich alle machtpolitischen Varianten zumindest als Option offen zu halten. Gerade letzteres wollen jenseits der SPD-Seeheimer Kräfte des politischen und medialen Mainstreams gern verhindern und locken in die Falle, in die Kurt Beck schon wieder getreten ist. Seinem unprofessionellen, gleichwohl in der Sache letztlich nicht falschen Agieren kurz vor und nach der Hamburgwahl folgte der vermeintliche Beruhigungsruf, auf Bundesebene würde man nie mit der LINKEN. Die Hessenerfahrung zeigt jedoch gerade, dass die SPD durch dieses Thema nur getrieben wird und am Ende ihre Politik nicht maximal umsetzen kann. So unwahrscheinlich eine rot-rot-grüne Bundesregierung aus vielen Gründen – und ich kenne so viele Ausschlussgründe für die LINKE wie für die SPD – auch sein mag, wer will sie absolut ausschließen? Und wozu eigentlich? Wem nützt das?

» Es geht derzeit für die ganze Linke um zwei Dinge. Erstens müssen die grundlegenden politischen Themen der sozialen Gerechtigkeit und des ökonomischen Regulationsmechanismus über die Parteigrenzen hinweg diskutiert werden, um gemeinsame Elemente herauszufiltern. Mindestlohn, Erbschaftssteuerreform, moderne Bahn ohne Privatisierungsmodelle, große Pflege-reform, Energiewende, neue Bürgerrechtspolitik, internationale Finanzmarktregulation, europäische Sozialunion, neue Impulse für Ganztags- und Gemeinschaftsschulen wären nur einige wichtige Stichworte, in denen Schnittmengen liegen. Natürlich kommt das Jamaikaanhängern bei den Grünen und Ampel- wie großkoalitionären Anhängern bei der SPD ungelegen. Das ist der inhaltliche Kern der SPD-internen Auseinandersetzung im Vorfeld der Positionierung als linke Volkspartei oder als Neue Mitte-Remake für die Bundestagswahl. Die SPD muss neue Ideen entwickeln, wie sie Arbeitnehmerinteressen und die auch von Ängsten geplagte Mittelschicht als linke Volkspartei wieder überzeugend ansprechen kann. So schwer es manchem fallen mag, die Existenz der LINKEN macht es möglich, sich zumindest zunächst etwas mehr auf eine an Gerechtigkeitswerten orientierte Mittelschicht zu konzentrieren.

Zweites geht es für die Linke darum, sich auf die Konsequenzen der Wählervolatilität und des Fünf-Parteien-Systems – von dem man nicht weiß wie lange es gegeben ist, aber das jetzt absehbar so existiert – einzustellen. Dreierkonstellationen stehen zum Regieren mehr und mehr an. Sie sind weniger stabil und schwieriger zu managen. Aber das ist nur in Deutschland ungewöhnlich. Es ist an den Parteien, sich darauf einzustellen. ■



↳ Gerry Woop, ist Politikwissenschaftler, Mitglied der LINKEN, aktiv beim Reformlinken Netzwerk „forum demokratischer sozialismus“ und Mitglied der WeltTrends-Redaktion.

Foto: Land Berlin

⊕ Pro: Gesundheitsfonds stoppen

von Karl Lauterbach



↳ Prof. Karl Lauterbach, ist SPD-Bundestagsabgeordneter und Mitglied des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages.

Foto: Karl Lauterbach

» Das Hauptproblem unseres Gesundheitssystems, das gelöst werden muss, ist, dass die Krankenkassenbeiträge steigen, weil die Basis der Kassenbeiträge das Arbeitseinkommen ist. Die Arbeitseinkommen machen aber nur noch 60 Prozent des Volkseinkommens aus. Alle anderen Einkommensarten wie Zinseinkünfte, Kapitaleinkünfte oder nennenswerte Steuereinkünfte werden bisher im Wesentlichen nicht verbeitragt. Wenn das so bleibt, wird die Folge sein, dass die Beitragssätze sehr schnell auf 20 Prozent und mehr steigen. Das ist natürlich nicht bezahlbar, auch nicht für die mittleren Einkommensgruppen und würde den Arbeitsmarkt stark belasten. Die Umfinanzierung der Krankenversicherung haben wir aber nicht geschafft. Sinnvoll wäre gewesen, eine Finanzierung einzuführen, wo alle Versicherten, die gesetzlichen und die privat Versicherten, in einen gemeinsamen Solidartopf einzahlen, je nach ihrer Einkommenssituation.

» Das war auch der ursprüngliche Zweck des Gesundheitsfonds gewesen. Aus diesem Fond hätten dann die Krankenkassen mit vielen einkommensschwachen und kranken Mitgliedern Geld bekommen, so dass die Beitragssätze nicht so stark gestiegen wären. Das ist aber nicht gelungen, weil die Union den Gesundheitsfonds zwar zugelassen hat, aber gleichzeitig verhindert hat, dass die Privatversicherten in irgendeiner Weise in den Fonds einzahlen. Somit war der Gesundheitsfonds überflüssig und stellt jetzt nur noch eine zusätzliche Bürokratie dar, die kein zusätzliches Geld bringt. Gleichzeitig zementiert er aber dadurch auch die bestehenden Ungerechtig-

keiten im System, die von der Mehrheit der Bürger als zunehmende Zweiklassenmedizin wahrgenommen werden. Privat Versicherte zahlen weder für Einkommensschwache, die Masse der Arbeitslosen, Behinderte und chronisch Kranke mit. Im Krankheitsfall genießen sie aber eine deutlich bessere Versorgung, weil sie von den Spezialisten in Klinik und Praxis als die besseren Kunden bevorzugt werden.

» Es fängt schon an bei der Vergabe von Terminen für einen einfachen Facharztbesuch, der kein Notfall ist. Im Vergleich zu privat Versicherten warten gesetzlich Versicherte dreimal so lange auf eine Magenspiegelung oder einer Kernspinnuntersuchung des Kniegelenks. Im Durchschnitt leben daher privat Versicherte mehr als 8 Jahre länger als gesetzlich Versicherte. Das geht zwar nicht alleine auf die bessere medizinische Versorgung zurück, aber unser Gesundheitssystem tut alles, den Vorteil an Gesundheit der Privilegierten so weit wie möglich im Vergleich zum Rest der Bevölkerung noch zu steigern, statt die Unterschiede anzugleichen. Der Gesundheitsfonds hilft dabei, indem er sicherstellt, dass privat Versicherte gleichzeitig an der Finanzierung des Solidarsystems keinen einzigen Euro mitbezahlen und die gleiche medizinische Leistung für gesetzlich Versicherte beim Arzt schlechter bezahlt wird. Somit ist der gesetzlich Versicherte automatisch Patient zweiter Klasse. Eine einheitliche Gebührenordnung für gesetzlich und privat Versicherte wird von der privaten Assekuranz und der CDU kategorisch abgelehnt, weil sie die Zweiklassenmedizin gefährden könnte. ■

■ Contra: Gesundheitsfonds stoppen

von Elke Ferner ■ ■



↳ Elke Ferner,
Mitglied des Deutschen
Bundestages, Stellvertreten-
de Vorsitzende der SPD-
Bundestagsfraktion.

Foto: www.spd-fraktion.de

» Der Gesundheitsfonds ist kein Selbstzweck, sondern ein Instrument. Mancher kritisiert, er sei überflüssig, da er „nur der Umverteilung diene“. Selbstverständlich dient er der Umverteilung. Dies ist in seiner jetzigen Ausgestaltung nahezu sein einziger Zweck, der dem ursozialdemokratischen Grundsatz entspricht, dass stärkere Schultern mehr tragen sollen als schwächere!

Der Fonds mit dem besseren Risikostrukturausgleich führt zur gerechteren Finanzverteilung in der Gesetzlichen Krankenversicherung. Er erhöht die Gerechtigkeit zwischen den gesetzlich Versicherten. Erstmals spielt es für eine Kasse keine Rolle mehr, ob ihre Versicherten besser oder schlechter verdienen oder ob sie in wirtschaftlich stärkeren oder schwächeren Regionen tätig sind. Künftig zahlt jede(r) gesetzlich Versicherte(r) den gleichen einheitlichen prozentualen Beitragssatz von seinem Einkommen in den Fonds. Arbeitgeber haben künftig keinen Anreiz mehr, Beschäftigte in günstigere Kassen mit vielen Jungen und Gesunden zu verschieben, denn auch sie müssen in Zukunft überall dasselbe zahlen. [Für den einheitlichen Fondsbeitrag spricht auch, dass es keine Wechselverluste mehr durch Gutverdiener gibt, die in Krankenkassen mit niedrigeren Beitragssätzen wechseln und so dem Gesamtsystem Geld entziehen.]

» Die SPD hat dafür gesorgt, dass beim Zusatzbeitrag eine Belastungsobergrenze von maximal 1% des sozialversicherungspflichtigen Einkommens eingezogen wurde, damit niemand überfordert wird. Dies hat die Union bis zuletzt verhindern wollen. Dass ausgerechnet jetzt

von Bayern, wo die Grundlohnsumme höher und die Krankenkassenbeiträge niedriger sind als in anderen Teilen der Republik, ein Stopp des Fonds gefordert wird, ist nicht verwunderlich. Denn es geht der CSU darum, die Umverteilung zwischen den Kassen aus Regionen, in denen die Einkommen höher sind, in die Regionen, in denen die Einkommen niedriger sind, zu revidieren. Diese Umverteilung könnte zwar auch ohne Fonds erreicht werden, sie war aber nur mit ihm möglich.

» Mit dem neuen „Morbi-RSA“ erhalten die Krankenkassen für ihre Versicherten künftig Zuweisungen, die deutlich zielgenauer am Alter, Geschlecht und Gesundheitszustand ihrer Versicherten ausgerichtet sein werden als heute. Dies kommt insbesondere sozial Benachteiligten und Älteren zu Gute, denn sie sind häufiger in sogenannten Versorgerkassen versichert, die heute aufgrund ihrer Versichertenstruktur meist höhere Beiträge erheben müssen als andere Kassen.

Es ist kein Geheimnis, dass die SPD die private Krankenversicherung zu den selben Spielregeln in den Fonds einbezogen wollten – dies war angesichts der Mehrheitsverhältnisse nicht zu machen. Dennoch ist es nicht schlecht, zunächst die Gerechtigkeit innerhalb der Gesetzlichen Krankenversicherung über den Fonds zu erhöhen. Bei neuen Mehrheiten gestattet es diese Lösung relativ einfach, auch Beamte und Privatversicherte in den Fonds zu integrieren. Die Bürgerversicherung ist damit näher gerückt. Für sie müssen und werden wir weiter kämpfen. ■



60 Jahre NATO: Größer, aber nicht geeinter

Interview mit Niels Annen



↳ Niels Annen, 35, ist Mitglied des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag und der Internationalen Kommission des SPD-Parteivorstandes.

Foto: privat

spw: Anfang April tagte in Bukarest der NATO-Gipfel. Wie steht es im 59. Jahr ihres Bestehens um die NATO?

” **Niels Annen:** Einerseits muss man die Leistung sehen, die hinter der Ost-Erweiterung der NATO steht. Die NATO hat damit dem Sicherheitsbedürfnis der Länder Osteuropas entsprochen und mehr Stabilität in diesen Ländern schaffen können. Andererseits gehen die Erwartungen der Mitglieder an das Bündnis zunehmend auseinander. Der ursprüngliche Kern des Bündnisses, der Bündnisfall nach Artikel 5, spielt nicht mehr die zentrale Rolle, und das gemeinsame außenpolitische Verständnis nimmt ab. Die NATO ist heute also größer, aber nicht geeinter. Das zeigte sich in Bukarest unter anderem an der Beurteilung des Verhältnisses zu Russland, der wie ein Riss zwischen dem „alten“ und „neuen“ Europa verlief. Die Suche nach einer neuen Identität artet daher bei einigen zu einer politisch problematischen Suche nach neuen Aufgaben aus.

spw: Wie sind die Ergebnisse des Gipfels zu bewerten?

” **Niels Annen:** Auf deutschen Druck hin ist es gelungen, Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung als Ziele in das Abschlusskommuniqué aufzunehmen. Leider hat man sich auf ein gemeinsames Vorgehen zum Raketenabwehrschirm verständigt. Dabei teilen wir die Bedrohungsanalyse, die hinter diesem Programm steht, nicht. Die grundsätzlichen Bedenken,

die auch Kurt Beck geäußert hat, spiegeln sich in dem Kompromiss nicht wieder. Wir dürfen uns daher auch weiterhin nicht von einer Paranoia anstecken lassen, denn die Raketensysteme, vor denen der Schirm schützen will, existieren beispielsweise im Iran noch nicht einmal.

spw: Nächstes Jahr wird in Kehl und Strassburg das 60. Jubiläum der NATO mit einem Doppelgipfel begangen. Welche Schritte sind bis dahin zu erwarten?

” **Niels Annen:** Sicherlich wird der Druck auf Deutschland, Frankreich und andere Staaten anhalten, den MAP-Prozess, also den Aktionsplan für neue potentielle Mitglieder, voranzutreiben. Denn auch wenn sich Deutschland durchsetzen konnte, dass es keine terminlichen Zusagen für eine Aufnahme von Ländern wie Georgien oder der Ukraine gibt, sind die Außenminister doch angehalten, sich mit den Fortschritten in diesen Ländern zu beschäftigen, um möglichst bald über eine Mitgliedschaft zu entscheiden. Es gibt auch das ehrgeizige Ziel, bis zum Doppelgipfel ein neues strategisches Konzept für die NATO zu erstellen. Angesichts der gegensätzlichen Vorstellungen zur Zukunft der NATO, die in Bukarest zu Tage getreten sind, erscheint mir dieses Projekt jedoch wenig realistisch. Auch eine neue US-Administration wird in dieser Angelegenheit noch Zeit brauchen, um ihr Programm zu entwickeln.

spw: Welche Haltung zur NATO ist denn bei den US-Präsidentschaftskandidaten zu erkennen?

„**Niels Annen:** Von den demokratischen Kandidaten Hillary Clinton und Barak Obama gibt es ein klareres Bekenntnis zum Multilateralismus. Aber wird es deswegen zukünftig einfacher? Das wage ich zu bezweifeln. Ich glaube, sie werden deswegen den Druck eher erhöhen und Europa stärker in die Pflicht nehmen, auch in Bereichen, in denen es wehtut. Wegen der starken öffentlichen Ablehnung der Person von George W. Bush fiel es vielen Regierungen vielleicht sogar leichter, sich den Wünschen der USA zu widersetzen.

spw: Natürlich war Afghanistan auch ein wichtiges Thema in Bukarest. Beschränkte man sich auf die militärischen Aspekte, oder gab es ein Bewusstsein für die Bedeutung von zivilen Instrumenten?

„**Niels Annen:** Zumindest ist das Problembewusstsein auf der abstrakten Ebene gewachsen. Wir sollten die Erfolge in Afghanistan nicht kleinreden, aber das darf auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Sicherheitslage im ganzen Land, also auch im Norden, verschlechtert hat. Deshalb war und ist es unerlässlich, sich mit den bisherigen Ansätzen und dem Mangel an Konzepten kritisch auseinandersetzen. Daraus sind aber noch zu wenig Konsequenzen gezogen worden. Die Regierung von Präsident Karzai hat aber nicht nur aufgrund solcher äußeren Faktoren an Legitimation verloren. Das innenpolitische Klima ist auch zwischen Kräften, die sich grundsätzlich zum Petersberger Prozess und zum Afghanistan Compact bekennen, äußerst angespannt. Nicht zuletzt durch Korruption und interne Ränkespiele von Regierungsvertretern konnten feindliche bewaffnete Kräfte wie radikale Taliban wieder an Einfluss und Kontrolle gewinnen. Von einer selbsttragenden Sicherheit ist Afghanistan daher weit entfernt.

spw: Wie erklärt sich vor diesem Hintergrund dann die in einem angeblichen Geheimpapier vereinbarte Exit-Strategie für den Einsatz in Afghanistan?

„**Niels Annen:** Es ist natürlich grundsätzlich sinnvoll, sich über Ausstiegsszenarien zu verständigen. Die Formulierung konkreter Zielvorgaben ist auch für die Afghanen wichtig. Es ist ein Signal an alle, dass es so nicht weitergehen kann und dass alle sich mehr bemühen müssen. Allerdings sehe ich auch die Gefahr, dass eher die politische Lage in den truppenstellenden Ländern als die Lage in Afghanistan über den Abzug entscheidet. Die mangelnde Akzeptanz der deutschen Öffentlichkeit für den Bundeswehreinsatz in Afghanistan darf kein Grund sein, sich dort aus der Verantwortung zu stellen. Auf Dauer ignorieren dürfen wir sie aber auch nicht. Wir müssen uns daher noch mehr anstrengen, ressortübergreifende Konzeptionen und Strategie für ein erfolgreiches Statebuilding – nicht nur in Afghanistan – zu entwickeln.

spw: Woran ist dies bisher gescheitert?

„**Niels Annen:** Neben anderen Faktoren müsste die Abstimmung im Planungs- und Entscheidungsprozess dringend verbessert werden. Ich kann mich jedoch auch des Eindrucks nicht erwehren, dass die Bundesregierung keinen gesteigerten Ehrgeiz an den Tag legt, solche Reformen zu beschleunigen. Das liegt sicherlich auch an den gewachsenen Strukturen bundesdeutscher Außen- und Verteidigungspolitik der Nachkriegszeit. Aber ein Parlament, das seine Kontrollrechte schon strukturell kaum ausüben kann, ist für die Regierung natürlich bequemer.

spw: Wir danken für das Gespräch. ■

☞ Das Gespräch führte Cordula Drautz, IUSY-Vizepräsidentin und Mitglied der spw-Redaktion.

Richtung bestimmen!

Einleitung zum Schwerpunkt

von Kai Burmeister, Lars Neumann
und Stefan Stache



Eine vielfach am Boden liegende Organisation mit oftmals kaum noch funktionierenden Gremien vom Stadtbezirk bis hin zur Landesebene, ein in weiten Teilen aufgeriebener, seines gesellschaftlichen Ansehens beraubter und demotivierter Funktionärskörper und damit eine nahezu sprachlose und in der Fläche nicht kampagnenfähige Partei ergänzen den Blick aus einer Innensicht.

» Kurzum, der Scherbenhaufen umfasst vielen Facetten. Soll die Lagebeschreibung der SPD jedoch nicht in einem diffusen Abgesang enden, stellt sich für die sozialdemokratische Linke die Aufgabe, handlungsorientierte Vorhaben zu benennen und schließlich zu bearbeiten. Der spw-Schwerpunkt hat sich genau dies zum Ziel gesetzt und versucht neben einer Einschätzung, einzelne Mosaiksteine einer linksreformerischen Strategie in den Mittelpunkt zu stellen. Dass dies weder abschließend noch widerspruchsfrei gelingen kann, versteht sich von selbst. Vielmehr geht es jetzt um eine Suchbewegung, die die Spielräume für linke Politik in und mit der SPD realistisch einschätzt und erweitert.

□ Lage der SPD

Das Streitgespräch mit Ernst-Dieter Rossmann von der Parlamentarischen Linken und Christian Lange von den Netzwer kernern macht deutlich, dass die Phase der Neuorientierung nach der Agenda 2010 immer noch nicht abgeschlossen ist und sich alle Parteizirkel auf der Suche befinden. Das Gespräch spiegelt die widersprüchlichen Positionen innerhalb der Fraktion wieder. Eine Seite bewertet die Entwicklung am Arbeitsmarkt als Erfolg der Agenda 2010 und möchte den Kurs in der Wirtschafts- und Finanzpolitik unter den Begriffen „Haushaltskonsolidierung“ und „Generationengerechtigkeit“ mehr oder minder fortsetzen, während die andere Seite Akzente in Richtung guter Arbeit und Umverteilung setzen will und die soziale Schiefelage der bisherigen Politik betont. Besonders strittig ist vor dem Hintergrund der Ereignisse in Hessen die Glaubwürdigkeit der SPD.



Foto: www.fotolia.de, ©Thaut Images

» Hessendebakel, Tiefstände bei den Umfragen, mangelnde Solidarität der engsten Parteiführung mit dem Vorsitzenden und zudem noch wenig vorzeigbare Erfolge der Sozialdemokratie in der Großen Koalition. Von außen betrachtet ist derzeit die Liste mit den vielen großen und kleinen Baustellen der SPD ziemlich lang. Entsprechend groß ist die Verunsicherung. Auch der Druck durch gutmeinende, aber auch von Eigeninteressen motivierten Kommentatoren und Ratgebern ist gewaltig.

» Neben dieser horizontalen Aufteilung ist die vertikale Spaltung zwischen dem professionellen Politikbetrieb und dem Unterbau der Partei in den Blick zu nehmen. Bei dieser Aufteilung geht es nicht um ein plumpes „Oben gegen Unten“ oder gar um Verratsvorwürfe. Es zeigen sich vielmehr unterschiedliche Perspektiven, Ansprüche und Kulturen innerhalb der SPD, die sich immer weiter voneinander entfernen. Dies ist einerseits eine Auswirkung des Mitgliederschwundes, andererseits ein Zeichen für die Professionalisierung der Politikproduktion. Gerade für die sozialdemokratische Linke ist dies besonders von Belang, hat sie doch in der Vergangenheit auf verankerte Akteure im Parlament wie auf die vielen lokalen Meinungsführer im Stadtteil, im Verein und im Betrieb gesetzt. Wenn diese kommunizierenden Röhren jedoch nicht mehr funktionieren, ist damit der klassische Handlungsansatz untergraben.

Das Plädoyer Ernst Hillebrands, den Politikdiskurs wieder mit den Lebensrealitäten der eigenen Wählermilieus zu erden, verweist auf dieses zentrale Defizit. Die in diesem Beitrag angesprochenen Veränderungen, wie die wachsende Angst um den Arbeitsplatz und den sozialen Abstieg, die zunehmende Leistungsanforderungen im Berufsleben und die Auswirkungen auf die persönlichen Lebensverhältnisse werden zwar analytisch aufgefasst, jedoch nur unzureichend durch den Typus des Berufspolitiker verinnerlicht.

„Aus dem Lot geraten“, so überschreibt Franz Walter seine Überlegungen zur Transformation des Parteitypus der Sozialdemokratie. Die SPD habe sich eine Attitüde der selbstgefälligen Arriviertheit angeeignet, bei der die Lebensrealität der gesellschaftlichen Untergeschosse nicht mehr bei ehren- und hauptamtlichen Repräsentanten der Sozialdemokratie gespiegelt wird. Die SPD habe sich, so Walter, an dem amorphen Parteityp des klassischen Liberalismus angenähert und habe sich in der Konsequenz mit einem Bedeutungsverlust von Gremienentscheidungen auseinander zu setzen. Auch dieser Befund ist für die SPD-Linke folgenreich, baute die eigene Stärke doch immer auch auf Programmen und Beschlüssen auf.

» Hinzu kommen die Veränderungen im Parteiensystem, bei dem anstelle von vier nun längerfristig fünf Parteien auf dem Spielfeld auflaufen werden. Die Anerkennung dieser Realität hat jüngst innerparteilich zu heftigsten Auseinandersetzungen geführt, die sowohl aus der Entstehungsgeschichte der neuen Partei mit vielen ehemaligen SPD-Genossen und den entsprechenden Emotionen resultiert. Vor allem verweist dieser Streit aber auf unterschiedliche Politikkonzepte in der Sozialdemokratie selbst.

» Ein Blick über den nationalen Tellerrand kann weiterhelfen. In Skandinavien und in den Niederlanden haben sich Linksparteien zu einem Sprachrohr nicht nur für marginalisierte Bevölkerungsteile entwickelt, sondern auch für die Gewinner der Reformen der 70er Jahre, denen durch die Abwendung der Marktsozialdemokratie von Solidarität und Gerechtigkeit die Lebensidentität in Frage gestellt oder in vielen Fällen die materielle Existenz gefährdet wurde. Insofern ist mit der Entstehung einer Partei links der Sozialdemokratie zunächst ein Stück europäische Normalität vollzogen worden. Der Blick auf die Nachbarländer verdeutlicht ein zweite Lehre: Nach drastischen Wahlniederlagen folgt nicht naturgesetzlich in der Opposition eine Revitalisierung und Frischzellenkur. Vor allem die Niederlande belegen, dass die Sozialdemokratie längerfristig in ihrer Krise verharren kann.

Es kommt damit vor allem auf die Auseinandersetzung um die zweifelsfrei divergierenden Politikkonzepte und deren Deutungshoheit in der SPD an. Dies ergibt für die SPD-Linke die Verpflichtung, eben in jene innerparteilichen Auseinandersetzungen auch öffentlich wahrnehmbar einzugreifen und wirkungsmächtig zu werden. Die Zeit um den Hamburger Parteitag und die öffentliche Interpretation als Linksverschiebung weisen dabei in die richtige Richtung.





Allerdings haben die Diskussionen und die öffentliche Berichtserstattung rund um den letzten Bundesparteitag auch auf ein wesentliches Problem der SPD hingewiesen. Benjamin Mikfeld macht in seinem Artikel auf die zwei vermeintlich antagonistische Logiken der SPD deutlich: Eine Aufspaltung der materiellen und symbolischen Politik in „soziale Gerechtigkeit“ und „Reformpolitik“. Nach zehn Jahren „Blair-Schröder Papier“ und fünf Jahren „Agenda 2010“ muss die SPD der Gegenwart nun unter erschwerten Bedingungen arbeiten und den Rucksack des gescheiterten hegemonialen Projekts der „Neuen Sozialdemokratie“ mit tragen. Trotzdem steht sie vor der Aufgabe, eine wirkliche politische Synthese von Innovation und Gerechtigkeit zu formulieren.

□ Vorwärts gehen

Auch auf die Gefahr hin, sich in programmatischen Auseinandersetzungen festzufahren, muss die SPD-Linke in erster Linie konzeptionell überzeugen. Die vor drei Jahren von Franz Müntefering angestoßene Kapitalismusdebatte hat mit dem Vorschlag einer dem Kapital bzw. den Finanzmarktakteuren grenzensetzende Politik den Zeitgeist getroffen. Richtig ist an dieser Stelle der Hinweis, dass die beklagten Finanzmarktfonds durch Rot-Grün erst der Weg bereitet worden ist. Doch das ist an dieser Stelle belanglos, schwerer wiegt die Folgenlosigkeit im Handeln des sozialdemokratischen Teils der Bundesregierung. Allerdings kann bislang Versäumtes jetzt immer noch nachgeholt werden. Angesichts der am US-Immobilienmarkt entstandenen Krise, die mittlerweile die weltweite Finanzmarktstabilität ernsthaft gefährdet und neben Milliardenabschreibungen bei den Banken zu einer Gefahr für die Realwirtschaft werden kann, ist es Zeit für die zweite Runde der Kapitalismusdebatte. Diesmal müssen selbstredend nicht nur Foren veranstaltet, sondern Maßnahmen zur Bändigung der Finanzmärkte in Deutschland durch die SPD im Parlament auf den Weg gebracht und auch auf der internationalen Bühne forciert werden. Eine vielbeachtete Studie der Parlamentsfraktion der europäischen Sozialdemokratie macht

dabei deutlich, wie sehr vor allem die europäische Ebene in der Verantwortung steht. Sie ist ein Hinweis darauf, dass die SPD-Linke in allen Politikfeldern Europa in den Blick nehmen muss. Bei der im nächsten Jahr anstehenden Europawahl geht es um die Alternative eines sozialen oder eines neoliberalen Integrationsweges.



Michael Dauderstädt von der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt Wege zu einem sozialen Deutschland auf. Anstatt einer wirtschaftspolitischen Ausrichtung auf den Wettbewerb zwischen den Nationalstaaten argumentiert der Autor für die Steigerung des gesellschaftlichen Wohlstands für alle. Die Eckpfeiler dieser Konzeption sind Produktivität, Beschäftigung und Verteilung. Neben der programmatischen Kompetenz über Wertschöpfung und Wirtschaften muss auch an der sozialstaatlichen Absicherung von veränderten Lebens- und vor allem Erwerbsbiografien von Männern und Frauen weitergearbeitet werden. Der SPW-Zusammenhang wird auf der Frühjahrstagung die Themen Aufstieg, Qualifikation und gute Arbeit aufgreifen. Die Bedeutung dieses Feldes kann nicht deutlich genug hervorgehoben werden, weil die Gestaltung von Arbeitsverhältnissen und deren sozialstaatliche Einbettung den Nukleus eines gemeinsamen Reformprojekts von linken Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen bilden muss.

» » Hinterzimmerdebatten sind wichtig für gemeinsame Auffassungen, der Tauglichkeitstest erfolgt hingegen in Wahlauseinandersetzungen. Der Giessener Landtagsabgeordnete Thorsten Schäfer-Gümbel umreißt die Inhalte des Projekts der sozialen Moderne, mit der in Hessen mit einer Zuspitzung auf Mindestlöhne, Steuergerechtigkeit und gemeinsame Schule aus der Opposition heraus erfolgreich ein mobilisierender Wahlkampf bestritten werden konnte. Ob in Hessen ein Politik- ohne Regierungswechsel zu schaffen ist, darüber müssen die kommenden Wochen entscheiden. Der Autor unterstreicht jedoch den Willen zu einer anderen Politik in dem Bundesland.

Um die Durchsetzung einer anderen Politik muss es für die SPD-Linke gehen. Damit ist mit zwei verbreiteten Einschätzungen in der Partei aufzuräumen: Die vermeintlich linke Sehnsucht auf eine Oppositionsrolle hilft ebenso wenig aus der Sackgasse heraus, wie die selbstgenügsame Beschränkung vieler Regierungssozialdemokraten auf eine fortgesetzte Rolle als Juniorpartner in der Großen Koalition.

Politische Mehrheiten müssen angestrebt werden, um Veränderungen zu Gunsten der Beschäftigten, Arbeitslosen und Rentner zu gestalten. Die Aufgabe der SPD-Linken ist dabei eine doppelte: Erstens geht es um die Partei selbst, und zweitens muss aus der oft zitierten rechnerischen Mehrheit von SPD, Grünen und Linken die Möglichkeit einer politischen Mehrheit angestrebt werden.

Zunächst ist dabei das Risiko zu sehen, dass die Linke in der SPD Gefahr läuft, zwischen die Stühle im erweiterten Parteiensystem zu geraten. Doch ist dieses Szenario nicht zwangsläufig. Mit dem Hamburger Parteitag hat sich die Sozialdemokratie ein progressives Programm gegeben und auch viele Beschlüsse wie die Verlängerung des Arbeitslosengeldes stimmen optimistisch. Die Beschlussebene beinhaltet sehr wohl die Möglichkeit, die Meinungsführerschaft in der Bevölkerung und im Wettbewerb zwischen den Parteien zu erlangen.

» » Nun ist Papier immer geduldig und ein guter Parteitag reicht noch lange nicht. Der Parteitagbeschluss zur Bahn macht deutlich, dass es neben der Abstimmung selbst immer auch zu einer zweiten Abstimmung in der Phase danach kommt. Gerade deshalb muss an den Auseinandersetzungen á la Bahn weiter angeknüpft werden. Dies heißt nicht die bloße Verlagerung in Kommissionen, sondern auch die klare und eindeutige öffentliche Begleitung in Kooperation mit der Zivilgesellschaft. Insgesamt muss die SPD-Linke öffentlich verständlich zeigen, wofür sie steht und was sie ablehnt. Gebraucht wird eine klare Sprache und keine Wortakrobatik.

Angeichts der polarisierenden Einkommensentwicklung und millionenfacher prekärer Arbeit ergeben sich die Themen von selbst. Die Schwerpunkte für den 2009 anstehenden Bundestagswahlkampf sind damit praktisch vorgegeben.

» » Die zweite Aufgabe der handlungsfähigen linken Mehrheit wird für alle Akteure noch ein mühevoller Weg, erhebliche Defizite sind vorhanden. Stephan Liebich, Koordinator des Forums Demokratischer Sozialismus in der Partei Die Linke, geht auf diese Überlegungen ein. Trotz Unwägbarkeiten lautet sein Fazit: Es lohnt sich, dafür zu streiten.

An dieses Fazit lässt sich anschließen. Der Eingang erwähnte Scherbenhaufen ist Teil der Wahrheit. Das schönzureden, würde dem Vertrauensverlust gegenüber der SPD 2008 nur noch Vorschub leisten. Bei Lichte betrachtet sind aber einige Ansatzpunkte vorhanden, um die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. ■

☞ Kai Burmeister, ist Mitglied im spw-Arbeitsschuss und Gewerkschaftssekretär.

☞ Lars Neumann, ist Mitglied der Redaktion und Unternehmensberater.

☞ Stefan Stache, ist spw-Chefredakteur.

Foto: Christian Kiel



Alles muss raus

Die Diskurse der „neuen“ Sozialdemokratie | von Benjamin Mikfeld ■ ■

» In diesem Jahr blickt die SPD auf zehn Jahre an der Bundesregierung zurück. Während auf der Ebene der materiellen Reformen einige Erfolge zu verzeichnen sind, fällt es auf der Ebene der strategischen Rahmenbedingungen schwerer, eine Erfolgstory zu erzählen. Der Mitgliederrückgang um eine Viertelmillion, der Verlust von etlichen Landesregierungen, die demoskopisch messbare Erosion von Glaubwürdigkeit und Zutrauen in die SPD, die Zunahme von Nichtwählern in sozialdemokratischen Wählermilieus und nicht zuletzt die Etablierung einer gesamtdeutschen Linkspartei sind Fakten, die derzeit nicht für eine politische Vorherrschaft der Sozialdemokratie sprechen. Die meisten Kommentatoren, die heute die jeweils „tiefste Krise“ der SPD untersuchen, ziehen entweder die Agenda 2010 oder aktuelle Ereignisse als Ursache heran. Verkannt wird, dass die SPD nach ihrem 98er-Wahlsieg bereits im Sommer 1999, nach Lafontaine-Rücktritt und Schröder-Blair-Papier, auf rund 33 Prozent absackte. Das fragile Wahlversprechen einer politischen Synthese von Innovation und Gerechtigkeit zerbrach im Jahr 1999 und der Prozess einer Abwanderung der Wählergruppen sowohl am „modernen“ als auch am „traditionellen“ Pol fand hier seinen Anfang.

» Diese zehn Jahre waren auch eine Geschichte des ständigen Ringens um Innovation oder Gerechtigkeit. Bis heute. Sitzung eines SPD-Führungsgremiums im März 2008: Ein Mitglied eines dieses Führungsgremiums räsoniert darüber, dass nicht ganz klar sei, ob die SPD für eine soziale oder für eine reformorientierte Politik stehe. Die Frage war richtig gemeint, die Formulierung jedoch Ausdruck des Problems: der Aufspaltung von sozialer Gerechtigkeit und Reformpolitik in zwei vermeintlich antagonistische Logiken, sowohl in der materiellen Politik als auf der symbolischen Ebene.

□ Versuch eines hegemonialen Projekts

Dabei kann der in den späten 90ern europaweit bemühte Ansatz einer „neuen Sozialdemokratie“, ob als „neue Mitte“ oder „dritter Weg“ bezeichnet, durchaus als Versuch eines hegemonialen Projekts gewertet werden. Es ging einerseits darum, die ausgelaugte und defensive alte Sozialdemokratie zu modernisieren und andererseits, dem erstarkten Wirtschaftsliberalismus eine soziale Alternative entgegenzusetzen.

Hierzu diverse Aufsätze in Martin Nonhoff (2007):

- Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie, Bielefeld ■ Chantal Mouffe (2007): Über das Politische, Frankfurt, S. 40
- George Lakoff (2006): Thinking Points: Communicating Our American Values and Vision: A Progressive's Handbook

Ein hegemoniales Projekt verfolgt das strategische Ziel der Hegemonie, im Sinne einer Vorherrschaft bestimmter Artikulations- und Deutungsmuster. Da Gesellschaften immer Mängel aufweisen, wird in politischen Diskursen das Allgemeinwohl bzw. der richtige Weg zur Beseitigung dieses Mangels konflikthaft verhandelt. Politische Diskurse beinhalten Forderungen, die, selbst wenn sie Partikularinteressen vertreten, immer auch auf das Allgemeinwohl gerichtet sind. Hegemoniale Auseinandersetzungen sind das Spiel von Äquivalenz und Differenz. Jedes hegemoniale Projekt muss Äquivalenzketten, also Bezüge zwischen politischen Diskursen herstellen und sich zugleich von Forderungen abgrenzen, denen die Orientierung am Allgemeinwohl abgesprochen wird.

» Das hegemoniale Projekt der „neuen Sozialdemokratie“ hatte im Zentrum das Versprechen neuen Wohlstands für alle durch Dynamisierung. Nicht ohne Grund war Gerhard Schröder die Formulierung „Sicherheit durch Wandel“ lieber als der Slogan „Sicherheit im Wandel“. Dieses Versprechen fand seinen Ausdruck in einer Reihe von Diskursen, von denen einige hier nur angerissen werden können:

Diskurs der Erneuerung: Ausgangspunkt war die These von der „blockierten Gesellschaft“. Alte verkrustete Strukturen und Interessengruppen trügen die Verantwortung dafür, dass die Innovations- und Wachstumspotenziale nicht zur Entfaltung kämen. Allerdings richtete sich der Erneuerungsdiskurs nicht nur gegen die konservative Politik der Kohl-Ära, sondern mit autoaggressiver Lust auch gegen die vermeintliche Beharrung im eigenen Lager. Erneuerung war meist gleichbedeutend mit mehr Kommodifizierung und Flexibilisierung. Auch heute noch sehen manche Feuilleton-Theoretiker der neuen Sozialdemokratie im Gegensatz von Bewegung und Beharrung die wesentliche politische Konfliktlinie unserer Zeit.

Diskurs der gerechten Ungleichheit: Nicht immer in expliziter Bezugnahme auf John Rawls wurde die Forderung einer Akzeptanz von sozialen

Ungleichheiten als Voraussetzung für gesellschaftlichen Wohlstand aufgestellt. Bodo Hombach, der erste Kanzleramtsminister der Regierung Schröder, erwartete von der SPD, auf ihre „Besitzstands- und Verteilungsideologie zu verzichten“. Das Schröder-Blair-Papier ging in seiner Polemik gegen die alte Sozialdemokratie noch weiter: „In der Vergangenheit wurde die Förderung der sozialen Gerechtigkeit manchmal mit der Forderung nach Gleichheit im Ergebnis verwechselt.“

Diskurs der Alternativlosigkeit: Hatte das Streben nach einer umfassenden Erneuerung des Landes noch etwas Befreiendes, wurde dies durch den Diskurs der Alternativlosigkeit und die Forderung nach Akzeptanz der Bedingungen gleich wieder erstickt. Sozialdemokratische Politikvermittlung hatte ihren Schwerpunkt in der Aufklärung darüber, was „im Zeitalter der Globalisierung und des demografischen Wandels“ alles nicht mehr möglich sei. Politik wurde auf das verengt, was die SPD-Regierung im Rahmen der von ihr vorgenommenen Einschätzung der Handlungsmöglichkeiten für realisierbar erachtete. Wer dies nicht wahrhaben wollte, wurde mit der deutschen Variante von „There is no alternative“ bis hin zum legendären „Basta“ des diskursiven Raums verwiesen.

Diskurs der Eigenverantwortung: In der sozialpolitischen Debatte rückte die Forderung nach mehr Eigenverantwortung ins Zentrum. In der Regierungserklärung zur Agenda 2010 forderte Gerhard Schröder: „Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen.“ Während der Aspekt der Emanzipation und der Befähigung zu einer selbst bestimmten Lebensführung stark unterbelichtet blieb, war das Ziel der Individualisierung und Privatisierung sozialer Risiken bestimmend. Eng verknüpft mit dem Eigenverantwortungsdiskurs war der Diskurs der Generationengerechtigkeit. An die Stelle klassischer sozialer Interessengegensätze rückte der angeblich drohende Verteilungskampf zwischen Jung und Alt, der mit einer Teilprivatisierung der sozialen Sicherung beantwortet werden müsse.

□ Mehr Differenz als Äquivalenz

Aus dem Versuch eines hegemonialen Projekts wurde jedoch keine Hegemonie der neuen Sozialdemokratie. Die Gründe dafür sind klar:

1. wurde das Versprechen „Wohlstand für alle durch Dynamisierung“ materiell nicht eingelöst.
2. Spätestens mit dem Ende der new economy und dem folgenden Abschwung wuchsen die Zweifel am Wohlstandsversprechen des Wirtschaftsliberalismus. Die soziale Frage rückte wieder ins Massenbewusstsein. Die Forderungen nach mehr Markt und die Appelle in Richtung mehr Eigenverantwortung brachen sich am Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung und an einer sozialen Realität, in der Managereinkommen explodierten und Lohneinkommen stagnierten.
3. zeichnen sich die Diskurse durch polit-ökonomische Blindheit aus. Machtbeziehungen und Interessen wurden in der irrigen Hoffnung auf einen gesellschaftlichen Modernisierungskonsens ausgeblendet. Während der alte Gesellschaftsvertrag der Nachkriegszeit im globalen Kapitalismus einseitig aufgekündigt wurde, fand die SPD hierfür keine Interpretation und erst recht keine politische Antwort.
4. hat die SPD keine eigene Sprache gefunden. Die semantische Verbetriebswirtschaftlichung der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik („Ich-AG“) hat den Eindruck verstärkt, dass die SPD die Logik der Ökonomie auf die Gesellschaft übertragen wolle. Durch ein falsches Framing (z.B. Deutschland als „Sanierungsfall“) hat sie die Diskurse des politischen Gegners verstärkt.
5. mussten diese Diskurse zu Entfremdungsprozessen und Gegenreaktionen in der Mitglied- und Wählerschaft führen. Gerade weil die „neue Sozialdemokratie“ z.B. den Wert der Verteilungsgerechtigkeit nicht in die eigene Äquivalenzkette ihres Projekts einbezog, sondern ins Außen verwies, verfestigte sich in und außerhalb der SPD ein Gegendiskurs, der gerade im Festhalten an der „alten Sozialdemokratie“ eine starke Bindewirkung entfaltete.
6. konnte die SPD nicht plausibel machen, für wen sie Politik macht und wessen Interessen sie

vertritt. Sie hat auf die für Politik unverzichtbare „Dimension leidenschaftlicher Parteilichkeit“ verzichtet. Einerseits fühlte sich die „traditionelle“ Klientel immer weniger vertreten. Andererseits hing sie dem Trugschluss einer definierbaren politischen „neuen Mitte“ an. Schon Willy Brandt sah die SPD 1972 als „Partei der neuen Mitte“ und verband damit eine gesellschaftliche Mehrheit für ein sozialliberales politisches Projekt. Der Diskurs der neuen Mitte Ende der 70er Jahre war kein gesellschaftliches Reformbündnis, sondern lediglich Modernisierungs-Attitüde in Richtung Mittelschichten und Meinungseliten. Aber so wenig jemand in allen Fragen konservativ oder progressiv ist, dürfte auch kaum jemand in allen Fragen „mittig“ sein. Der amerikanische Linguist George Lakoff nennt dies „Biconceptualism“: viele Menschen zeichnen sich durch die Koexistenz konservativer und progressiver Ansichten aus. Den Demokraten, denen er nahe steht, rät er zur Abkehr vom „mythical center“ und der irrigen Sichtweise, es gäbe eine relevante Anzahl Wähler, bei denen die Selbsteinordnung als „Mitte“ auch einer konsistenten Weltanschauung entspreche.

Die Herstellung von diskursiven Äquivalenzen in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Milieus zwischen nötiger Modernisierung, dem Wert sozialer Gerechtigkeit und einem handlungsfähigen Staat wurde jedoch nicht ernsthaft versucht. Die „neue Sozialdemokratie“ war eher darum bemüht, Äquivalenzen zwischen dem Irgendwie-Modernen, dem Irgendwie-Dynamischen und Irgendwie-Pragmatischen herzustellen. Diese Bindungen konnten nicht dauerhaft halten. Stattdessen wurde die diskursive Raum so aufgeteilt, dass die Grenze durch die eigene Mitgliedschaft und Wählerschaft gezogen wurde – mit bekannten Folgen. Das Projekt einer politischen Synthese von Innovation und Gerechtigkeit steht noch aus. Die erfolgten Versuche in jüngster Zeit – in der realen Politik aber auch im neuen Hamburger Grundsatzprogramm – müssen mit den erschwerten Bedingungen des gescheiterten hegemonialen Projekts leben. Aber dazu gibt es diesmal wirklich keine Alternative. ■

↳ Benjamin Mikfeld, Mitherausgeber der spw, lebt in Berlin.



Foto: www.fotolia.de, ©Olli Hirte

» Nun stecken die Sozialdemokraten wieder im 20-Prozent-Keller fest. Und abermals vagabundiert die Formel von der „Krise der SPD“ durch die Lande. In der Tat sind die Probleme, mit denen sich die Partei zu plagen hat, mittlerweile Legion. Die alte Massenpartei, deren Stolz die Riesenbataillone an treuen Mitgliedern und unermüdlichen Aktivisten waren, ist mittlerweile auf die Größe der christdemokratischen Honoratiorenorganisation geschrumpft; bald wird sie wohl gar darunter liegen. Auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik stellt sie lediglich in einem Flächenland noch den Ministerpräsidenten. In den prosperierenden modernen Regionen der Republik, von Dresden bis Stuttgart, stecken Sozialdemokraten in einer abgrundtief deprimierenden Diasporasituation fest. Die strukturelle und auch historisch bedingte Unterlegenheit im Süden Deutschlands konnte die SPD einige Jahrzehnte lang noch zwischen Rhein und Ruhr kompensieren, auch in Niedersachsen oder Hamburg. Vorbei das alles. Auch hier liegt die früher robuste Mitglieder- und Organisationspartei im Dämmerzustand.

Perdu sind nicht nur die Mitgliedermassen. Verschwunden sind ebenfalls die gerade im klassischen Sozialismus so zahlreichen, oft gewiss exzentrischen, aber doch immer farbigen Intellektuellen und Parteitheoretiker. Und radikal entkoppelt haben sich inzwischen die Lebenswelten von Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Beide Sphären haben lange eine Symbiose gebildet, in der sich Betriebserfahrungen und politische Fertigkeiten verknüpften wie ergänzten. Doch heute gehört kein Gewerkschaftsführer mehr der sozialdemo-

Aus dem Lot geraten

Die Probleme der SPD sind Legion

von Franz Walter



kratischen Bundestagsfraktion an; der lokale Betriebsrat ist nicht mehr zugleich stellvertretender Ortsvereinsvorsitzender und Mitglied der Stadtratsfraktion der SPD. Friktionen hat es zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokraten historisch immer wieder gegeben. Aber die heillose Entfremdung, wie sie sich seit 1999 entwickelt hat, ist geschichtlich neu – zumal ein gewichtiger Teil des gewerkschaftlichen Mittelbaus nunmehr einen finalen politischen Repräsentanzwechsel von der SPD fort vollzogen hat.

Beschleunigt hat sich dieser Entfremdungsprozess seit dem Frühjahr 2003, als der damalige Bundeskanzler Schröder seine Agenda-2010-Reformen zur Revision der altbundesdeutschen Sozialstaatlichkeit verkündete. Und sein Parteigeneralsekretär Olaf Scholz dachte zeitgleich öffentlich über eine programmatische Abkehr vom Begriff des „demokratischen Sozialismus“ nach, empfahl gar den Abschied vom Credo der „sozialen Gerechtigkeit“, warnte ausgerechnet in einer Phase rapide wachsender Ungleichheit vor einem linken Egalitarismus.

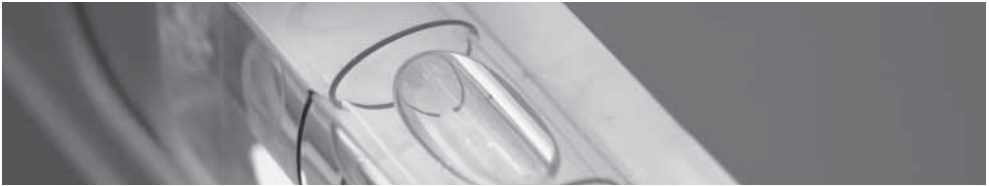
» Die SPD transformierte sich dadurch. Schon die Bundestagswahlen 2002 hatten gezeigt, dass die Sozialdemokraten nicht mehr als Repräsentanten der gesellschaftlichen Unter- und Mittelgeschosse gelten konnten, sondern mittlerweile sozial eine Etage höher gezogen waren. Ihre besten Ergebnisse erzielte die Partei bei Wählern mittleren Alters, mittlerer Schulbildung, mittelguter Wohnquartiere, mittleren Einkommensniveaus.



Kurzum: Aus der Partei des Proletariats war im Zuge selbst implementierter Sozialstaats- und Bildungsreform vorwiegend eine Interessenvertretung aufgestiegener Ex-Facharbeiterkinder geworden. Wahrscheinlich ist es das, was der SPD am meisten schadet: Die Attitüde der selbstgefälligen Arriviertheit, des Aufsteigertums. In früheren Jahrzehnten agierten die Sozialdemokraten häufig ungeschickt. Ihre zelotischen Flügelstreitigkeiten nervten oft. Ihr Mangel an machtpolitischer Raffinesse wirkte zuweilen mitleidserregend. Und doch umwehte diese über ein Jahrhundert hinweg notorische Oppositionspartei eine spezifische, durchaus anrührende Aura: Partei der Nichtprivilegierten zu sein, die für die Emanzipation der Outcasts kämpfte und für die Würde der unteren Schichten eintrat.

letzten Jahre – Bildung, lebenslanges Lernen, Chancen, Leistung – spiegeln die Lektion aus den erfolgreichen Biographien sozialdemokratischer Aufsteiger der bundesdeutschen Wohlfahrtsstaatsära. Aber sie haben mit den neuen Erlebnissen des Scheiterns, der Demütigung oder wie es heute gerne heißt: der Prekarität durch Bildungsversagen in den diskontinuierlichen Lebenszusammenhängen des unteren Drittels im Globalisierungskapitalismus nichts zu tun. Diese beiden Welten sind einander gänzlich fremd.

Foto: www.fotolia.de
© Michael Kempf



» Man nahm diese Haltung der SPD ab, weil ihre Mitglieder, Funktionäre und Parlamentarier selbst zu den Outcasts zählten, aus den unteren Schichten kamen und politisch nicht zu den Privilegierten gehörten. Doch das hat sich gründlich geändert; und eben dies markiert die entscheidende Zäsur in der sozialdemokratischen Geschichte. Mindestens in ihrem Funktionärs- und Mandatsbereich ist die Sozialdemokratie die Partei derjenigen, die es durch Leistung und sozialstaatliche Förderung in den mittlerweile schon einige Zeit zurückliegenden wohlfahrtsstaatlichen Jahren geschafft haben, die Proletarität hinter sich zu lassen. Seither ist innerparteilich außerdem noch eine Kohorte nachgerückt, die sogleich – ohne den Mühsal zweiter Bildungswege und ohne Erfahrungen in Berufen jenseits der Politik – geradewegs, nahezu konkurrenzlos und rasch im Parlamentarismus nach oben gekommen ist. Die programmatischen Losungen der Sozialdemokraten der

» Die Sozialdemokraten sind eben tatsächlich Mitte geworden. Ihre Bildungsphilanthropie kopiert das liberale Bildungsverständnis des 19. Jahrhunderts, von dem sich die Partei August Bebel seinerzeit gelöst hatte. Ihre individualitätsbezogene Leistungs- und Chancenrhetorik ist genuin christdemokratischen Vorstellungen entnommen, gegen das die klassische Sozialdemokratie der Vor-Enkel-Ära noch ihre eigene kollektive Emanzipationsidee gestellt hatte.

In dieser Entwicklung zur Honoratiorenpartei neuen Typus hat sich dann zudem die klassische Parteiorganisation in rasantem Tempo desintegriert. Und es war verblüffend, fast schmerzhaft zu verfolgen, wie sich kaum jemand in der SPD dieser Entwicklung konzeptionell entgegenstemmte. Heute liegt der Apparat der Partei gerade in etlichen früheren Hochburgen nahezu in Trümmern. Der Typus des hochaktiven Funktionärs, der die

Maschinerie der Organisation und Aktion virtuos beherrschte, der in seinem Umfeld einen Deutungs- und Orientierungsvorsprung besaß, auf diese Weise Kommunikator und Kampagnero zugleich war, dieser Typus ist weitgehend verschwunden.

Der Zerfall der Strukturen bedeutete zugleich die Erosion von Verbindlichkeiten, Loyalitäten, auch Disziplin. Die SPD des Jahres 2008 ist dem amorphen Parteitypus der klassischen Liberalen nahegekommen. Daher geht es in der SPD mittlerweile ebenso chaotisch zu, wie über 100 Jahre in den Parteisplittern des bürgerlichen Liberalismus. In der klassischen SPD galt selbstverständlich, was in den zentralen Gremien der Partei beschlossen wurde. In der neuen SPD dauert es hingegen keine halbe Stunde, nachdem im Präsidium, im Parteirat oder Parteivorstand ein Beschluss gefasst wurde, das irgendjemand aus der sozialdemokratischen Prominenz sich gegenüber verfügbaren Journalisten mokant zu dem äußert, was er soeben selbst noch mit verabschiedet hat.

Seit dem Sommer/Herbst 2007 verschärfte sich Woche für Woche das Loyalitätsproblem. Denn damals bezogen die entscheidenden SPD-Minister der klassischen Kabinettsressorts, Finanzen und Äußeres, innerparteilich unmissverständlich Position. Steinmeier und Steinbrück traten dem Netzwerk der Parteirechten bei. Auch der Generalsekretär gehörte diesem Netzwerk an, ebenso der Bundesumweltminister; und der neue Bundesarbeitsminister bezog ebenfalls von dort essentielle Inspiration; für seinen Nachfolger als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer gilt das Gleiche. Kurzum: Der Parteivorsitzende in seinem fernen Mainz sah sich in der Berliner Kapitale von Gegnern nur so umstellt.

In der SPD ist so im Kern der Partei ein Vakuum entstanden. Dadurch ist die Partei aus der Balance geraten ist – eines der gefährlichsten Zustände in komplexen Organisationen. Der SPD ist das Scharnier, ihr Gravitationsfokus abhanden gekommen – abermals: Schlimmer können Organisationen

kaum aus dem Lot geraten. Dort, wo die Verknüpfung, Integration und der Ausgleich hergestellt wird, von wo die durch Kompromiss legitimierte Orientierung ausgegeben werden sollte, herrscht buchstäblich Leere. Eine Partei ohne ein anerkanntes operatives Leitungszentrum in der Mitte der Partei aber ist zu einer geordneten, strategischen Politik nicht mehr in der Lage.

Insofern ist die SPD im Jahr 2008 eine hochfragile Formation. Nicht allein ihre Organisation ist brüchig, sie ist sich auch politisch über die Richtung nicht im Klaren. Ein halbes Jahr nach dem Hamburger Programmparteitag zeigt sich, dass es nichts nützt, pure Traditionalitäten wie den „Demokratischen Sozialismus“ triumphal in das Programmdokument hineinzu-schreiben, obwohl diese Formel die Partei seit Jahrzehnten schon nicht mehr orientiert. Das festigt allein die berüchtigte Zwiespältigkeit im sozialdemokratischen Seelenhaushalt. Denn: Man kann nicht stolz das Panier vom „demokratischen Sozialismus“ hochhalten, zugleich aber als überzeugter Apolet von Hartz IV durch die politische Landschaft laufen. Man kann nicht in ergreifenden Programmsätzen die wachsende soziale Ungleichheit beklagen, wenn man als Regierungspartei für eben diesen Skandal seit Jahren Verantwortung trägt. Man kann nicht überzeugend über die Schrankenlosigkeit des Finanzkapitalismus lamentieren, da man die Finanzmärkte zuvor gezielt liberalisiert hat.

Die Sozialdemokraten jedenfalls werden sich irgendwann endlich entscheiden müssen. Falls sie die Agenda-Philosophie fort-schreiben wollen, dann sollten sie nicht mit dem Etikett des „Sozialismus“ herumhantieren. Wenn ihnen der Sozialismus aber unverzichtbar ist, dann, ja dann müssten sie ihre Politik schon grundlegend ändern.

Doch ist das ernsthaft zu erwarten? ■

☞ Franz Walter, ist Professor für Parteienforschung an der Georg-August-Universität Göttingen.

Wege zu einem sozialen Deutschland

von Michael Dauderstädt



Foto: www.fotolia.de, ©Daniel Hohlfeld

» Deutschland vermisst seine soziale Dimension. Das schlägt sich nicht nur in einem Linksruck bei Wahlen und Politikangeboten fast aller Parteien nieder. Leider zeigen auch die Statistiken deutlich, wie sehr die soziale Balance verloren ging: die Lohnspreizung sowie die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung haben in den letzten zehn Jahren zugenommen. Die staatlichen Korrekturen fielen schwächer aus: Sozialleistungen wurden gekürzt oder weniger leicht zugänglich gemacht, öffentliche Güter (z.B. Hochschulbildung durch Studiengebühren) verteuert.

Der – allerdings schon wieder schwächelnde – Aufschwung hat die Kassen von Unternehmen und Staat gefüllt und kleine Konzessionen erlaubt: geringe reale Lohnzuwächse, da und dort eine Aufweichung des Sparkurses, wie z.B. die Verlängerung der Zahlung des Arbeitslosengeldes oder

mehr Geld für die Kindererziehung. Den einen geht das schon zu weit. Angeblich bedroht der starke Euro die mühsam ersparte Wettbewerbsfähigkeit erneut. Den anderen reicht das bei weitem nicht. Sie wollen mehr Umverteilung, höhere Löhne und Sozialleistungen, ein besseres und kostenloses Angebot an öffentlichen Gütern und Dienstleistungen.

» Verteilungsspielraum ist sicher vorhanden. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ja fast immer, wenn auch langsam, gestiegen. Wenn also bestimmte Komponenten gefallen sind (z.B. reale Löhne oder Renten), dann weil andere Komponenten (Gewinne, Vermögenseinkommen, Managergehälter) stärker als das BIP wuchsen. Aber langfristig bringt diese Nullsummenlogik wenig. Verteilungs- und Verwendungsfragen wären besser zu klären, wenn Deutschlands BIP schneller wachsen würde. Leider war Deutschland beim Wachstum eher Schlusslicht unter den OECD-Ländern.

Das Zukunftsprojekt der Friedrich-Ebert-Stiftung hat sich daher als zentrales Ziel die Steigerung des gesellschaftlichen Wohlstands gesetzt, der zwar auch gerecht verteilt werden soll, aber bei dem wir Verteilung und Produktion in engem Zusammenhang sehen. Der so verstandene Wohlstand für alle resultiert aus sozialer Produktivität und Vollbeschäftigung. Was ist mit sozialer Produktivität gemeint und warum dieses Ziel?





Produktivität ist die Wertschöpfung pro Faktoreinsatz (z.B. Arbeitsstunde) und somit die Basis für jeden gesellschaftlichen Wohlstand. Nur wenn eine Gesellschaft eine große und qualitativ gute Menge von Gütern und Dienstleistungen mit der ihr zur Verfügung stehenden Arbeitskraft (und ihrem Kapitalstock) produzieren kann, kann sie es sich leisten, neben einem hohen individuellen Konsumniveau der Haushalte vielfältige soziale Ziele (kollektiver Konsum öffentlicher Güter, Umweltschutz, soziale Sicherung der Schwachen) zu verfolgen, ohne dass sie außenwirtschaftlich in Schwierigkeiten (Leistungsbilanzdefizite, ständige Abwertungen) gerät. Das Attribut „sozial“ setzt der Produktivitätssteigerung und -verwendung Schranken in drei Dimensionen:

- Auf der Angebotsseite bedeutet es, dass die Produktivität nicht nur durch Umverteilung (Preiseffekte), durch Verschärfung der Arbeitsintensität, durch Externalisierung von Kosten (Umwelt) oder durch Benachteiligung der Verbraucher gesteigert wurde.
- Das Arbeitsangebot, d.h. die marktbezogene Erwerbstätigkeit, soll nicht durch Druck auf sozial Schwache gesteigert werden, sondern durch eine Mischung von einerseits Qualifizierung und ordentlichem Reproduktionsniveau, die beide die Produktivität steigern, und andererseits angemessener Entlohnung und Arbeitsbedingungen (Stichwort: „Gute Arbeit“).
- Auf der Nachfrageseite bedeutet es, dass die Produktivitätsgewinne nicht allein oder überwiegend den Kapitaleignern zugute kommen, sondern gerecht verteilt werden.

Auf diese drei Strategiekomponenten sei im folgenden näher eingegangen.

□ 1. Produktivität

Innerhalb dieser Grenzen dient Produktivitätssteigerung dem sozialen Fortschritt und sollte möglichst beschleunigt werden. Deutschland ist im Produktivitätswachstum seit Mitte der 1990er Jahre vor allem relativ zu den USA zurückgefallen. Damit die Produktivität schneller wächst, sind vor allem notwendig:

- Auf der Kapitaleseite Investitionen, die gleichzeitig den technischen Fortschritt (also Innovationen in Prozesse und Produkte) inkorporieren, einschließlich öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Sicherheit und Recht;
- Auf der Arbeitsseite „Investitionen“ in Bildung, Ausbildung und Gesundheit;
- Lohnsteigerungen, die sich am gesamtwirtschaftlichen Produktivitätswachstum und der Zielinflation orientieren, sichern die Nachfrage und schaffen so Anreiz für Investitionen. Sie verhindern auch, dass Unternehmen ihre Anstrengungen zur Produktivitätssteigerung reduzieren, weil sie auf Lohnsenkungen ausweichen können. Eine zu betriebsnahe Tarifpolitik schützt unproduktive Unternehmen.

Ein gesamtwirtschaftlicher Strukturwandel, der Produktionsfaktoren und Nachfrage von Sektoren mit schwacher Produktivität in Sektoren mit hohem Produktivitätspotential verschiebt. Die temporäre Freisetzung von Arbeit und Kapital ist ein notwendiges Durchgangsstadium, das jedoch so kurz wie möglich gehalten werden sollte, um Dequalifizierung zu vermeiden.

Ein effektiver Verbraucherschutz und Wettbewerb, die kontinuierliche Qualitätsverbesserung erzwingen.

Es geht dabei darum, die reale Produktivität, also die Menge der pro Stunde produzierten Güter und Dienstleistungen, zu steigern. Die Entwicklung der monetären Produktivität hängt von den jeweiligen Preisen und damit indirekt von der Nachfrage ab. Letztlich wird sich die monetäre Produktivität angleichen, soweit Marktmacht es

nicht verhindert. Damit steigen die relativen Kosten und Preise der Sektoren mit niedrigen realen Produktivitätszuwächsen. Deshalb wird und soll das Gewicht dieser Sektoren, zu denen auch die Produktion zahlreicher öffentlicher Dienstleistungen (z.B. Pflege) zählen, auch zunehmen. Entsprechend wird ihr Anteil an den Ausgaben der Haushalte, im Zweifelsfall in Form von Steuern und Sozialbeiträgen, also von Lohnnebenkosten, steigen.

Trotzdem und gerade deswegen ist auch in der Produktion öffentlicher Güter und sozialer Sicherheit höhere Produktivität ein wichtiges Ziel. Die Modernisierung des Staates – nicht identisch mit Privatisierung – kann Produktivitätsreserven erschließen und die Qualität verbessern. Da ein großer Teil der öffentlichen Güter und Dienstleistungen Marktversagen korrigiert, besteht Produktivitätssteigerung oft auch in der präventiven Regulierung der Märkte, z.B. beugen Vorschriften zur Sicherheit am Arbeitsplatz Mehraufwand im Gesundheitssystem vor.

Foto: www.fotolia.de, © poco_bw



□ 2. Beschäftigung

Im Idealfall werden diese Maßnahmen die Stundenproduktivität erhöhen. Aber um beim Pro-Kopf-Einkommen an die Spitzenvolkswirtschaften aufzuschließen, wäre es wahrscheinlich auch notwendig, die Beschäftigung zu erhöhen. Dazu dient primär der Abbau der offenen Arbeitslosigkeit, vor allem durch Integration von leistungsgeminderten Arbeitnehmern, da die anderen im Zuge der konjunkturellen Erholung ohnehin rasch einen Arbeitsplatz finden. Deutschland hat hier versagt, steht aber damit nicht allein. Viele der arbeitsmarktpolitisch angeblich erfolgreichen Länder wie Großbritannien, die Niederlande, Dänemark oder Schweden haben viele leistungsgeminderte Menschen aus dem Arbeitsmarkt genommen, ohne sie als arbeitslos auszuweisen, wie es Deutschland weitgehend macht. Der Leistungsminderung ist vielmehr schon in der Entstehungsphase vorzubeugen. Dazu dienen vor allem:

- **Familienpolitik:** Sie ist wichtig für die Erhöhung der Produktivität, da über die Leistungsfähigkeit der jetzt aktiven Arbeitnehmer und erst recht der künftigen vor allem auch in der Familie entschieden wird, indem für Gesundheit, Bildung und vielfältige „Sekundärtugenden“ (soziale Kompetenz, Fleiß, Pünktlichkeit, etc.) gesorgt wird. Zweitens ist die Arbeitsteilung zwischen Familie (Haushalt) und Markt ein zentraler Faktor für das Arbeitsangebot, inwieweit Frauen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Drittens beeinflusst sie die Nachfrage nach Erwerbsarbeit in Form haushaltbezogener Dienstleistungen wie etwa Sorgearbeit.
- **Bildungspolitik:** Neben der Familie ist das Bildungssystem hauptverantwortlich dafür, dass alle jungen Einwohner Qualifikationen erwerben, die ihre Erwerbsfähigkeit und Produktivität sichern und steigern.
- **Migrations-/Integrationspolitik:** Menschen mit Migrationshintergrund sind überdurchschnittlich von Bildungsmisserfolgen und Arbeitslosigkeit betroffen. Ihre bessere Integration und





Foto: www.fotolia.de, © aidasonne

der Abbau ihrer Diskriminierung würde Kosten im Sozialsystem senken, weitere Wachstumspotentiale erschließen und einen wohlstandssteigernden Beitrag zur gesellschaftlichen Lebensqualität beitragen.

» Der Abstand zu den Hocheinkommensländern erklärt sich aber nicht allein aus Unterschieden bei der Produktivität und Arbeitslosigkeit. Zwei weitere wichtige Elemente sind die durchschnittliche Arbeitszeit und die Erwerbsquote (vor allem der Frauen), die dort höher als in Deutschland liegen. Inwieweit und wie aber eine Umwandlung von Freizeit (z.B. höheres Renteneintrittsalter, verlängerte Wochenarbeitszeit, weniger Urlaub) bzw. Hausarbeit (z.B. Sorgearbeit) in marktbezogene Erwerbsarbeit gefordert und gefördert werden soll, ist sicher umstritten. Bewertet man Freizeit und den Output der Hausarbeit analog zur Marktproduktion, so verschwinden die Abstände zu den Hocheinkommensländern weitgehend.

Die Menschen sollten ihre Präferenzen für die jeweilige Form von Wohlstand frei bestimmen können. Aber ob das dadurch erreicht wird, indem man die Entscheidung dem Markt und den Tarifpartnern überlässt, ist angesichts der ungleichen Marktmacht fraglich. Arbeitszeitgesetzgebung gehört zu den ältesten Versuchen, dem Kapitalismus eine soziale Grenze zugunsten der Freizeit zu setzen. Bei der Entscheidung zwischen Hausarbeit und Erwerbsarbeit kann man dagegen dem Markt wahrscheinlich mehr Raum geben. Hier entscheidet letztlich ein Vergleich der Produktivitäten. Je professioneller und qualifizierter die Anbieter von Dienstleistungen sind, die Hausarbeit ersetzen können, desto eher lohnt sich eine solche erweiterte Arbeitsteilung.



Foto: www.fotolia.de, © Bernd Kröger

» Letztlich hängt die Beschäftigung von der Nachfrage ab. Arbeitsmarktpolitische Reformen können vielleicht die Reaktion des Arbeitsangebots verbessern, aber ein nennenswerter Beschäftigungsaufbau erfolgt nur durch Wachstum. Eine stetige hohe Nachfrage sorgt auch dafür, dass die erwünschten Produktivitätssteigerungen nicht nur zu geringerem Faktorverbrauch (z.B. Arbeitslosigkeit) führen. Nachfrage muss aber zum großen Teil aus dem inländischen Konsum kommen, der wiederum vor allem von den Löhnen abhängt, die deswegen im Gleichschritt mit der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und der Zielinflation wachsen müssen.

□ 3. Verteilung

Zwar ist damit schon eine gewisse Verteilung impliziert (vor allem zwischen Kapital und Arbeit), aber ein soziales Deutschland muss nicht nur schneller – aber trotzdem in sozial und ökologisch verträglicher Weise – seinen Output steigern, sondern ihn auch gerechter verteilen. Dabei sollte vor allem die Primärverteilung verbessert werden, zunächst durch eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik, bei Bedarf aber gekoppelt mit einer Mindestlohnpolitik, vor allem in Sektoren mit geringen realen Produktivitätsfortschritten. Die Politik sollte beitragen, Ungleichgewichte in der Marktmacht zu korrigieren, bei den Schwachen etwa durch Mindestlöhne, bei den Starken vor allem durch die Wettbewerbspolitik und die Bildungspolitik, die für den Abbau von Monopolrenten, etwa bei Vorstandsgehältern oder anderen protegierten Berufsgruppen, sorgen sollten.

»» In einer Wirtschaft mit hohem Beschäftigungsgrad, einem abnehmenden Anteil an leistungsgeminderten Arbeitnehmern und einer schnellen Erosion von Monopolrenten sinkt der Bedarf an sekundärer Umverteilung. Sie sollte eine begrenzte Maßnahme sein, die außerdem stärker präventiv und investiv als nur redistributiv wirken sollte. Wirklich Bedürftige (vor allem die Kinder) sollten einen minimalen Geldtransfer und maximale sachliche Unterstützung beim Ausstieg aus ihrer prekären Lebenslage erhalten. Der Verbesserung der Sekundärverteilung dient vor allem eine progressive Steuerpolitik. Hier sind sicher noch Fortschritte möglich, sowohl in den Grundsätzen (z.B. Vermögensbesteuerung) als auch in der Umsetzung (Stichwort: Liechtenstein). Bei einer Fülle von Steuerabzugsmöglichkeiten wäre zu hinterfragen, ob sie nicht ohnehin eher den besser Verdienenden nutzen.

»» Die Sozialversicherung sollte weniger der Umverteilung zwischen Personengruppen als der Absicherung von Risiken innerhalb dieser Gruppen dienen. Je weiter die Gruppen gefasst sind, desto effizienter lassen sich diese Versicherungsleistungen ohne Ausgrenzung von hohen Risiken erbringen, was die Produktivität bei der Erbringung von sozialer Sicherheit erhöht. Umverteilungskomponenten erfordern steuerfinanzierte Zuschüsse.

Ein soziales Deutschland ist somit ein durch gute Arbeit hochproduktives Deutschland, indem das Ausmaß der Arbeit durch den Wunsch nach einem hohen individuellen und kollektiven Konsumniveau bei gerechter Verteilung der Produktivitätsgewinne bestimmt wird. ■

☞ Dr. Michael Dauderstädt, ist Leiter, der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung

vgl. <http://www.fes.de/zukunft2020/index.php>; die Ausführungen beruhen auf den konzeptionellen Vorüberlegungen zu diesem Projekt.
 vgl. Regina Konle-Seidl und Kristina Lang „Von der Reduzierung zur Mobilisierung des Arbeitskräftepotentials. Ansätze zur Integration von inaktiven und arbeitslosen Sozialleistungsbeziehern im internationalen Vergleich“ IAB-Forschungsbericht Nr. 15/2006
 vgl. Olivier Blanchard in: Tito Boeri, Michael C. Burda, and Francis Kra-marz (eds.) "Working Hours and Job Sharing in the EU and USA. Are Europeans Lazy? Or Americans Crazy?" Oxford 2008, S.244

PapyRossa Verlag



Luciano Canfora: Die Freiheit exportieren

Vom Bankrott einer Ideologie | Broschur;
 101 Seiten; EUR 9,90

Von Sparta bis Afghanistan und Irak: Gerne verbergen Regierungen ihre Kriegsmotive hinter hehren Deklarationen und kaschieren Hegemoniestreben als Freiheitsexport. Sie bewirken damit das Gegenteil dessen, was sie angeblich wollen.



Domenico Losurdo: Demokratie oder Bonapartismus - Triumph und Niedergang des allgemeinen Wahlrechts; Brosch., 411 S.; EUR 19,90

Kaum errungen, wurde das allgemeine Wahlrecht auf die bloße Akklamation der Entscheidungen eines mächtigen Führers durch eine entmündigte Masse reduziert. Seit Napoleon III. hat sich dieses System zum »Soft-Bonapartismus« von heute entwickelt.

Tel. (02 21) 44 85 45 | Fax 44 43 05
 mail@papyrossa.de | www.papyrossa.de

Alle wollen regieren – wir wollen verändern

Der Streit für eine
linke Mehrheit lohnt

von Stefan Liebich



Foto: www.fotolia.de, © fux

» Ein Wahlkampf geht zu Ende. Drei Parteien haben mit unterschiedlichen Programmen für einen Regierungswechsel gekämpft. Die Sozialdemokraten gewinnen die Wahl, eine linke Mehrheit im Parlament wird möglich. Nach nur dreiwöchigen Verhandlungen ist ein Koalitionsvertrag verabredet, der in großen Teilen links vom Wahlprogramm der Sozialdemokraten liegt und unter anderem den Stopp der Deregulierung öffentlicher Dienste beinhaltet. Vor allem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik bewegt sich die Sozialdemokratie, was viele Mitglieder der Linkspartei Jahre zuvor noch für unmöglich hielten. Damit ist eine Grundlage für ein gemeinsames Regierungshandeln gegeben. Die Sozialdemokraten stellen den Regierungschef und die Vorsitzende der Linkspartei wird Finanzministerin.

» Dem Regierungswechsel voraus gegangen war ein großer gesellschaftlicher Druck, den vor allem Gewerkschaften und soziale Initiativen erzeugt hatten. So geschehen 2005 in Norwegen, wo die Regierung bis heute stabil arbeitet.

Das, worum in Norwegen lange gerungen wurde, könnte es auch in Deutschland geben. Seit den Bundestagswahlen 2005 haben SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/ Die Grünen die Mehrheit der Mandate. Unter der Glaskuppel des Reichstagsgebäudes ist das jedoch ein reines Zahlenspiel.

Abgrenzungsrituale auf allen Seiten sichern einer konservativ geführten Regierung derweil die Mehrheit.

» Die SPD verliert in der babylonischen Gefangenschaft der Großen Koalition und ist von Umfrage zu Umfrage uneins darüber, wie sie mit der LINKEN künftig umgehen will. Bündnis 90/ Die Grünen, bis vor wenigen Monaten noch dem rot-grünen Bündnis hinterher trauernd, verzichten inzwischen auf Aussagen über potentielle Partnerschaften. Sie pendeln je nach Wetterlage zwischen Schwarz-Grün, Jamaika-Partnerschaft und zuweilen sogar Rot-Rot-Grün hin und her. Aber: „Wer nach allen Seiten offen ist, kann nicht ganz dicht sein.“ Das wusste schon Kurt Tucholsky.

Und Die LINKE selbst bräuchte Partner, um ihren Vorhaben im Bundestag zur Durchsetzung zu verhelfen.

» DIE LINKE ist spätestens seit den Landtagswahlen in Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Hessen eine ernst zu nehmende gesellschaftliche Kraft geworden. „Dem muss sie, dem müssen sich die anderen stellen,“ so die Einschätzung des Brandenburger Linkspartei-Politikers Thomas Falkner.



Mit ihrer bundesweiten Sichtbarkeit ist ins deutsche Parteiensystem Bewegung gekommen. Der Kampf um die „neue Mitte“ scheint beendet zu sein. Die SPD besinnt sich wieder auf ältere Werte. „Wir sind die Partei des demokratischen Sozialismus!“ rief der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, auf einem SPD-Landesparteitag. Und das schon zu einer Zeit, als sich die damalige PDS mit der WASG zur Partei DIE LINKE vereinigte und noch darum stritt, ob und wie der „demokratische Sozialismus“ in den programmatischen Eckpunkten der neuen Partei Platz fände. Der Berliner CDU-Fraktionschef Friedbert Pflüger bescheinigt der Linken, dass die Fragen, die sie stelle, durchaus berechtigt seien und räumt Gerechtigkeitsdefizite ein. Die CSU denkt laut über die Pendlerpauschale nach.

Die „Erfolge der Linkspartei haben Rückwirkungen auf die ... Volksparteien und besonders die SPD“ sagt Allensbach-Chefin Renate Köcher. Das ist gut für DIE LINKE, aber nicht genug.

„Alle wollen regieren – Wir wollen verändern.“ Der Leitspruch der PDS der neunziger Jahre gilt jetzt mehr denn je. Das „Forum demokratischer Sozialismus“, fds, ein Zusammenschluss in der LINKEN, setzt sich dafür ein. „Wir wollen die Gesellschaft verändern und dafür um stabile, dauerhafte Mehrheiten werben.“ heißt es im Gründungsauftrag des fds. Dass diesem Anspruch DIE LINKE nicht allein folgen kann, liegt auf der Hand. Rot-Rot-Grün muss wieder beginnen, miteinander über Politik zu reden. Gemeinsame Projekte müssen erstritten werden, um aus parlamentarischen Mehrheiten gesellschaftliche Veränderungen werden zu lassen.



Noch ist die SPD für eine linke Bundesregierung ebenso wenig bereit wie DIE LINKE und Grüne. Ziel der drei Parteien sollte aber sein, dies zu ändern und nicht, es zu manifestieren. Die Wählerinnen und Wähler in Deutschland sind da schon weiter: Mittlerweile zeigen sich 44 Prozent der Deutschen insgesamt aufgeschlossen für rot-rot-grüne Bündnisse – darunter Mehrheiten

bei den Wählern der LINKEN (76 Prozent), der Bündnisgrünen (64 Prozent) und der SPD (59 Prozent), wie Infratest dimap nach den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen herausfand.

Und es gibt Beispiele für gemeinsame Projekte, die dort bereits umgesetzt werden, wo SPD und LINKE es können – in der Berliner Landesregierung.



Foto: Christian Kiel

Dazu zählen:

- Gute Arbeit durch öffentlich geförderte Beschäftigung und öffentliche Aufträge nur für die Unternehmen, die nach Tarif, mindestens aber 7,50 Euro pro Stunde, zahlen. Gleiche Bildungschancen durch längeres gemeinsames Lernen bis zur zehnten Klasse und darüber hinaus bis zum Abitur statt eines dreigliedrigen Schulsystems aus dem Kaiserreich.
- Kostenlose Bildung in der Kita und keine Studiengebühren zum Abschluss des Studiums. Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch einen bis zu siebenstündigen Kitaanspruch ohne Bedarfsprüfung.
- Mehr Teilhabe von sozial Benachteiligten am gesellschaftlichen Leben durch vergünstigte Tickets zum halben Preis bei Busse und Bahnen (Sozialticket), Tickets für drei Euro für Opernhäuser und Theater und kostenlosen Zugang zu öffentlichen Bibliotheken.



- Mehr Demokratie statt Überwachungsstaat – Volksentscheide und Bürgerhaushalte statt Raster- und Schleierfahndung.

All das gibt es da, wo SPD und LINKE miteinander und nicht gegeneinander arbeiten. Und zwar auf einer soliden Basis. Das Land Berlin investiert in eine solidarische Stadtgesellschaft und finanziert dies nicht auf Pump, sondern baut erstmals in seiner Geschichte seine Schulden ab.

» Auch auf der Bundesebene gibt es neben vielen tief greifenden Differenzen gemeinsame Ziele und Schnittmengen, die es auszuloten gilt: Solidarität und Gerechtigkeit, Schutz und Ausbau von Bürger- und Freiheitsrechten, die Verbindung der ökologischen und der sozialen Frage und eine friedliche Außenpolitik, die sich am Völkerrecht orientiert – dafür lohnte es, bei aller Unterschiedlichkeit gemeinsam zu arbeiten.

Es stimmt: DIE LINKE lehnt Gerhard Schröders Agenda 2010 ab. Die SPD hat sie erst kürzlich anlässlich ihres Geburtstags gefeiert. Aber: Die gemeinsame Betreuung von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern auszubauen, den Hartz-IV-Regelsatz zu erhöhen, mehr zu fördern als zu fordern und einen neuen öffentlichen Beschäftigungssektor zwischen Markt und Staat anstelle von Ein-Euro-Jobs aufzubauen, das könnte schon heute in allen drei Parteien Mehrheiten finden.

» DIE LINKE lehnt die bürgerrechtseinschränkenden Sicherheitspakete von Innenminister Otto Schily ebenso ab wie die Fortsetzung dieser Politik durch Wolfgang Schäuble. Um das zu stoppen, müsste eine neue Mehrheit aber nicht mehr nur auf das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hoffen, sondern könnte selbstbewusst einen Politikwechsel einleiten. Mehr Demokratie, Volksabstimmungen auch auf Bundesebene statt Vorratsdatenspeicherung und Bundestrojaner – dafür könnten Bündnis 90/ Die Grünen, SPD und DIE LINKE gemeinsam stehen.

» DIE LINKE will, dass es in Deutschland eine ökologische Erneuerung gibt. Dazu bedarf es einer anderen Politik. „Ein System, das nur auf Mehrverbrauch, Umsatz- und Gewinnsteigerung orientiert ist, kann die ökologische Frage nicht lösen“, sagt Oskar Lafontaine, Parteivorsitzender DIE LINKE. Das muss auch bei Einzelentscheidungen berücksichtigt werden. So wäre der Börsengang der Bahn unökologisch, denn der Transport von Menschen und Gütern auf der Schiene ist der günstigste Weg. Und er wäre unsozial, wie man an der bisherigen Geschichte der Vorbereitung des Börsengangs sieht. Fünftausend Kilometer Schiene wurden stillgelegt, vierhundert Bahnhöfe geschlossen und einhunderttausend Arbeitsplätze abgebaut. Bei einem börsennotierten Unternehmen in Privatbesitz würde sich dieser Trend fortsetzen. Für die Verhinderung der Privatisierung der Deutschen Bahn gäbe es jedoch bei Rot-Rot-Grün Mehrheiten.

» DIE LINKE lehnt völkerrechtswidrige Militäreinsätze, wie die Nato-Luftangriffe in Jugoslawien, ab. Sie fanden „trotz der Entscheidung des Deutschen Bundestages ... ohne ausreichendes völkerrechtliches Mandat statt“, konstatierten Andrea Nahles, Detlev von Larcher und weitere SPD-Politiker schon damals. „Die NATO hat entgegen dem NATO-Vertrag einen souveränen Staat angegriffen.“ Seit Jahren ist das Völkerrecht in der deutschen Außenpolitik immer weniger Grundlage für Entscheidungen. Dies zu ändern, könnten DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/ Die Grünen zu ihrem Ziel für eine neue Außenpolitik erklären. „... denn, wie im Inneren der Staaten nur das Recht den Frieden herstellt, so kann zwischen den Staaten nur das Völkerrecht den Frieden herstellen,“ so Oskar Lafontaine.

» Wenn der Streit nicht um Personen, sondern in der Sache geführt würde, wenn es um Argumente statt um Beleidigungen ginge, dann würde Rot-Rot-Grün feststellen, dass es eine große Summe Gemeinsamkeiten gibt. Und die Bundesbürger könnten sehen, was geht. Sicher wäre das nicht leicht. Aber wer verändern will, der muss auch zur Veränderung bereit sein – und die wird auch von Politikerinnen und Politikern mehr denn je erwartet. Parteien existieren schließlich nicht zuerst um ihrer selbst willen.

Der Vorsitzende der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, Gregor Gysi, ist sich sicher, dass es zu Rot-Rot-Grün kommen wird. Er meint, dass „wachsender gesellschaftlicher Druck auf die Parteien ... zu anderen politischen Konstellationen führen wird.“

» SPD-Generalsekretär Hubertus Heil hat Recht, wenn er meint: „Die solidarische Mehrheit in diesem Land ist sozialer als Friedrich Merz, ökologischer als Michael Glos und liberaler als Wolfgang Schäuble.“

Die Konsequenz daraus liegt auf der Hand: DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/ Die Grünen haben die Verantwortung dafür, dass eine linke Mehrheit auch in Parlament und Regierung unseres Landes vertreten wird.

Der Streit dafür lohnt. ■

☞ Stefan Liebich, MdA ist Koordinator des Forums Demokratischer Sozialismus in der Partei DIE LINKE (www.forum-ds.de) und lebt in Berlin.

Buch zur Geschichte des Jugendwerkes der AWO

Autor Marcus Mesch liefert im ersten Buch zur Geschichte des Kinder- und Jugendverbandes der Arbeiterwohlfahrt (AWO) auf 236 Seiten einen umfassenden Überblick, von den Wurzeln des Jugendwerkes der AWO, über die Gründungsmotive und die Gründung bis zur Verabschiedung des Grundsatzprogramms im Jahr 2000.

Preis: 10 € pro Exemplar (zzgl. Versandkosten)

Bestellungen an:

AWO-Bundesverband e.V.
Verlag & Vertrieb
Blücherstr. 62/63, 10627 Berlin
Fax: 030/2630932258
E-Mail: verlag@awo.org



Infos: Bundesjugendwerk der AWO, Fon: 030/2592728-50,
E-Mail: info@bundesjugendwerk.de, www.bundesjugendwerk.de



Foto: www.fotolia.de

Am Ende des Dritten Weges

Die europäische Linke muss sich neu orientieren

von Ernst Hillebrand



» Die Zahl der von Mitte-Links-Parteien in Europa regierten Länder hat sich in den letzten Jahren deutlich verringert. Auch dort, wo erfolgreich regiert wurde, gingen in den letzten Jahren Wahlen verloren. Diese Entwicklung markiert, wenn nicht alles täuscht, das Ende eines politisch-ideologischen Zyklus: Die technokratischen Reformprojekte à la „Dritter Weg“ in Großbritannien oder „Neue Mitte“ sind in den letzten Jahren an ihre Grenzen gestoßen und haben sich politisch teilweise überlebt.

Diese Projekte hatten in den 90er Jahren eine kluge Interpretation des politischen Zeitgeistes dargestellt und den Mitte-Links-Parteien erlaubt, sich als die dominierende politische Kraft in Westeuropa zu etablieren. Sie basierten auf der Kombination von gemäßigt neoliberalen Positionen in der Wirtschafts- und Fiskalpolitik mit einem Insistieren auf einer Rolle des (Sozial-) Staates und der Betonung linksliberaler Positionen in kulturellen und Wertefragen. Letztere erlangten als Beweise einer fortbestehend „progressiven“ Gesinnung eine große symbolische Bedeutung. Arbeitsmarktreformen und Um- und Abbau sozialstaatlicher Leistungen wurden mit der Reduzierung redistributiver Elemente im Steuersystem, Privatisierungen und einer Ausrichtung von Wirtschaft und Sozialsystemen am europäischen Raum gekoppelt. Bildungspolitik löste die redistributive Fiskalpolitik der Nachkriegszeit als zentrales reformpolitisches Instrument ab. Über Bildungsinvestitionen sollten auch Fragen der sozialen Gerechtigkeit, der Arbeitslosigkeit und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gelöst werden.

□ Die Grenzen des technokratischen Modells

Diese Politik erlaubte es, eineinhalb Jahrzehnte lang Wahlen zu gewinnen und mehr oder weniger erfolgreich zu regieren. Heute scheint das Politikangebot der „technokratischen Reformlinken“ (Werner A. Perger) jedoch nicht mehr ausreichend attraktiv zu sein. Zu viele Fragen und Probleme haben sich im Rahmen dieses Modells als nicht beantwortbar erwiesen.

» Globalisierung und Europäisierung haben die ökonomische Situation der Arbeitnehmer Europas negativ beeinflusst. Daran haben die Regierungen des „Dritten Weges“ so gut wie nichts zu ändern vermocht. Die Lohnquote – also der Anteil von Löhnen und Gehältern am Gesamtprodukt einer Volkswirtschaft – ist in der Europäischen Union in den letzten 25 Jahren kontinuierlich von 72,1 Prozent auf 68,4 Prozent gefallen. Die Polarisierung der Einkommen hat zugenommen und der Gini-Index sozialer Ungleichheit hat sich seit den 80er Jahren in vielen Ländern Westeuropas erhöht. Mit diesen Entwicklungen wurde dem zentralen Versprechen der Reformlinken – durch effiziente, „machbare“ Reformen die ökonomischen und sozialen Interessen der „einfachen Leute“ effizienter als Andere zu vertreten – tendenziell die Glaubwürdigkeit entzogen.

Year	1961-1970	1971-1980	1981-1990	1991-2000	2001-2005
Growth	4,8	3,0	2,4	2,1	1,6
Unemployment	2,0	3,8	8,5	9,4	7,8
Wage share	72,3	73,9	72,1	69,2	68,4

Tabelle: The Economic Tragedy of European Integration, 1961-2005.

Quelle: European Economy (figures relate to EU-15).

Tabelle aus Michael Dauderstädt, Increasing Europe's Prosperity, Internationale Politik und Gesellschaft, No. 1/2007, S. 28-46.

» Gleichzeitig hat auch die zweite traditionelle Antwort der Mitte-Linksparteien gegenüber ökonomischen Veränderungen – das Versprechen, mit dem integrierten Wirtschafts- und Politikraum der EU einen neuen und effizienteren Rahmen für die Gestaltung von Sozial- und Wirtschaftspolitik zu schaffen – an Akzeptanz verloren. Heute stehen viele Bürger Europas der EU negativ oder skeptisch gegenüber. Dies ist keineswegs eine rein irrationale Reaktion: So erfolgreich die EU als friedens- und außenpolitisches Instrument war, so unbefriedigend sind ihre langfristigen Ergebnisse auf dem Feld von Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit.

Auch die Versprechungen der „Bildungsrevolution“ haben sich als relativ leer erwiesen. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt offiziell in Europa bei 18,7 Prozent, wobei die realen Zahlen jedoch höher sein dürften. Die soziale Durchlässigkeit der Bildungssysteme hat sich nicht verbessert (eher sogar verschlechtert) und die Zahl der erfolgreichen Absolventen von Sekundarschulabschlüssen hat sich die letzten 20 Jahre in der EU kaum verändert. In Deutschland ist die Zahl von Studierenden in den letzten zehn Jahren um ganze 0,5 Prozent gestiegen. Die Unterfinanzierung mancher Bildungssysteme hat zugleich die Qualität von Universitätsabschlüssen unterhöhlt und ihren Wert auf dem Arbeitsmarkt entwertet.

» Neue gesellschaftspolitische Herausforderungen sind aufgetaucht, auf die die Linke keine adäquaten Antworten hatte. Das gilt vor allem für das in den letzten Jahren immer wichtiger gewordene Thema der Immigration. Die Antwort der europäischen Linken, das Konzept einer „multikulturellen Gesellschaft“, ist dramatisch gescheitert. Es hat marginalisierte Minderheitenghettos und fragmentarisierte Gesellschaften geschaffen, in denen keine erfolgreiche Integration stattfindet und in denen sich die wechselseitigen Frustrationen von Alteingesessenen und Zuwanderern eher verstärken als abschwächen. Die Linke hat die Diskussion dieser Probleme jahrelang verweigert und tabuisiert. Zurzeit dürfte Immigration das Thema sein, bei dem die Positionen der Mitte-Links-Parteien am weitesten von denen ihrer historischen Stammwählerschaft in den einfachen Arbeitnehmermilieus entfernt liegen.

Der passive Diskurs gegenüber den Globalisierungstrends, der für die technokratische Reformlinke prägend war – eine Art sozialdemokratische Spielart des Thatcher'schen TINA-Diskurses („there is no alternative“) – trifft zunehmend nicht mehr gesellschaftliche Stimmungslagen. Diese erwarten von den Staaten eine sehr viel aktivere und „schützendere“ Rolle, als die neue Linke sie bisher anzubieten bereit ist. In vielen Ländern findet eine emotionale Re-Nationalisierung statt, die sich hart mit den globalisierungsfreundlichen und europaorientierten Diskurs des linken Establishments stößt.



» Als Folge dieser Entwicklungen sind die Mitte-Links-Parteien heute in vielen Ländern Westeuropas von einem Teil ihrer traditionellen Stammwählerschaft weitgehend entfremdet. Gerade in einfachen „populären“ Sektoren sind die Parteien kommunikativ und kulturell nicht mehr anschlussfähig. Weder sprechen sie die Sprache noch teilen sie die Sorgen und Probleme dieses Teils der Bevölkerung. Organisatorisch und infrastrukturell sind die Mitte-Linksparteien in den Problemvierteln vieler europäischer Großstädte kaum mehr präsent. Es sind dies die Lücken, in die die neuen rechtspopulistischen, in einigen Ländern auch linkspopulistischen Bewegungen stoßen. Diese werden von marginalisierten Milieus zunehmend als Instrument zur Artikulation von Frustrationsgefühlen und Unzufriedenheit genutzt. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten deutet sich die Möglichkeit des Bruches der politischen Allianz an, auf der die Mehrheitsfähigkeit der progressiven Parteien basiert: Der politischen Allianz zwischen den Unter- und den unteren Mittelschichten.

□ Ein neues Projekt ist notwendig

Die linke Mitte steht heute vor der Aufgabe, ein neues, wieder mehrheitsfähiges Projekt zu formulieren. Dieses Projekt muss sich vom verengten Ökonomismus der technokratischen Reformpolitik befreien, ohne das strategische Terrain der gesellschaftlichen Mitte aufzugeben. Dies kann keine Rückkehr zu den Konzepten der 70er und 80er Jahre sein. Notwendig ist vielmehr ein politischer Diskurs, der nicht nur – wie die alten Reformprojekte – die Ambitionen in der Bevölkerung richtig interpretiert, sondern zusätzlich auch den wachsenden Befürchtungen in einer unübersichtlicher werdenden Welt gerecht wird.

» Ein solcher Diskurs muss Schluss machen mit der Stigmatisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen („Besitzstandswahrer“) und anerkennen, dass eine Reihe von Entwicklungen der letzten Jahre für eine nicht unerhebliche Anzahl von Menschen eher negativ waren (Einkommens- und Arbeitsplatzverluste, wachsende Unsicherheit von Beschäftigungsverhältnissen, Gefühle von Entfremdung und Heimatverlust in ethnisch und kulturell heterogener werdenden Gesellschaften, wachsender Leistungsdruck am Arbeitsplatz, zunehmender Mobilitätsdruck mit den entsprechenden Folgen für die persönlichen Lebensverhältnisse). Die linke Mitte muss ihren Diskurs wieder in den Lebensrealitäten ihrer Wählermilieus erden. Gleichzeitig müssen die Parteien auch ihren Kommunikationsstil überdenken und die autoritäre Belehrungshaltung überwinden, die regierende Sozialdemokraten und Sozialisten gegenüber ihrer Wählerbasis bisweilen an den Tag legten.

» Unabdingbar erscheint in diesem Kontext die Überwindung ideologischer Tabus bei der Diskussion der Immigrations- und Integrationsproblematik. Hier hat sich die Linke wie in keinem anderen Bereich geweigert, gesellschaftlichen Realitäten ins Auge zu sehen. Damit hat sie sich eigenen Wählermilieus entfremdet und ein „window of opportunity“ für rechtspopulistische Bewegungen geschaffen. Man sollte dieses Problem nicht über-, aber eben auch nicht unterschätzen. In vielen Ländern Westeuropas haben in den letzten Jahren „sozio-kulturelle“ Fragen in der Problemhierarchisierung der Bevölkerung sozio-ökonomischen Themen den Rang abgelaufen. Notwendig ist eine Kurskorrektur ähnlich derjenigen, die im Laufe der 90er Jahre beim Thema öffentliche Sicherheit unternommen wurde. Hier wurde – tough on crime, tough on the causes of crime – bei einem ähnlich komplizierten Thema eine erfolgreiche Neupositionierung vorgenommen und eine politische und wahltaktische Achillesferse beseitigt.

Schließlich muss die linke Mitte wieder deutlicher machen, wo und wie sie politische Gestaltungsräume im Interesse ihrer Wählerschichten schaffen und nutzen möchte – und zwar nationalstaatlich wie europäisch. Sie hat im Rahmen der technokratischen Modernisierungsprojekte den „harten“ ökonomischen, fiskalischen und politisch-institutionellen Raum faktisch zur „no-go-area“ für linke Politik erklärt. Angesichts wachsender sozialer Ungleichheit und blockierter Aufstiegschancen in den Unter- und Mittelschichten quer durch Europa wird dies so nicht bleiben können.

» Darüber hinaus muss die linke Mitte auch wieder längerfristige gesellschaftliche Fragen diskutieren, die unter den technokratischen Reformprojekten an den Rand gedrängt wurden. Es ist offenkundig, dass die sozialen und ökonomischen Veränderungen der „flüssigen Moderne“ (Zygmunt Bauman) zu Verunsicherung und Statusängsten bis tief in etablierte Facharbeitermilieus und klassische Mittelschichten geführt haben. Dennoch kann für die Mehrheit der Bevölkerung der westlichen Gesellschaften die „soziale Frage“ auf absehbare Zeit als gelöst betrachtet werden. Post-materielle Fragen, einschließlich der Ökologie, werden für diese Mehrheit einen großen Stellenwert behalten. Ein verengter Ökonomismus, der Fragen der Lebensqualität und -führung, der individuellen und kollektiven Entfaltung- und Gestaltungsräume nicht aufgreift und politisch artikuliert, ist für diese Milieus nur begrenzt attraktiv. Das selbe gilt aber umgekehrt auch für eine rückwärtsgewandte Sozialstaats-Nostalgie, die die politischen Herausforderungen auf soziale Fragen verkürzt und deren zentraler Bezugspunkt die „heile Welt“ der industriellen Moderne der 60er und 70er Jahre und deren männerdominierten und korporatistisch vermachteten Institutionen und Mechanismen ist. Damit kann man linkspopulistische Protestparteien betreiben, jedoch kein mehrheitsfähiges Projekt konstruieren.

» Die Erneuerung der europäischen Linken wird umso dringender, als auch die europäische Rechte sich verändert. In den letzten Jahren hat sie weitgehend Abschied genommen von neoliberalen Radikalismen und versucht, politisches Terrain in der gesellschaftlichen Mitte zurückzuerobieren. Dies gilt für die Ökologie ebenso wie für gesellschaftspolitische Modernisierungsthemen und Teilaspekte der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Im Moment hat die linke Mitte auf diese Entwicklung noch keine Antwort gefunden. Das neue konservative Versprechen einer gemäßigten Wirtschafts- und Sozialpolitik ohne linksliberales gesellschafts- und kulturpolitisches Rahmenprogramm wirkt gerade auch in traditionelle Stammwählerschichten der Mitte-Linksparteien hinein attraktiv.



Das Paradox der aktuellen Krise der linken Mitte in Europa ist die Tatsache, dass ihr der Zeitgeist gar nicht ungünstig ist. Es ist vielmehr ihre eigene Unfähigkeit, ein politisches Projekt zu formulieren, das den Lebensrealitäten ihrer Wähler entspricht, die die linke Mitte von der Macht fern hält. Bei einem solchen Projekt ginge es nicht darum, die technokratischen Reformprojekte der letzten Jahre zu „überwinden“. Aber sie müssen darauf hin überprüft werden, wo sie noch zur Problemlösung taugen und wo sie keine Akzeptanz mehr bei der Wählerbasis finden. Hier wird man sich dann schlicht etwas Neues einfallen lassen müssen. ■

↳ Dr. Ernst Hillebrand, ist Leiter des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Aufbruch in die Soziale Moderne: Auftakt, Rückschlag, Ausblick

von Thorsten Schäfer-Gümbel



Die Hessen-SPD konnte 210.000 Wählerinnen gegenüber der letzten Landtagswahl hinzugewinnen. Das entspricht einem Plus von 7,6 Prozentpunkten. Seit dem Jahr 2001 war dies – neben dem Wahlerfolg in Rheinland-Pfalz – der einzige Zuwachs bei einer Landtagswahl für die Sozialdemokratie. Mit 36,7 Prozent lag die SPD auch über dem hessischen Ergebnis der vergangenen Bundestagswahl. Die SPD konnte Stimmen aus allen Lagern gewinnen: 90.000 Stimmen Nettogewinn von der CDU, 66.000 Stimmen von den Grünen, dazu konnten 68.000 Stimmen aus dem Nichtwählerlager mobilisiert werden. Der Hessen-SPD ist es gelungen, insbesondere junge Frauen (46,7 Prozent) anzusprechen; es gelang ihr wie seit Jahren nicht mehr, junge Menschen zu überzeugen. Auch bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie bei Arbeitslosen schnitt die SPD überdurchschnittlich ab. Insbesondere bei Selbständigen und Beamten lag die SPD weit vorn. Die hessische SPD hat mit ihrem klaren Wahlprogramm damit in der Mitte der Gesellschaft überzeugt.



Die so genannte Linkspartei hat dank des klaren Profils der Hessen-SPD schlechter abgeschnitten als in den anderen westlichen Bundesländern. Sie wäre an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert, wenn sie nicht durch die CDU-Hetzkampagne in den Mittelpunkt der Schlussphase des Wahlkampfes gerückt worden wäre.



Foto: www.fotolia.de, © Saskia Döring



Aufbruch in die Soziale Moderne ist die Botschaft, mit der die hessische SPD den Landtagswahlkampf 2008 bestritten hat. Die Soziale Moderne steht dabei für die Verbindung aus Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit: Die konsequente Benennung politischer, sozialer, ökologischer und ökonomischer Herausforderungen und möglicher Lösungsstrategien hat sich als tragfähig erwiesen. Der von vielen unerwartete Wahlerfolg am 27. Januar 2008 unterstreicht eindrucksvoll, dass man Wahlen mit dem Thema Gerechtigkeit gewinnen kann. Dabei war der Wahlkampf keinesfalls populistisch, anders wäre der Erfolg nicht begründbar. Der Erfolg wird nämlich erst erkennbar, wenn man sich die Wahlanalysen genauer anschaut.

□ Auftakt

Mit der Entscheidung über die Spitzenkandidatur der Hessen-SPD im Dezember 2006 hat das Projekt Soziale Moderne begonnen. Im Zentrum des Aufbruchs stand eine konsequente inhaltliche Profilierung, die sich an den Themen soziale Gerechtigkeit, bessere Bildung, gebührenfreie Hochschulen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, erneuerbare Energien, gute Arbeit, Mindestlohn und der Ankündigung, das Tarifdiktat im Öffentlichen Dienst zu beenden, ausrichtete. Genau diese inhaltliche Profilierung, die durch die Berufung von Dr. Hermann Scheer (Präsident Eurosolar) und Rainer

Domisch (Education Board Finnland) in das Zukunftsteam unterlegt wurden, haben eine besondere Dynamik bei der thematischen Ausrichtung bewirkt. Die Akzentuierung auf die inhaltlichen Gegensätze zwischen SPD und CDU hat zu einer im Ländervergleich deutlich höheren Wahlbeteiligung in Hessen geführt. Ein Großteil unserer Wählerinnen und Wähler sind nach dem Debakel beim Urnengang im Jahr 2003 an die Urnen zurückgekehrt. Dieser Erfolg beruht eben nicht auf einer guten Wahlwerbung allein. Ursächlich für diesen Erfolg in Hessen sind zwei Grundfaktoren: Erstens basiert die inhaltliche Ausrichtung auf dem Ergebnis jahrelanger politischer Arbeit und der Stabilisierung ihrer gesellschaftlichen Fundamente: Gewerkschaften, Betriebsräte, Schüler-, Lehrer- und Elternverbände konnten zurück gewonnen werden. Mit unserem engagierten Energieprogramm ist es uns gelungen, neue, zukunftsorientierte Themenfelder zu besetzen. Ohne diesen Prozess der inhaltlichen Neuaufstellung und der Rückgewinnung der Meinungsführerschaft in vielen Themenfeldern wäre es nicht möglich gewesen, neue Wählerschichten zu erschließen und von Roland Koch enttäuschte Wählerinnen und Wähler so zahlreich an die SPD zu binden.

» Zweiteils baut dieser Erfolg auf dem Miteinander von Landes- und Bundespartei auf. Die Neujustierung der Agenda-Politik unter Kurt Beck und die Beschlüsse des Hamburger Parteitags sind eine wesentliche Voraussetzung dafür gewesen, dass gemeinsam und nicht in Abgrenzung zur Bundes-SPD gearbeitet werden konnte. Ohne dieses Fundament wäre es nahezu unmöglich geworden. Gerade Kurt Beck hat mit seinem intensiven Einsatz in Hessen diese Zusammenarbeit untermauert.

Die Hessen-SPD hat mit der Ausrichtung und dem Erfolg der Landtagswahl lange verloren geglaubtes Terrain zurückerobert und damit der Volkspartei SPD ein Stück Zukunftsfähigkeit zurückgegeben. Und deshalb weisen die Erfahrungen über Hessen hinaus: Mit dem Thema Gerechtigkeit erreichen wir die solidarische Mehrheit der

Gesellschaft! Soziale Gerechtigkeit ist und bleibt das Kernthema der Sozialdemokratie. Mit dem Einsatz für soziale Gerechtigkeit, gute Arbeit, bessere Bildung, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und erneuerbare Energien wurde unterstrichen, wie die Sozialdemokratie über die Ergebnisse der Großen Koalition auf Bundesebene hinaus Erfolg versprechend Themen setzen kann.

» Gerade im Bundestagswahlkampf 2009 wird die zentrale strategische Entscheidung darin bestehen, glaubwürdig diese Themen zu besetzen und als Einheit zu verstehen. Mit den Beschlüssen des Hamburger Parteitags wurde eine wichtige Grundlage für den Wahlerfolg in Hessen gelegt. Die Beschlüsse sind auch eine gute Grundlage für einen Erfolg bei der Bundestagswahl 2009. Deshalb ist die Bundespartei aufgefordert, mit einem klaren, unverwechselbaren sozialdemokratischen Profil die Bundestagswahl vorzubereiten. Die SPD ist und bleibt die linke Volkspartei.

Ausgehend von diesen Grundbedingungen haben die drei zentralen Wahlkampfversprechen aus inhaltlicher Erneuerung für das Land (Soziale Moderne), dem Ende des Systems Koch (Koch muss weg) und einem Stopp-Schild für den Durchmarsch der Linken als neuer politischen Konkurrenz die Wählerinnen und Wähler im Grund überzeugt. Anders ist der Wahlerfolg der Hessen-SPD nicht erklärbar. Aber offensichtlich hat es nicht ganz gereicht, die Wählerinnen und Wähler haben mit 5,1 Prozent Die Linke gewählt. Die besondere Verantwortung dafür haben sowohl Roland Koch als auch Wolfgang Clement.

□ Rückschlag

Nach dem komplizierten Wahlergebnis hat die Hessen-SPD bei allen inhaltlichen Schwierigkeiten auf eine Ampelkoalition gesetzt. Die Haltung der FDP trotz zahlreicher Gesprächsangebote eine inhaltliche Diskussion über Hessens Zukunft beharrlich zu verweigern, war und ist ein besonderes demokratisches Lehrstück. Staatspolitische

Verantwortung sieht sicher anders aus. Allerdings wären die Gespräche mit der FDP noch lange nicht beendet gewesen. Die Debatte um den Umgang mit der Linkspartei, die vor der Hamburgwahl durch das Hintergrundgespräch von Kurt Beck ausgelöst, aber von Steinbrück, Kahrs und Co. konsequent eskaliert wurde, haben die taktischen Möglichkeiten der Hessen-SPD zerstört. Es gab Szenarien, die von einer längeren Übergangszeit mit einer geschäftsführenden Landesregierung Koch ausgingen, diese waren aber angesichts der neuen Politiklage insbesondere in der Hauptstadt nicht mehr gangbar. Die FDP konnte sich nur noch verweigern.

» Sämtliche Politikstrukturen in der Bundes-SPD waren in dieser Phase nicht handlungsfähig. Im Gegenteil, sie wurden genutzt oder missbraucht, um eine Debatte um die Kanzlerkandidatur zu eröffnen. Ohne Rücksicht auf Verluste tobten sich tagelang führende Sozialdemokraten am Parteivorsitzenden und der Hessen-SPD aus. Kein Ordnungsruf, wenn es einen gab, wurde zur Kenntnis genommen. Hessen wurde binnen weniger Stunden zum Experimentierfeld für mögliche neue politische Konstellationen, die nach dem hessischen Fahrplan überhaupt nicht zur Debatte standen.

» In dieser Phase verweigerte sich die FDP endgültig und eine Kooperation mit der CDU war und ist nach der Bad Wildunger Erklärung völlig unmöglich. Auch nach Sondierungsgesprächen mit der CDU waren die inhaltlichen und personellen Hürden für die Bildung einer Großen Koalition unüberbrückbar. Allein aus diesem Grund hat die Hessen-SPD die Möglichkeit zur Bildung einer Minderheitsregierung geprüft. Sie war zu diesem Zeitpunkt alternativlos. Es kann nicht sein, dass in einem Fünf-Parteien-Parlament bei Verweigerungshaltung der FDP nur eine Große Koalition zu einer sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung führen kann. Die SPD muss aus dem Ghetto der Großen Koalition ausbrechen, dass es dafür gesellschaftliche Mehrheiten gibt, hat Hessen am 27. Januar bewiesen.

Als nach den Entscheidungen der Fraktion und des Landesvorstandes eine Abgeordnete, die sich im Urlaub befand, erklärte, sich diesem Weg nicht anzuschließen, hat Andrea Ypsilanti folgerichtig erklärt, dass sie am 5. April nicht als Ministerpräsidentin im Hessischen Landtag kandidiert.

□ Ausblick

Die Hessen-SPD ist nach den Ereignissen und dem Rückschlag in einer sehr schwierigen Lage. Sie steht weiterhin in der Pflicht, einen Politikwechsel in Hessen einzuleiten. Das bedeutet insbesondere eine bessere und gerechtere Bildungspolitik, die Abschaffung der Studiengebühren, Einleitung der Energiewende, mehr Prävention und eine bessere personelle Ausstattung von Polizei und Justiz, Umsetzung von „Guter Arbeit“ und Mindestlöhnen. Deshalb wird die Hessen-SPD alle parlamentarischen Möglichkeiten zur Umsetzung dieses Politikwechsels nutzen, um möglichst viele Themen unseres Wahlprogramms in die parlamentarische Arbeit des Landtags einzubringen und um entsprechende Mehrheiten zu kämpfen. Dazu wird sie mit allen Fraktionen sprechen.

Vor dem Hintergrund der schwierigen Mehrheitsverhältnisse im hessischen Landtag darf aber auch das Ziel eine stabile Regierung für Hessen zu bilden, nicht aufgegeben werden. Die Bildung einer stabilen Regierung erfordert unter den gegebenen Umständen die ganze Solidarität innerhalb der Partei. Denn jede denkbare Konstellation in Hessen ist mit besonderen Herausforderungen verbunden. Dies macht es notwendig, dass den Mitgliedern und Gremien der Partei vor Eintritt in erneute Koalitions- oder Tolerierungsverhandlungen die Möglichkeit gegeben wird, sich am Prozess der Meinungsfindung entscheidend zu beteiligen. Das Projekt der Sozialen Moderne ist damit keinesfalls am Ende, auch wenn bezahlte Interessenvertreter außerhalb und innerhalb der SPD aktiv an einem Scheitern der Hessen-SPD gearbeitet haben. Diese Form der politischen Korruption ist für die Hessen-SPD Ansporn. Die Debatte hat erst begonnen. ■

↳ Thorsten Schäfer-Gümbel, ist SPD-Landtagsabgeordneter in Hessen.



↳ Ernst-Dieter Rossmann, Christian Lange (von links)
Foto: Thomas Gutsche

Gerechtigkeit und Glaubwürdigkeit

spw-Streitgespräch

Ernst-Dieter Rossmann

vs. Christian Lange



„**Ernst-Dieter Rossmann:** 144 Jahre SPD-Geschichte dürfen wir nicht so betrachten, als ob wir der Schmerzensmann oder die Schmerzensfrau der deutschen Geschichte wären. Ich interpretiere das, was aktuell in und mit der SPD passiert, als einen Teil des Wandels, der sich in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik im globalen Maßstab vollzieht. Je stärker und solidarischer wir uns mit diesem Wandel auseinandersetzen, umso größer sind die Chancen, dass die SPD ihn mitgestaltet. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe.

„**Christian Lange:** Ich sehe das ähnlich, aber ich glaube, das ist augenblicklich nicht unser Problem. Die SPD hat ihre Kommunikationsgrundlage, ihre Glaubwürdigkeit verloren. Dieser Glaubwürdigkeitsverlust, der sich an den Ereignissen in Hessen festmacht und der sich jetzt wie ein roter Faden im Umgang mit der Partei der Linken durchzieht, führt zu einer Auseinandersetzung, die uns wieder weit hinter den Hamburger Parteitag und die Auseinandersetzungen um die Agenda 2010 zurückwirft. Unsere aktiven Genossen und Genossen vor Ort wissen nicht mehr: können sie sich auf das verlassen, was wir hier tun. Sie sehen ihre individuelle Glaubwürdigkeit in Zweifel gezogen. Der rasante Glaubwürdigkeitsverlust ist nicht zu Ende, so lange die Grundsatzfrage, wie gehen wir mit der Linkspartei um, nicht endgültig geklärt ist.

„**Ernst-Dieter Rossmann:** Das nehme ich in der praktischen Arbeit nicht so wahr, dass jeder jetzt die Frage „Wie hältst du’s mit den Linken?“ beantworten muss. Die Menschen fragen: „Wie ist es mit Rente 67, mit Mindestlohn, mit der Gerechtigkeit. Sie fragen, wie sie mit den Hartz-4 Tarifen hinkommen, mit ihren Stromkosten, ohne Einkommenszuwächse. Die SPD gewinnt neue Kraft, indem sie diese Fragen beantwortet und dann unter klaren Kriterien Partner sucht. Deshalb immer wieder die Bitte: Lasst uns die breiten sozialdemokratischen Inhalte populär machen und uns nicht verhaken an Glaubwürdigkeitsfragen, die uns auch aufgedrängt werden.

„**Christian Lange:** Aufgedrängt sind sie uns nicht, wir haben sie selbst verursacht, Wir müssen anknüpfen an Projekte, die wir im Hamburger Programm umschrieben haben. Das sind Themen wie Generationengerechtigkeit, vorsorgender Sozialstaat und das Bekenntnis zu unserer internationalen Rolle. Dies hat Konsequenzen für unser Handeln, ob bei der Föderalismusreform oder beim Thema Schuldenbremse. Ich sehe ähnlich wie Du, nur durch harte Arbeit an diesen Zielvorstellungen können wir Glaubwürdigkeit zurückgewinnen.



Ernst-Dieter Rossmann: Der große Bruchpunkt nach der ersten Abspaltung von der SPD in der Regierungszeit Helmut Schmidt, der den ökologischen Teil nicht binden konnte, kam mit Gerhard Schröder, der den globalisierungskritischen Teil nicht halten konnte und der in seiner Agenda-Politik voluntaristisch und nicht überzeugend war. Mit einem dramatischen Verlust von vielen Tausend Mitgliedern und vielen Wählerinnen und Wählern. Der Agendaprozess knüpfte an ein sozialdemokratisch-skandinavisches gestaltetes Modell an. Die Skandinavier stellten dabei aber soziale Symmetrie her. Es war kein Zufall, dass dem Agendaprozess der Verzicht auf die Vermögenssteuer als ein Grundbestandteil sozialdemokratischer Gerechtigkeitsvorstellungen voranging. Mittlerweile haben wir es geschafft, die Agenda weiter zu entwickeln. Im Agendaprozess waren z.B. Mindestlöhne nicht vorgesehen.

Christian Lange: Der sozialdemokratische Erfolg heißt Abbau von Arbeitslosigkeit. Noch unter rot-grün wurden wir mit Arbeitslosenzahlen um die fünf Millionen konfrontiert. Heute sprechen wir darüber, ob wir es schaffen, auf drei zu kommen. Es gibt mit 40 Millionen so viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte wie noch nie. Dafür gibt es drei Gründe: die Lohnpolitik der Gewerkschaften, die nachholenden Investitionen der Unternehmen samt der Weltkonjunktur und die rot-grüne Reformpolitik.

Ernst-Dieter Rossmann: Wir sollten uns nicht zerteilen in diejenigen, die pro oder contra Agenda sind. Wir sind korrekturfähig, weil wir gelernt haben, dass ältere Arbeitslose wesentlich länger arbeitslos sind und sie nicht nach einem Jahr in das Arbeitslosengeld II fallen sollen. Ich wünsche mir zukünftig, dass die SPD die Menschen mit ihren Bedürfnissen nach Erneuerung, Sicherheit und Teilhabe mehr mitnimmt.

Christian Lange: Was heißen denn diese Schlagworte? Zunächst muss man unseren Mitbewerbern, die 5 Jahre Agenda-Rede gefeiert hätten, ein Kompliment ausstellen. Wir haben das nicht getan. Warum fordern wir keine europaweite private Vorsorge als weitere Säule in der Alterssicherung? Das wäre ein Projekt, mit dem wir uns identifizieren und die Agenda 2010 weiterdenken könnten. So sollte die Sozialdemokratie Zukunftsprojekte definieren.

Ernst-Dieter Rossmann: Wir freuen uns, dass die Arbeitslosigkeit deutlich zurückgegangen ist, durch Maßnahmen von der Agenda aus dem Jahr 2003 bis zur Investitionspolitik von Genshagen aus dem Jahr 2006. Wir haben dann in Hamburg 2007 deutlich dazu gesetzt, dass es uns immer um gute Arbeit geht mit angemessenen Löhnen, mit humanen Arbeitszeiten und echten Chancen durch Weiterbildung. Wenn wir jetzt einen dramatischen Ausbau von Leiharbeit erleben bis in Bereiche hinein, wo reguläre Arbeit ersetzt wird und es nur noch schwache Kernbelegschaften gibt, müssen wir als SPD konkret handeln.

Christian Lange: Das sehe ich auch so und deswegen habe ich in meiner Funktion als Landesgruppenvorsitzender Baden-Württemberg mit der IG Metall Baden-Württemberg zum Thema Leiharbeit eine gemeinsame Position erarbeitet.

Ernst-Dieter Rossmann: Das zweite: Riester Rente. Wir freuen uns, dass wir wenig Altersarmut haben, aber wir brauchen auch eine Mindestabsicherung für diejenigen, die wegen unterbrochener und schlecht bezahlter Beschäftigung Lücken in ihrer Erwerbsbiographie haben. Eine Mindestrente muss einen Unterschied zwischen denen machen, die z.B. 35 Jahre gearbeitet haben, und denen, die es nicht getan haben.

Christian Lange: Das ist Grundgedanke des vorsorgenden Sozialstaates: Aufstieg und soziale Teilhabe durch Leistung und Bildung. Ich stelle nicht nur im Süden unseres Landes fest, dass der SPD vertraut wird, wenn sie die soziale

Gerechtigkeit mit wirtschaftlichem Erfolg und einer soliden Finanzpolitik kombiniert. Die Menschen wollen sicher sein, dass ihr Job in Zukunft erhalten bleibt und dass wir unser Land fit machen für die Globalisierung. Wenn wir das nicht schaffen, wird uns der Facharbeiter nicht wählen. Ohne Wachstum werden wir keinen weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit erreichen. Wir müssen unser Steuersystem so ausrichten, dass wir wettbewerbsfähige Steuersätze haben. Dass der Facharbeiter mit Frau und zwei Kindern bei etwa 35.000 Euro seinen ersten Euro Steuern zahlt, das ist unsere Leistung für die sozialdemokratische Kernklientel. Diejenigen, die die Mitte der Gesellschaft ausmachen, und die wir brauchen, um eine solidarische Mitte zu halten. Denn sie tragen die Lasten für alle anderen.

„**Ernst-Dieter Rossmann:** So wie wir sagen „gute Arbeit“, „solidarische Mitte“, sollten wir sagen: „qualitatives Wachstum“. Es geht nicht darum, dass wir an sich Wachstum anhäufen, denn Wachstum als ökonomische Kategorie kann viel Schädliches enthalten, wie den Atommüll aus der Kernenergie. Das macht auch Sozialdemokratie aus: Eine dynamische, nachhaltige und umweltverantwortliche Wirtschaftsweise, die die gesamte Globalität betrachtet und nicht nur die reichen Industrieländer.

„**Christian Lange:** Das Hamburger Programm setzt beim Thema qualitatives Wachstum den richtigen Maßstab. Qualitatives Wachstum ja, wenn der Staat eingreift, z.B. über Subventionen wie bei der ökologischen Industriepolitik, oder Verantwortung übernimmt, durch Steuergelder bestimmte Innovationen voranzutreiben. Dort haben wir große Erfolge, wie beim Ausbau der Solarenergie. Aber kein Verbot von Wachstum in Bereichen ohne staatliches Zutun, wenn die Bedingungen stimmen, etwa in der Automobilindustrie, die man nicht gerade als ökologisch bezeichnen kann. Das haben wir im Programm ausdrücklich nicht formuliert. Insofern haben wir uns von der alten Diskussion, die Erhard Eppler zu recht angestoßen hat, auf die heutigen Verhältnisse eingerichtet.

„**Ernst-Dieter Rossmann:** Ich kann mir nicht vorstellen, dass Du das so gemeint hast. Natürlich brauchen wir Umweltstandards, die festlegen, in welchen Grenzen Autos Abgase produzieren dürfen, ohne dass dies eine Subventionierung des Automobilbaus zur Voraussetzung hat. Wir leben davon, dass wir aus Sozial- und Umweltgesichtspunkten Standards setzen.

„**Christian Lange:** Das ist keine Frage, aber wir sagen nicht, bestimmte Produkte und Techniken lehnen wir ab, wie wir das noch im Berliner Programm getan haben. Das wäre Technikfeindlichkeit, mithin die Ablehnung von quantitativem Wachstum. Wir sagen ja zu quantitativem Wachstum, wenn es sich an die Regeln der Politik hält. Und ja zur ökologischen Industriepolitik, zum qualitativen Wachstum, wenn wir als Staat selbst über finanzielle Förderung intervenieren.

„**Ernst-Dieter Rossmann:** Grundsätzlich habe ich die Sorge, dass die SPD nach zehn Jahren Regierungstätigkeit, die in vielen Teilen sehr erfolgreich war, noch die Kraft bleibt und auch so wahrgenommen wird, die dynamisch und mit heißem Herzen die Verhältnisse verbessern will. Wir dürfen uns nicht darin genügen, in einer Regierung zu sein. Wir müssen auch zur grundsätzlichen Kritik von Wirklichkeit fähig bleiben. Konkret: Die SPD ist immer Gerechtigkeits- und Umverteilungspartei gewesen, die sich auch kritisch mit der Systemfrage in der Wirtschaft auseinandersetzt und das Primat von Politik einfordert. Auch Wirtschaft muss sich nach politisch-demokratischen Regeln verantworten und vom System her auf das Gemeinwohl verpflichtet sein.

„**Christian Lange:** Einverstanden, was heißt das konkret. Wenn ich mir anschau, dass wir internationale Regeln für Hedgefonds bekommen und wir einen Bundesfinanzminister haben, der international der Vorkämpfer dafür ist, dann gehört es auch dazu, dies mit Herzblut zu verkaufen.



” **Ernst-Dieter Rossmann:** Das erkennen wir ausdrücklich an. Und müssen auch national aktiv werden in der Verstärkung der Finanzaufsicht z.B., in der Steuerkontrolle z.B. über mehr Betriebsprüfer, z.B. in der Abkopplung der Managergehälter vom Shareholder-Value.

” **Christian Lange:** Wir haben als Sozialdemokraten dafür gesorgt, dass wir unter rot-grün damit angefangen haben, Die Transparenz bei Managergehältern war unser Gesetz und wir machen es jetzt schärfer und entwickeln es fort. Mal sehen, ob die Konservativen da mitmachen.

” **Ernst-Dieter Rossmann:** Je stärker sich unsere Anliegen auf allen Ebenen von der Kommunal- bis zur europäischen Ebene wiederfinden, umso stärker werden wir uns auch gegenüber der Linkspartei behaupten. Wir müssen anerkennen, dass bei der Linkspartei noch so vieles unausgegoren ist, dass wir den sozialdemokratischen Betriebsrat oder Gewerkschaftsfunktionär, der zur Linkspartei gegangen ist, nicht als verbohrtten Kommunisten abstempeln dürfen. Wir dürfen uns nicht aus der solidarischen Mitte entfernen, aber gleichzeitig auch kein Tabu aufbauen, das uns in eine babylonische Gefangenschaft von anderen politischen Interessen, z.B. konservativen und neoliberalen, bringt, die wir dann nicht mehr überspringen können.

” **Christian Lange:** Wir sind von der babylonischen Gefangenschaft mit der CDU in die babylonische Gefangenschaft mit der Linkspartei geraten, und verlieren dabei die Koalitionsfähigkeit mit FDP und Grünen. Das ist die Glaubwürdigkeitsfalle, in der wir uns befinden. Auch ich bin gegen Tabuisierungen, aber es gibt klare Voraussetzungen: Anerkennung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der Menschenrechte. Das ist für die älteste demokratische Partei, die Sozialdemokratie, unabdingbar. Da kann man erhebliche Zweifel bei den handelnden Personen in der Linkspartei haben.

” **Ernst-Dieter Rossmann:** Aber das ist doch auch gemeinsame Linie!

” **Christian Lange:** Dann müssen wir das auch als erstes klar formulieren. Ich verstehe Europa und unser Sozialstaatsmodell als Alternative zum anglo-amerikanischen shareholder value Kapitalismus. Wer das so sieht, kann nicht zur europäischen Union und ihren Verträgen nein sagen. Und wenn ich für Generationengerechtigkeit werbe, dann kann ich nicht nein sagen zu einer Begrenzung von Schulden. Damit bin ich noch gar nicht bei der Außenpolitik angekommen. Wenn wir so argumentieren, habe ich keine Bedenken, dass wir Glaubwürdigkeit wiedergewinnen können und sich die Frage, wie halten wir es denn mit der Linken, gar nicht mehr stellt.

” **Ernst-Dieter Rossmann:** Und wenn wir das gleiche gegenüber der CDU/CSU tun, die von Integration redet, aber Kommunales Wahlrecht für zugewanderte Menschen verbietet; die von Menschlichkeit spricht, aber faire Löhne und Mindestlöhne für alle ausschließt; die Teilhabe verspricht, aber das Betriebsverfassungsgesetz und die Mitbestimmung am liebsten in Teilen aufheben würde, dann werden wir wieder stark. Wir brauchen also doppelte Kraft, um uns gegen doppelte Gegnerschaft in der solidarischen Mitte der Gesellschaft als Gestaltungszentrum zu entwickeln.

” **Christian Lange:** Exakt! Dann bekommen wir es auch wieder hin, das ganz breite Spielfeld der Volkspartei der SPD zu bespielen. ■

☞ Christian Lange, ist SPD-Bundestagsabgeordneter und Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion. Er ist Sprecher des Netzwerkes Berlin und lebt in Backnang.

☞ Dr. Ernst-Dieter Rossmann, MdB (SPD), ist Sprecher der Parlamentarischen Linken der SPD Bundestagsfraktion und spw-Mitherausgeber. Er lebt in Elmshorn.



Foto: Christian Kiel

Literaturschau

von Stefan Stache und Kai Burmeister ■ ■

» Nach zweieinhalb Jahren ist die innerparteiliche Diskussion um die Bilanz der rot-grünen Regierungsjahre noch in vollem Gang. Bereits lange vor der Agenda 2010 erfuhr die Aufgabe des Wahlversprechens „Innovation und Gerechtigkeit“ des 98er Wahlkampfes eine scharfe Kritik. Sie bezog sich unter anderem auf das Sparpaket des Finanzministers Hans Eichel, das Verhältnis von Rot-Grün zu den Gewerkschaften sowie dem gesellschafts- und sozialpolitischen Kurs, wie er im Schröder-Blair-Papier zum Ausdruck kam (Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Hrsg.) Rot-Grün – noch ein Projekt? – Versuch einer Zwischenbilanz. Kritische Interventionen 5., Offizin Verlag, Hannover 2000.)

» Eine kritische Bilanz der rot-grünen Bundesregierung in der Wirtschafts-, Steuer-, Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Sozialpolitik zieht eine Autorengruppe im Jahr 2005 (Bischoff, Joachim u.a.: Schwarzbuch Rot-Grün Von der sozial-ökologischen Erneuerung zur Agenda 2010, VSA-Verlag 2005).

» Michael Vester analysiert nach der Bundestagswahl 2005, dass der rot-grünen Regierung aufgrund der fehlenden sozialen Balance in sozial- und finanzpolitischen Entscheidungen das Vertrauen entzogen wurde. Vor allem Milieus der Arbeitnehmermitte, deren Einkommen und soziale Standards stagnierten oder zurückfielen, hätten sich enttäuscht angewandt. Das Wählerverhalten sei jedoch nach wie vor von festen Orientierungen geprägt, welche die Mehrheitsbasis für ein solidarisches Sozialmodell bildeten (Vester, Michael: Der Mythos des individualisierten Wählers. Soziale Milieus, gesellschaftspolitische Lager und die Chancen für

einen neuen historischen Kompromiss in Deutschland, in: Argumente 4/2005, S. 52-71. http://www.jusos.de/uploads/media/argumente2005_4_diepolitischelinkenachderwahl.pdf).

Ähnlich argumentiert Gerd Mielke, es schade der SPD, nicht mehr als Gerechtigkeitspartei wahrgenommen zu werden (Mielke, Gerd: Die SPD nach Schröder. Umriss einer Standortbestimmung, in Argumente 4/2005, S. 35-41. Internet: s.o.).

„Volkspartei SPD?“ lautet der spw-Schwerpunkt nach der Bundestagswahl 2005. Die sozialdemokratische Linke habe sich immer am Konzept der Volksparteien orientiert. Dies diene keinem Selbstzweck, sondern sei die Voraussetzung von Mehrheiten für eine linke und radikalreformerische Politik. Es gehe um einen Ausgleich zwischen den sozialdemokratischen Milieus, ein Bündnis zwischen Aufsteigern und Ausgegrenzten (Böhning/Rünker/Schuster: Volkspartei SPD? Einleitung zum Heftschwerpunkt, in: spw 5/2005, S.12-13. http://www.spw.on.spirito.de/data/einleitung_spw145.pdf?pid=84).

» In einem Kommentar zur Situation in Hessen wertet Detlef Hensche den Versuch, eine rot-grüne Minderheitsregierung zu bilden, nicht als Wortbruch, sondern als folgerichtigen Schritt auf Basis des Wahlprogramms der hessischen SPD (Hensche, Detlef: Sozialdemokratische Chaostage in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2008, S.5-7. <http://www.blaetter.de/artikel.php?pr=2795>).

» Eine Analyse von Heiko Geiling zur niedersächsischen Landtagswahl erscheint in der nächsten Ausgabe der spw. ■

Kinderspiel Kapitalismus: Im Zug von der Arbeitsgesellschaft erwischt

von Gesa Rünker

Es ist noch gar nicht so lange her, fünf Jahre vielleicht, oder nur zwei, und weil ich nicht genau weiß, wie lang es eigentlich her ist, schreibe ich, obwohl es rückwärtsgewandt klingt und historisch uneindeutig: „früher“.

» Früher war Zugfahren erholsam: Ich setzte mich rein und rollte davon, glitt sanft durch die Welt, kam voran in aller Ruhe. Ich brauchte nicht viel zu tun. Grübeln oder dösen, schwatzen oder lesen – das reichte, um dabei zu sein. Kein Fahrgast tat etwas Anderes. Auch Zugfahren mit meinem Mann machte Spaß: Wir haben erzählt und geklatscht, geplant und beraten, gelacht und gefeixt – und schwiegen und lasen gemeinsam. Und gern sind wir essen gegangen ins Zugrestaurant, zu teuer, zu wenig, aber – egal.

Faulenzen auf hohem Niveau war das, Urlaub in Bewegung. Wenn ich ausstieg aus so einem Zug, war ich stark für den Job oder fit für die Freizeit. Schlechte Laune, die beim Einstieg noch bohrte, war – fast – verfliegen, wenigstens manchmal. Und jetzt? Ich steige noch ein, komme auch vorwärts, aber von Ruhe kann keine Rede mehr sein.

Es surren die Handys, man ist im Gespräch: Da steigen die Kurse, sie fallen, oder sie stagnieren, was ja auch keiner will. Da werden Dates gemacht, natürlich geschäftlich, („heute geht gar nichts, morgen vielleicht“). Da kriegen Mitarbeiterinnen ihr Fett weg, („wo ist denn die Müller, die fette Kuh? Schon wieder nicht da? Wir sollten mal ernsthaft...“), und Vorgesetzte werden beschleimt („genau richtig, klar Ulli, – Du bist der Chef.“).

Es klappern die Notebooks, man reist und ist online. Alle sitzen zwar, reißen sich aber zugleich den Arsch auf für irgendein großes Ganzes.

Auch mein Mann ist nun in Zügen geschäftig, spricht nicht mehr viel, mosert nur manchmal, das Netz sei so brüchig. Im Zugrestaurant wird nur die erste Klasse bedient, die Speisekarte für die zweite Klasse ist von gestern – heute ist alles „aus“. Wenn ich aussteige, aus so einem Zug, bin ich fertig, auch, wenn der Tag gerade beginnt. Ich will sie wiederhaben, die Erholung im Zug, und ich beschließe: Widerstand durch Müßiggang!

» Nun sitze ich hier in Wagen 34 und lese: Einen Roman, nichts mit ökonomischem Gebrauchswert. Zwischendurch grübele ich auch, über das große Ganze, oder sehr kleine Details, über Texte, die mit „früher“ beginnen. Das macht viel Freude, so faul zu sein, und ich stelle mir vor, der ganze Zug schlosse sich an. Ein Zug der reisenden Faulheit. Das wäre ein Dösen und Lesen und Grübeln und Schwatzen und Schmatzen, das wäre eine Demonstration, ein Signal: Gegen Arbeitszeitverlängerung, gegen Arbeitsverdichtung, gegen Ausbeutung und Entfremdung, gegen Neoliberalismus, gegen die „Initiative Neue soziale Marktwirtschaft“, gegen das alles in einem Zug ...

Doch keiner macht mit, stattdessen meldet sich – links hinten in meinem Kopf – die Stimme, die sagt: „Dein Tag ist verplant, Du kannst jetzt noch was schaffen! Fünf Anrufe nur, die einiges klären – und du bist für heute aus dem Schneider!“ Die Stimme wird lauter, und ich resigniere: Schlecht gelaunt und widerwillig greife ich zum Handy.

↳ Gesa Rünker, arbeitet als Hörfunkredakteurin und lebt in Leichlingen.



Foto: www.fotolia.de, © Greg Pickens

Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Konjunktur und Beschäftigung

von Arne Heise



Es ist gerade einmal vier Jahre her, da attestierten die Ökonomen des neoliberalen Instituts für Weltwirtschaft in Kiel der deutschen Volkswirtschaft, dass ein Wirtschaftswachstum jenseits der Ein-Prozent-Marke ohne einen deutlichen inflationären Schub nicht zu haben sei, weil die strukturellen Verkrustungen – insbesondere des Arbeitsmarktes – auch nach den Eingriffen der Agenda-2010-Politik noch allzu stark und prägend seien. Nur zwei Jahre später, im Jahr 2006, wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands um real 2,7 Prozent, ohne dass sich inflationäre Verwerfungen zeigten (Anstieg der Konsumentenpreise im Jahr 2006: 1,8 Prozent). Auch im Jahr 2007 blieb das Wirtschaftswachstum deutlich über der als inflationsstabile Wachstumsschwelle benannten Größenordnung (2,5 Prozent), ohne dass die Inflationsrate deutlich stieg (2,3 Prozent). Diese Entwicklung verleitete Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier zur euphorischen Frohlockung, die Agenda-Politik habe ein neues deutsches Wirtschaftswunder ausgelöst!

Die Brüchigkeit dieses „Wirtschaftswunders“ zeigt sich in der gegenwärtigen, von der amerikanischen „Sub-Prime“-Krise ausgehenden Eintrübung der Aussichten für das Jahr 2008, die mittlerweile mehrfach nach unten korrigiert wurden und nunmehr nur noch bei einem BIP-Wachstum von 1,3 Prozent (IMK der Hans Böckler Stiftung) – bis 2,1 Prozent (DIW) gesehen werden. Wenngleich die Auswirkungen dieser weltweiten Finanzmarktkrise auf Deutschland bislang noch als vergleichsweise gering eingeschätzt werden, zeigt sich doch einmal mehr, dass das vermeintliche „Wirtschaftswunder“ des konjunkturellen Aufschwungs der letzten Jahre wesentlich durch den boomenden Export, weit weniger durch eine starke Binnenwirtschaft, getragen wurde, die die Abhängigkeit von außenwirtschaftlichen Konjunkturlagen reduzieren würde.

	Konjunkturzyklus 1998-2001	Konjunkturzyklus 2004-2007
Reales BIP	7,1	7,2
Erwerbstätige	4,0	2,3
Stundenproduktivität	5,8	4,8
Erwerbstätigenproduktivität	3,1	4,9
Arbeitszeit	-2,7	0,1
Erwerbstätige (in Tsd.)	1.508	874
Sozialversicherte (in Tsd.)	684	648
Arbeitslose (in Tsd.)	-554	-732

Tabelle: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung (Veränderung in %, wenn nicht anders vermerkt)
Quelle: IMK-Report Nr. 27-2008 und eigene Berechnungen

» Steinmeiers Euphorie war nicht so sehr von der Wachstumsdynamik, die im historischen Vergleich sicher als eher bescheiden eingeschätzt werden muss, sondern dem lang herbeigesehnten Beschäftigungsanstieg der letzten Jahre getragen: Seit Beginn der Aufschwungphase im vierten Quartal 2004 sind etwa 650.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. Zusammen mit den Entlastungen des Arbeitsmarktes durch Mini-Jobs und in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen beschäftigten Menschen und dem gleichzeitigen Rückgang des Erwerbspersonenpotentials um etwa 60.000 Menschen ist die Arbeitslosigkeit in den letzten drei Jahren um 700.000 bis 800.000 arbeitslose Menschen (je nach statistischer Erfassungsart) und die Arbeitslosenquote von 9,7 Prozent im Jahr 2004 auf 8,4 Prozent im Jahr 2007 zurückgegangen.

» Um diese Entwicklung – unabhängig vom krisenhaften Umfeld der Weltwirtschaft – besser einschätzen zu können, soll sie mit dem zuvor letzten konjunkturellen Aufschwung Ende des vergangenen Jahrzehnts verglichen werden. Der damalige Konjunkturaufschwung, der 2001 ebenfalls durch weltwirtschaftliche Entwicklungen nach dem Ende des amerikanischen New-Economy-Booms in eine Stagnation mündete, bietet sich deshalb gut für einen Vergleich an, weil er etwa genauso lang (2. Quartal 1998 bis 1. Quartal 2001) und ähnlich intensiv war: wie in der Tabelle zu sehen ist, stieg in beiden Konjunkturzyklen das reale BIP insgesamt um etwas mehr als sieben Prozent. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans Böckler Stiftung hat herausgefunden, dass der gegenwärtige Konjunkturaufschwung noch stärker von der Exportentwicklung und entsprechend weniger von der Binnennachfrage getragen wurde als der Konjunkturaufschwung Ende des letzten Jahrzehnts – Gründe dafür liegen in der vergleichsweise schwachen Entwicklung des privaten Verbrauchs, der realen Lohn-einkommen und der rückläufigen Entwicklung realer Transfers an private Haushalte.

» Von besonderem Interesse aber dürfte der Vergleich der Beschäftigungsentwicklung in den beiden Konjunkturzyklen sein: Entgegen der „Neues-Wirtschaftswunder-Euphorie“ von Steinmeier zeigt die Tabelle, dass das Erwerbstätigenwachstum im Vergleichszyklus Ende der 1990er Jahre deutlich stärker war als in der gegenwärtigen Konjunktur. Insgesamt ist die Zahl der Erwerbstätigen damals mit einer Zunahme von 1,5 Millionen fast doppelt so stark gewachsen wie in der gegenwärtigen Konjunktur mit nur etwa 870.000 zusätzlichen Erwerbstätigen. Wenn ein vergleichbares Wirtschaftswachstum zu deutlich geringerer Beschäftigungsentwicklung führt, kann dies nur in einer unterschiedlichen Produktivitätsentwicklung liegen, denn die Arbeitsproduktivität gibt jene „Schwelle“ an, ab der das Wirtschaftswachstum erst zum Aufbau von Beschäftigung beiträgt: Erstaunlicherweise ist die Arbeitsproduktivität pro Arbeitsstunde im Vergleichszyklus stärker gewachsen (+5,8 Prozent) als in der gegenwärtigen Konjunktur (+4,8 Prozent). Da allerdings gleichzeitig die Arbeitszeit durchschnittlich um 2,7 Prozent zurückging, während sie in den letzten Jahren sogar leicht ausgeweitet wurde (+0,1 Prozent), ist die Arbeitsproduktivität pro Erwerbstätigem („Beschäftigungsschwelle“) tatsächlich im jüngsten Zyklus mit 4,9 Prozent deutlich stärker gestiegen als im Vergleichszyklus (+3,1 Prozent). Hintergrund für diese Unterschiede ist vor allem der starken Anstieg der Mini-Jobs im Vergleichszyklus (+440.000), während die Zahl der Mini-Jobber im gegenwärtigen Zyklus auf hohem Niveau stagnierte (+20.000). Stellt man ausschließlich auf die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ab, so ist die Entwicklung in beiden Zyklen ebenso fast identisch wie beim Abbau der Arbeitslosigkeit – all dies rechtfertigt sicher nicht, im gegenwärtigen Konjunkturzyklus ein neues Wirtschaftswunder zu erblicken. ■

☞ Dr. Arne Heise, ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Innenminister Schäubles Umgang mit dem Rechtsstaat

von Frank Hofmann



□ Schäubles Sündenregister

Immer wieder meldet sich Innenminister Schäuble mit neuen Vorschlägen zur Inneren Sicherheit in den Medien zu Wort. Durch bewusst doppeldeutige Formulierungen und semantische Spitzfindigkeiten versucht er zu provozieren. Selbst der Bundespräsident fühlte sich genötigt, dieses „Stakkato an Vorschlägen“ zu kritisieren. Hier einige Beispiele aus Schäubles Giftküche:

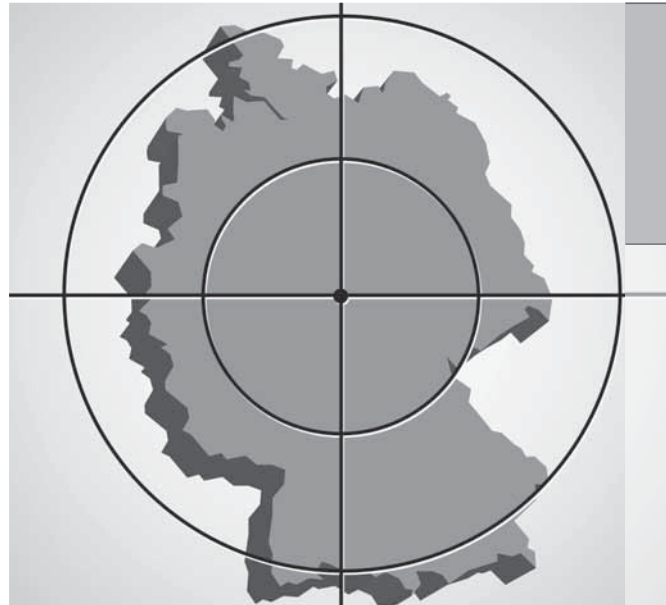
- gezielte Tötung von Terroristen
- Abschuss von gekaperten Flugzeugen, die als Waffe verwendet werden sollen
- Unterbindungsgewahrsam für Gefährder
- Handy- bzw. Internetverbot für potentielle Terroristen
- Relativierung der Unschuldsvermutung
- Verwendung von Folteraussagen

»» Das rechtsstaatliche „Sündenregister“ von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble ist lang, und ein Ende ist nicht in Sicht. Erst jüngst zog er die scharfe Kritik von Kirchen und Juristenverbänden auf sich, als bekannt wurde, dass im Entwurf des neuen BKA-Gesetzes, Geistliche und Strafverteidiger nicht von Abhörmaßnahmen ausgenommen sind.

□ Schäuble und die Terrorbekämpfung

Lässt man diese Schäuble-Vorschläge auf sich wirken, drängen sich die Fragen auf: Was treibt diesen Mann? Was motiviert ihn zu diesem Verhalten? Was sind seine Ziele? Auf einem rechtsstaatlichen Fundament scheinen Schäubles Vorschläge nicht zu basieren. Grundprinzipien unserer Verfassung interessieren den Innenminister wenig.

Foto: www.fotolia.de, ©sk_design



» Sein Einflüsterer ist ein Professor Depenheuer, der in seinem Büchlein zur „Selbstbehauptung des Rechtsstaates“ die theoretischen Grundlagen für Schäubles Überzeugungen und die daraus resultierende Politik legt. Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus ist Depenheuer jedes Mittel recht. Wenn das Staatswesen selbst auf dem Spiel steht, gäbe es keine Grenzen mehr. Auch „rechtsstaatliche Drapierungen“ dürften keine Hindernisse im Krieg gegen den internationalen Terrorismus sein. Selbst die Menschenwürde ist für Depenheuer keine absolute Grenze bei der Terrorbekämpfung; vielmehr verlangt er die Erbringung von Bürgeropfern. Er plädiert für den Einsatz von „rechtsstaatlich domestizierter Folter“. Alles was im Kampf gegen den Terror hilfreich erscheint – alles Menschenmögliche wie Schäuble zu sagen pflegt – solle auch machbar sein. Schöne neue Welt ...

» Legt man diese Ansichten zu Grunde, werden manche von Schäubles Entgleisungen erklärbar. Der Tenor von Schäubles Aussagen ähnelt sich stets: Der Rechtsstaat ist der Bedrohung des internationalen Terrorismus nicht mehr gewachsen. Schäuble möchte deshalb den Rechtsstaat mitsamt seinen Grundrechten und Verfahrensgarantien abbauen und schleifen! Deshalb erfahren seine Vorschläge erbitterten Widerstand nicht nur der Sozialdemokratie, sondern auch des Bundesverfassungsgerichts.

□ Schäuble und das Verfassungsgericht

Schäubles Kritik am Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Luftsicherheitsgesetz zeigt, dass er jeden Respekt vor dem höchsten deutschen Gericht abgelegt hat. Das Bundesverfassungsgericht hat sich in seinem Urteil zum Luftsicherheitsgesetz eindeutig geäußert: Der Abschuss einer von Terroristen entführten Maschine mit unschuldigen Passagieren an Bord ist absolut unzulässig. Sonst würde der Staat die Passagiere als bloße Objekte einer Rettungsaktion zum Schutze anderer behandeln. Die Menschenwürde wäre

verletzt. Hieraus kann man lernen, dass die Menschenwürde den Handlungsspielraum des Gesetzgebers in bestimmten Bereichen, beispielsweise im Bereich der Terrorismusbekämpfung, absolut einschränkt.

» Schäuble will jedoch aus diesem eindeutigen Urteil und auch aus dem Urteil zum großen Lauschangriff nichts lernen. Im Gegenteil: Er möchte das Verfassungsgericht belehren. Ich habe den Eindruck, er will das Bundesverfassungsgericht durch seine gezielten rechtsstaatlichen Tabubrüche herausfordern, um es dann nach seinen politischen Vorstellungen zu „erziehen“. Jüngst maßregelte Schäuble den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Prof. Papier brüsk, weil dieser die Notwendigkeit sah, Schäuble den absoluten Schutzbereich der Menschenwürde zu erklären. Kann man so mit dem höchsten Richter in unserem Land umspringen?

Als Verfassungsminister müsste er die Grundrechte der Bürger stärker verteidigen. Unsere Justizministerin Brigitte Zypries übernimmt diese mühevollen, aber wichtigen Aufgabe immer wieder für ihn. Regelmäßig heilt Frau Zypries die gezielten rechtsstaatlichen Tabubrüche Schäubles, macht so notwendige Gesetze verfassungsfest und erhält damit auch die Koalition. Der Innenminister profiliert sich lieber als sicherheitspolitischer Hardliner und versetzt mit seinen ominösen Terrorwarnungen die Bevölkerung in Angst und Schrecken. Anschließend beruhigt er die Öffentlichkeit und betont, die Sicherheitsbehörden hätten alles im Griff.

Das jüngste Urteil aus Karlsruhe zur „Online-Durchsuchung“ war wieder eine böse Schlappe für Schäuble und bestätigte die SPD-Innenpolitiker mit ihrer vorsichtigen Haltung auf ganzer Linie. Die Schnellschüsse Schäubles zum neuen BKA-Gesetz hätten wohl auch hier zur Verfassungswidrigkeit des Gesetzes geführt. Das Beharren der SPD, die entsprechende Verfassungsgerichtsrechtsprechung abzuwarten, war richtig: Nur unter sehr hohen Hürden ist die heimliche Abspähung des privaten Computers zum Zwecke der

Terrorismusbekämpfung zulässig. Das Gericht entwickelte das Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme als besondere Ausprägung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts. Darüber hinaus sind auch hinreichend gesetzliche Vorkehrungen zu treffen, um Eingriffe in den absolut geschützten Kernbereich privater Lebensgestaltung zu vermeiden. Bei einer Online-Durchsuchung handelt es sich um einen Grundrechtseingriff von besonders hoher Intensität. Deshalb sind auch hohe Anforderungen an die verfassungsrechtliche Rechtfertigung, also die Verhältnismäßigkeit dieses Eingriffs, zu stellen. Wir müssen auf die Normenklarheit und Normenbestimmtheit des BKA-Gesetzes achten. Das heißt, es muss auch für den Bürger klar erkennbar sein, welche Auswirkungen das Gesetz für ihn hat. Aufgrund der Heimlichkeit der Maßnahme ist eine vorbeugende Kontrolle durch eine unabhängige und neutrale Instanz für einen effektiven Grundrechtsschutz des Betroffenen essentiell. Deshalb müssen wir auch über zusätzliche, den „klassischen“, chronisch überlasteten Ermittlungsrichter hinausgehende, Kontrollmechanismen nachdenken.

» Ingesamt erfordert der Gesetzgebungsprozess in diesem grundrechtssensiblen Bereich ein hohes Maß an Sorgfalt und Besonnenheit. Unüberlegte Schnellschüsse à la Schäuble sind kontraproduktiv. Auch die Sicherheitsbehörden benötigen berechenbare und rechtsstaatlich einwandfreie Eingriffsinstrumente. Alles andere erzeugt nur Unsicherheit und lähmt die Handlungsfähigkeit.

Das kann für uns Sozialdemokraten kein Konzept zur Terrorismusbekämpfung sein. Selbst bei nahezu lückenloser Überwachung lässt sich Kriminalität nicht völlig verbannen. Sollen wir dafür unsere Freiheit aufgeben? Wir sind davon überzeugt, dass man Innere Sicherheit gewährleisten kann, ohne hierfür Bürgerrechte zu opfern. Unser neues Hamburger Parteiprogramm bringt dies auf den Punkt: „Der Rechtsstaat hat für Sicherheit zu sorgen. In Deutschland wird sie bedroht durch Kriminalität, auch organisierte und international

vernetzte, durch Extremisten und Terroristen. Wir bekämpfen sie mit den Mitteln des Rechtsstaates. (...) Wer sich gegen die Feinde des Rechtsstaates behaupten will, darf die Prinzipien des Rechtsstaates niemals aufgeben. Nicht die Verteidigung der Bürger- und Freiheitsrechte, sondern deren Einschränkung bedarf einer Rechtfertigung. Das Verbot der Willkür und der Folter gilt absolut.“

□ Schäuble und der Staat

Zwischen unseren Vorstellungen zur Terrorismusbekämpfung und Schäubles Vorschlägen liegen Welten. Hier zeigt sich auch ein völlig anderes (Rechts-) Staatsverständnis: Nach meinem Verständnis ist unser Staat eine Freiheitsordnung. Der Bürger mit seiner unveräußerlichen Würde steht im Vordergrund und an erster Stelle im Grundgesetz. Schäuble und die CDU/CSU dagegen möchten einen Sicherheitsstaat, der keine absoluten Grenzen kennt und alles tun darf, um Terrorgefahren zu bekämpfen. Das Motto könnte lauten: Der Zweck heiligt die Mittel, heiligt jedes Mittel. Diese unterschiedliche Vorstellung vom Staat und seinen Wertgrundlagen spiegelt sich auch in den einzelnen Politikbereichen wieder. Datenschutz beispielsweise ist für die Unionsparteien eine bloße Pflichtübung, für uns Sozialdemokraten ein fundamentales Wertprinzip, um die Persönlichkeitsrechte des Einzelnen zu schützen.

Auch der ständige Ruf nach neuen Eingriffsbefugnissen für die Polizei- und Sicherheitsbehörden im Kampf gegen den Terrorismus greift zu kurz. Wie in anderen Kriminalitätsbereichen gilt auch hier: Eine gute Sozialpolitik ist die beste Kriminalprävention. Angesichts der aktuellen terroristischen Bedrohungslage ist solide Facharbeit gefragt: Sicherheitspolitik mit Augenmaß und nicht um jeden Preis. Wir Sozialdemokraten sind hierzu bereit und in der Lage. ■

☞ Frank Hofmann, ist SPD-Bundestagsabgeordneter und Mitglied im Innenausschuss. Er war Lehrbeauftragter an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung für den Bereich Kriminologie und Mitglied in Prüfungskommissionen. Veröffentlichungen zu den Themen: Kriminalstatistik, Kriminalitätstheorien, Kinderkriminalität, Polizei und Gemeinwesen, Terrorismus.



Foto: Thomas Gutsche

Eine neue Schuldenregel für Deutschland?

von Petra Merkel und Ortwin Runde



Kaum eine Weichenstellung wird bis zum Ende dieser Legislatur so wichtig für Deutschland sein wie die anstehenden Entscheidungen zur zulässigen Staatsverschuldung. Sie soll im Rahmen der Föderalismusreform II getroffen werden. Zu Recht wird darum gestritten. Dabei eine Klarstellung vorweg: Es ist selbstverständlich, dass eine Konsolidierung der Haushalte weiter vorangetrieben werden muss. Die Debatte geht um den Weg dahin. Dabei ist es für die Parlamentarische Linke in der SPD-Bundestagsfraktion unverzichtbar, dass die Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung sozial verträglich sein muss und mit volkswirtschaftlicher Vernunft anzugehen ist. Zu letzterem gehört ein Plädoyer für eine wachstumsorientierte Haushaltspolitik.



Ausgangspunkt ist eine gründliche Ursachenanalyse. Und da stellt man mit dem rheinland-pfälzischen Finanzminister Deubel fest: „Nicht von ungefähr galt in der Vergangenheit häufig der bekannte Satz, nach welchem Haushalte in wirtschaftlich guten Zeiten zugrunde gerichtet werden.“ Es war also in den vergangenen Jahren nicht eine fehlende Ausgabendisziplin, die die Staatsschulden getrieben hat, sondern fehlende Einnahmensicherung in Zeiten konjunkturellen Aufschwungs:

- Keine solide Finanzierung der Deutschen Einheit durch zusätzliche Besteuerung, vor allem der Vermögenden.
- Zu große Steuersenkungen mit der rot-grünen Steuerreform 2000 – so viel Selbstkritik muss auch sein.

Und eine in sich nicht vollständig gegenfinanzierte Unternehmensteuerreform 2008 in einer konjunkturellen Aufschwungphase, in der die deutsche Wirtschaft eigentlich keines Impulses bedurfte. Aus dieser historischen Erfahrung muss man lernen, wenn das Staatschuldenverfassungsrecht neu gefasst werden soll. Die Stabilisierung der Einnahmebasis ist daher für die Parlamentarische

Linke in der SPD-Bundestagsfraktion ein zentrales Strukturelement, wenn das Staatsschuldenrecht im Grundgesetz renoviert wird.

» Doch zunächst ein orientierender Blick: Derzeit regelt Art. 115 Grundgesetz (GG) die Verschuldungsmöglichkeiten des Bundes. Demnach dürfen Kredite nur in dem Umfang aufgenommen werden wie der Haushalt Investitionen vorsieht. Nur im Ausnahmefall, d.h. zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, darf darüber hinweggegangen werden. Näheres wird im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz geregelt. Allein die Höhe der Staatsverschuldung von über 922 Mrd. Euro auf Bundesseite (Stand 31.12.2007) wird immer wieder herangezogen, um die Kritik an dem hinter Art. 115 GG liegenden Konzept zu begründen. Dabei sagt die Höhe mehr über die Verfassungspraxis als über die Tauglichkeit der Regel selbst. – Zum Regelwerk gehören daneben die mit der Einführung des Euro einhergegangenen Maastrichter Defizitkriterien, die eine jährliche Neuverschuldung von maximal 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) bis zu einer Gesamthöhe von 60 Prozent des BIP erlauben. Die Maastrichter Regeln sehen allerdings eine flexible Abweichungsmöglichkeit vor. Diese Flexibilisierung wurde von der rot-grünen Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder durchgesetzt, um die Volkswirtschaft in Krisenphasen nur wegen einer Überschreitung der vorgegebenen Arithmetik nicht kaputtsparen zu müssen, wie etwa nach dem 11. September 2001. Das 3-Prozent-Kriterium unterliegt damit einer konjunkturgerechteren Bewertung. Notwendige Impulse für mehr Wachstum sind nun möglich, auf dessen Basis dann konsolidiert werden kann. Mit der Flexibilisierung wurde die „Prävention“ auf EU-Ebene stärker betont: Zusätzlich gibt es nun erste Warnungen bei einem „Frühwarn-Defizit“, das je nach Mitgliedstaat definiert wird. Für Deutschland lag dieser Wert mit einem Defizit von einem Prozent des BIP und ist neuerdings mit 0,5 Prozent des BIP definiert worden.

» In der Föderalismusreform I sind dementsprechend nahezu alle finanzverfassungsrechtlichen Fragen einer Revision unterzogen worden. Insbesondere wurden die innerstaatlichen Regeln für den Fall verabredet, dass Deutschland gegen die europarechtlichen Vorgaben verstößt und Sanktionen zu zahlen hat (Art. 109 Abs. 5 GG). Ausgelöst durch die Berlin-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist die Notwendigkeit von Lösungskonzepten auf die politische Tagesordnung gerückt worden, um Haushaltskrisen vorzubeugen bzw. zu bewältigen.

Das Bundesfinanzministerium (BMF) hat vor diesem Hintergrund in der Föderalismusreformkommission II am 14. Februar 2008 eine neue Schuldenregel vorgeschlagen. Der Vorschlag basiert auf dem sog. „close-to-balance-Konzept“, das sich an die Maastrichter Schuldenregeln anlehnt. Er besteht aus drei Komponenten:

- einer Erlaubnis zur strukturellen Verschuldung in Höhe von maximal 0,5 Prozent des BIP (was für den Bund maximal 8 Mrd. Euro Netto-Neuverschuldung in einem „Normaljahr“ zulassen würde – gegenüber gegenwärtig etwa 20 bis 25 Mrd. Euro),
- einer zusätzlichen Erlaubnis zu konjunkturell bedingter Verschuldung bis zur Grenze der Maastrichter Regelungen im Abschwung, die sich im Verlauf eines Konjunkturzyklus ausgleichen soll, und
- einem Ausgleichskonto. Über letzteres sollen Ungenauigkeiten aus einer Über- oder Unterschreitung der strukturellen Verschuldung verrechnet werden, die sich bei jeder Haushaltsaufstellung Schätzungenauigkeiten ergäben.



Wichtig: In einer Aufschwungphase würde demnach auch die Erlaubnis zur strukturellen Verschuldung reduziert. Sie beträgt dann also definitiv weniger als 8 Mrd. Euro. Weitere, z.T. wesentliche Details für den politischen Prozess sind in diesem Konzept offen gelassen worden. Der Bundesfinanzminister hat in der Kommissions-sitzung vom 14.02.2008 ausdrücklich dazu auf-gerufen, – ggf. unter Benennung von Alternativen – das vom BMF vorgeschlagene Modell zu disku-tieren, und zugestimmt, lernbereit zu sein.

» Wir eröffnen mit diesem Papier die von Peer Steinbrück geforderte kritische Be-wertung und trägt dazu bei, dass nun über die Notwendigkeit und die Dimensionierung der Bremsklötze öffentlich diskutiert wird. Schließ-lich möchte niemand nach einer Vollbremsung mit einem neuen und zu wenig geprüften Mecha-nismus im Straßengraben landen. In diese Rich-tung gehende Befürchtungen darf man bei dem gegenwärtigen Modell ernsthaft hegen: Seriöse Ökonomen (Bofinger, Dullien, Horn) warnen nicht erst seit diesem Monat: Mit dem gegenwärtigen Schuldenbremsenmodell des BMF bestünde die Gefahr, dem Bund den nötigen Spielraum zu nehmen, in Krisenphasen zu intervenieren bzw. ihn auf eine bestimmte ideologische Ausrichtung von Konjunkturpolitik festzulegen.

Wir bewerten die vorgeschlagene Schulden-bremsen anhand folgender Eckpunkte und nehmen hierzu in den folgenden Punkten Stellung:

» Das Prinzip des solidarischen Föderalismus mit dem Ziel, gleichwertige Lebensverhält-nisse durchsetzen zu können, darf durch die anstehende Föderalismusreform nicht in Frage gestellt werden. Die Geltung bundeseinheit-licher Standards von Sozialleistungen gehört dabei zur unveräußerlichen Verfassungssubstanz für die SPD. Diese Verfassungssubstanz darf auch nicht strukturell durch eine neue Verschuldungs-regel tangiert werden. Es darf keine Besserstel-lung von Ausgabenkürzungen im Sozial- und

Jugendbereich gegenüber Einnahmesicherungen geben, indem für letztere immer die Zustimmung des Bundesrates erforderlich ist (institutionell wirkende Asymmetrie). Auch auf der Einnahme-seite darf es keine weitere steuersystematisch wirkende Asymmetrie in der Weise geben, dass bei Steuererhöhungen die Umverteilung von un-ten nach oben weiterläuft, z.B. durch weiter not-wendig werdende Erhöhungen der Mehrwert-steuer, um die Schuldenbremse einhalten zu können (Gefahr verschärfter doppelter Asymme-trie durch die Schuldenbremse ausräumen).

» Jedes neue Schuldenregime im Grundge-setz benötigt eine Konjunktursteuerungs-komponente, über die letztendlich die Parlamente entscheiden. Um die erforderliche Handlungsfähigkeit der Bundesebene im födera-len System zu bewahren, verbietet sich für solche Parlamentsentscheidungen jedes Mehrheitserfor-dernis über die Kanzlermehrheit hinaus. Deshalb kann es weder eine Bindung an eine Dreifünftel-noch an eine Zweidrittel-Regelung im Grundge-setz geben. Schuldengrenzen in der Finanzverfas-sung dürfen konjunkturpolitisch nicht kontrapro-duktiv wirken und einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik nicht im Wege stehen.

Ein neues Schuldenregime für Deutschland darf keine verschärfte Übernahme der EU-Defi-zitregeln von Maastricht sein, sondern soll diese vielmehr vernünftig ergänzen.

» Ein neues Schuldenregime oder eine Wei-terentwicklung des bestehenden muss sich mit der eigentlichen Schwäche des bisherigen Systems auseinandersetzen. Das zen-trale Problem der Vergangenheit war die Aushöh-lung der Einnahmesituation in konjunkturell guten Zeiten, wobei Spitzeneinkommenbezieher und Hochvermögende tendenziell privilegiert wurden. Insofern ist der Handlungsbedarf mit Blick auf die grundsätzliche Struktur des gelten-den Staatsverschuldungsregimes neu zu gewich-ten. Alternativ rückt dies stärker Elemente ins

Blickfeld, die sich mit einer Orientierung an verlässlichen Einnahme- und Ausgabenkorridoren befassen. Die vom BMF vorgeschlagenen Verschuldungsregelung zu diesem Problem besitzt allerdings ein zentrales Defizit: Die Ausrichtung an einem noch nicht erreichten Ziel, nämlich dem strukturellen Haushaltsausgleich auf Bundesebene.

» Jede neue Regelung zur Staatsverschuldung muss nicht nur an der zurückliegenden realen Haushaltsentwicklung überprüft werden, insbesondere an den Jahren 2000 bis 2007, sondern auch offenlegen, wie mit der immer noch bestehenden strukturellen Haushaltslücke von 18 Mrd. Euro umgegangen werden soll. Es wäre ein politisch fatales Signal, neues Verfassungsrecht ohne einen Realitätstauglichkeitstest einzuführen. Würden die neuen Staatsverschuldungsregeln nicht eingehalten werden können, so würde dies zu weiterer Politikverdrossenheit beitragen.

» Die Regelung zur Staatsverschuldung hat davon auszugehen, dass Bund und Länder weiterhin und notwendigerweise in einer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung stehen. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass der Bund stärker als 1969 konjunkturell bedingte Lasten trägt und anders als einige Länder den strukturellen Haushaltsausgleich noch nicht geschafft hat. Wenn dabei Anstrengungen zur Schuldenregulierung, präziser: eine Zinsentlastungsregelung, solidarisch gedacht werden, dann befindet man sich daher nicht in einer Einbahnstraße aus dem „Portemonnaie“ des Bundesfinanzministers in die Kassen der Länder. Aufmerksamkeit verdienen insofern vor allem Effizienzerlöse aus einer verbesserten Kooperation, namentlich im Zusammenhang mit einer Reform der Steuerverwaltung. Ein von den Ländern untereinander organisierter Solidarfonds zur Abfederung überproportionaler Zinslasten bei einzelnen Ländern ist ein interessanter Gedanke aus dem Länderkreis. Der bis 2019 geltende Finanzausgleich und der damit verbundenen Solidarpaktes II dürfen

nicht angetastet werden. Die Einführung weiterer Komponenten regionaler Steuerautonomie kommt angesichts der sehr unterschiedlichen Ausgangslage der Länder nicht in Frage. Insbesondere lehnen wir ein eigenes steuerliches Hebesatzrecht der Länder bei Steuern wie der Einkommen- und Körperschaftssteuer ab und treten für eine bundeseinheitliche Steuergesetzgebung bei den zentralen Bundes- und Landessteuern ein. ■

☞ Petra Merkel, ist SPD-Bundestagsabgeordnete, Mitglied der Föderalismuskommission II und unter anderem auch Mitglied im Haushaltsausschuss.

☞ Ortwin Runde, ist als SPD-Bundestagsabgeordneter unter anderem Mitglied im Finanzausschuss. Er war Finanzsenator und Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg.

Die Langfassung des Papiers ist im Internet auf der Internet-Seite der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion <http://www.parlamentarische-linke.de> zu finden.

LINKE?
Bei uns schon
seit 1863!

Mitglied werden!

DL 21

Forum demokratische Linke
Die Linke in der SPD

www.forum-dl21.de

Personen & Positionen

□ Marxistischer Selbstdenker

Zum Tode des Räte-sozialisten Peter von Oertzen (* 02.09.1924 - † 16.03.2008)

Er war sein Leben lang ein Einzelgänger, der sein Selbstbewusstsein aus der eigenen Urteilskraft schöpfte. Formen sozialer Kooperation waren für Peter von Oertzen entscheidend, aber von abstrakten Loyalitäten zu Organisationen hielt er nichts. Sozialismus ohne Demokratie, ohne die Freiheit zur eigenen Meinungsbildung war für ihn nicht vorstellbar.

Vorgezeichnet war seine Entwicklung zum Sozialisten nicht: Es war ein radikaler Neuanfang, als von Oertzen, bis Kriegsende vom Endsieg überzeugt, aus der Gefangenschaft zurückkehrte und sich im niedersächsischen Wendland in der Bibliothek seines Vaters im Selbststudium vollkommen neu orientierte: Die Ursachen des Faschismus sollten konsequent beseitigt werden, und so war der demokratische Sozialismus, wie ihn die SPD der unmittelbaren Nachkriegszeit mit ihrer Programmatik der gesellschaftlichen Neuordnung vertrat, für ihn eine zwingende Konsequenz. Insbesondere Kurt Schumacher übte eine große Anziehungskraft auf den 22-Jährigen aus, der sich 1946 in der Landesuniversität Göttingen immatrikulierte und am selben Tag der SPD und dem SDS beitrug. Politik und Wissenschaft – diese beiden Felder sollten für sein weiteres Leben bestimmend sein.

Anfang der 50er Jahre lernte er den nur wenige Jahre älteren Ernest Mandel kennen. Mit dem führenden Kopf der trotzkistischen IV. Internationale sollte ihn eine lebenslange Freundschaft verbinden. Auch der IV. blieb Peter von Oertzen bis zu seinem Tod verbunden: „Sie vertrat eine sehr bestimmte, fest umrissene, originelle Interpretation des Marxismus und ein klares politisches Programm. Und vor allem: Sie hatte eine unzweideutig revolutionäre und kritische Haltung gegenüber den ‚stalinistischen‘ Gesellschaftssystemen.“



Foto: Stephan Hoppe

Noch größeren Einfluss auf von Oertzens Positionen übte Erich Gerlach aus, ein Schüler des marxistischen Philosophen Karl Korsch. Gerlach, Landtagsabgeordneter im niedersächsischen Northeim, war einer der wenigen, der nach 1945 die Erfahrungen der europäischen Arbeiterbewegung und insbesondere des spanischen Anarchosyndikalismus fruchtbar zu machen suchte. Mit Gerlach, Mandel, Wolfgang Abendroth, Siegfried Braun und anderen kooperierte von Oertzen ab Mitte der 50er Jahre in der „Sozialistischen Politik“ (SoPo), einer kleinen Zeitschrift, in deren Redaktion wichtige Positionen der außerparlamentarischen Opposition der 60er Jahre vorgedacht wurden. Von Oertzens Habilitationsschrift über die Rätebewegung 1918/19 basierte wesentlich auf den im Rahmen der SoPo diskutierten Positionen und richtete sich gegen die etatistischen Varianten der Arbeiterbewegung, für die der Stalinismus ebenso wie die Sozialdemokratie stand.

Die kleinen politischen Kreise hielt er dennoch für unzureichend. Ende der 60er Jahre vollzog von Oertzen für viele seiner Freunde überraschend den Sprung in die Landes- und Bundespolitik. Es war jene Phase, als die Möglichkeit grundsätzlicher Strukturreformen aufschien. Dennoch blieb er – trotz aller zeitweiligen Erfolge – in der SPD ein geistiger Fremdkörper. Er sei ein Sozialist, „der aus wohlwogenden, langfristigen strategischen Gründen Mitglied der SPD“ geworden sei. Sein Austritt aus der Partei 2003 war insofern ebenso folgerichtig wie seine Kritik an der PDS. Peter von Oertzen blieb bis zuletzt ein selbstkritischer Querdenker: Sperrig zum Geist seiner Zeit. *[Gregor Kritisidis]*

□ DL21 lehnt private Investoren im Bahnverkehr ab

Die SPD-Linke (Forum DL21) lehnt eine Beteiligung privater Investoren am Bahnverkehr nach wie vor strikt ab. Im Südwestrundfunk (SWR) sagte DL21-Sprecher Björn Böhning am 14.04., auch wenn dieser Bereich der Daseinsfürsorge nur zu knapp einem Viertel verkauft werden solle, sei die Gefahr der Einflussnahme auf die Unternehmenspolitik immer noch zu groß. Die Idee, fast 25 Prozent der Anteile am Bahnbetrieb zu veräußern, widerspreche damit dem Willen des Hamburger SPD-Parteitags vom Oktober vergangenen Jahres. Der Parteitagsbeschluss zur Bahnreform gehöre zur „Grundüberzeugung“ von 70-80 Prozent der SPD-Mitglieder, die man „nicht einfach durch einen Kompromiss übergehen“ könne, sagte Böhning.

□ Rossmann als PL-Sprecher bestätigt

Auf ihrer Mitgliederversammlung am 11. März haben die Mitglieder der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion turnusgemäß für ein Jahr ihren Vorstand neu gewählt. Dabei wurde Dr. Ernst Dieter Rossmann in seiner Funktion als PL-Sprecher einstimmig bestätigt. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wählte die Versammlung Niels Annen, Christine Lambrecht und Andreas Steppuhn, Schatzmeisterin ist Petra Merkel.

Mitglieder des erweiterten Vorstands sind Elke Ferner, Gabriele Hiller-Ohm, Michael Müller, René Röspel, Ortwin Runde und Dr. Marlies Volkmer. Darüber hinaus verabschiedete die Mitgliederversammlung eine Positionsbestimmung der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion zur Föderalismusreform II. Darin bekennt sich die PL ausdrücklich zum dem Ziel einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung. Jedoch muss jede neue Regelung zur Staatsverschuldung mit Blick auf die letzten Jahre den Realitätstauglichkeitstest bestehen sowie die konjunkturpolitische Handlungsfä-

higkeit des Staates sicherstellen. Das Papier „Sparen in der Zeit statt Schuldenbremsen bis in die Not“ ist als Artikel von Ortwin Runde und Petra Merkel in diesem Heft abgedruckt.

□ Neue Broschüre erschienen: Die grüne Zukunft rot gestalten

Die Arbeit von Kai Niebert geht der Frage nach, wie die Leitziele ökonomischer Wertschöpfung, ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit miteinander in Einklang gebracht werden können. Niebert stellt verschiedene Instrumente, wie das Top-Runner-Prinzip, Effizienzagenturen oder Ressourcensteuern vor, und erläutert die sozialen Auswirkungen einer nachhaltigen Politik anhand verschiedener Studien. Am Beispiel unterschiedlicher Szenarien werden die positiven Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigung und die Verteilungsgerechtigkeit aufgezeigt.

Das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie habe sich qualitativ verändert und die soziale Dimension rücke stärker in den Mittelpunkt, so der Sprecher der Parlamentarischen Linken, Ernst Dieter Rossmann im Vorwort. Es gehe deshalb nicht nur um die Schaffung und Sicherung guter Beschäftigung, sondern auch um eine saubere Umwelt und den Zugang zu bezahlbarer Energie. So träfen z.B. hohe Energiekosten insbesondere Menschen mit geringem Einkommen. Der Markt finde nicht zu Lösungen. „Wir brauchen einen Staat, der als Pionier neue Wege zu innovationsorientierter und sozial gerechter Umwelt- und Wirtschaftspolitik weist. Er kann und muss mit anspruchsvollen Benchmarks und Grenzwerten Innovationsimpulse geben“, so Rossmann.

► **Download:** www.parlamentarische-linke.de

□ Wilhelmy zu Wiese Consult

Frank Wilhelmy (46) wechselt Ende März als Mitglied der Geschäftsführung und Politikberater zur Berliner Agentur Wiese Consult. Der promovierte Politikwissenschaftler war seit 2003 Landesgeschäftsführer der SPD Niedersachsen. Zuvor war Wilhelmy für die SPD in unterschiedlichen Funktionen sowohl auf kommunaler, landes- und bundespolitischer als auch internationaler Ebene tätig. Die Funktion des Landesgeschäftsführers wird Kolja Baxmann (35) bis zum Landesparteitag am 21. Juni kommissarisch übernehmen. Inhaber von Wiese Consult ist der ehemalige Landesgeschäftsführer und Vorgänger von Wilhelmy, Heino Wiese.

□ Holger Poppenhäger als Vorsitzender im SPD-Kreisverband Erfurt bestätigt

Die SPD Erfurt hat auf ihrem Kreisparteitag am 15. März 2008 einen neuen Vorstand gewählt. Dr. Holger Poppenhäger, der auch Vorstandsmitglied im Forum DL21 ist, wurde mit 2/3-Mehrheit der Stimmen in seinem Amt als Kreisvorsitzender bestätigt. Poppenhäger schlug in seiner Rede einen Bogen vom Erreichten der vergangenen zwei Jahre zum Superwahljahr 2009. Mit der erfolgreichen Oberbürgermeisterwahl im Jahr 2006 legte die SPD Erfurt dabei Ihr Meisterstück ab. Daran soll in den Wahlen des nächsten Jahres angeknüpft werden, in denen die SPD bei der Kommunalwahl stärkste Kraft werden und Direktmandate bei der Bundes- und Landtagswahl erreichen will. „Seit dem letzten Parteitag im September sind zahlreiche Beschlüsse bereits in konkrete Politik gemündet, so zum Beispiel die Initiative ‚Kultur populär‘, die auf Beschlüsse der SPD zurück geht“, so Poppenhäger. Auch bei der Weiterentwicklung der Partei konnten Erfolge erzielt werden. So habe die Erfurter SPD in den vergangenen zwei Jahren, entgegen dem Trend der anderen Parteien, um 3,5% an Mitgliedern zugelegt.

□ DL 21 Baden-Württemberg fordert Stopp des Gesundheitsfonds

Der Sprecherkreis des Forums DL 21 / Landesgruppe Baden-Württemberg fordert die Aufgabe des Gesundheitsfonds, da dieser empfindliche Belastungen für die Krankenversicherten bringen werde! Der Gesundheitsfonds werde die soziale Ungleichheit im Gesundheitssystem verstärken, so der Sprecherkreis der DL 21. Wesentlich höhere Beiträge zur Krankenversicherung, die Gefahr von Zusatzprämien und weiterhin hohe Zuzahlungen werde die Solidarität in der Krankenversicherung weiter aushöhlen.

Experten gingen schon jetzt davon aus, dass mit Einführung des Gesundheitsfonds der Beitragssatz von jetzt durchschnittlich 14,8 Prozent auf 15 bis 15,2 Prozent des Bruttoeinkommens für alle steigen werde. Hinzu käme eine wahrscheinliche Zusatzprämie, die allein von den Versicherten zu zahlen sei. Mit der jetzt schon hohen Eigenbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Gesundheitswesen würden nach Einführung der Gesundheitsfonds insbesondere Geringverdiener, Familien und Rentner belastet. Ein morbiditätsbezogener Risikostrukturausgleich ist für große Versorgerkassen zwingend erforderlich. Es bestehe die große Gefahr, dass die Krankenkassen um möglichst gesunde Versicherte, die keine größeren Kosten verursachen, konkurrieren und die Solidarität mit denen, die chronisch krank sind oder schwerst krank sind leide. Noch könne der Gesundheitsfonds, der zum 1. Januar 2009 starten soll, gestoppt werden, so der DL 21 Sprecherkreis!

► **Veranstaltung:** „Global Governance und globale Gerechtigkeit“ des Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie Kassel und der Friedrich-Ebert-Stiftung am 28. April 2008

► **Veranstaltung:** In der Reihe „Fortschritt in gesellschaftlicher Verantwortung“ diskutieren am Montag, 28. April 2008, 19.30 - 21.30 Uhr:

- Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- Prof. Dr. Hans-Jürgen Burchardt, Fachgebiet für Internationale und intergesellschaftliche Beziehungen, Universität Kassel
- Moderation: Horst Peter, Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie Kassel
- ▶ **Veranstaltungsort:** Eulensaal der Murhardtschen Bibliothek, Brüder-Grimm-Platz 4a, 34117 Kassel

Ohne diesen weit über die bezahlten Maße hinausgehenden Einsatz für die spw wäre die Zeitschrift heute nicht das, was sie ist. Dass die spw heute einen herausgehobenen Platz im sozialdemokratisch-publizistischen Spektrum innehat, ist nicht zuletzt der Arbeit von Reinhold „geschuldet“. Wir danken Reinhold für die geleistete Arbeit und wünschen ihm bei seiner neuen Aufgabe als Geschäftsführer des Forums DL 21 alles Gute! Reinhold, Du hast Dich um die spw verdient gemacht! *[Björn Böhning]*

□ Danke Reinhold Rünker!

Seit dem Jahr 2000 war Reinhold Rünker Redaktionssekretär der Zeitschrift spw. Er übernahm in einer für die spw nicht ganz einfachen Situation diese Aufgabe. Denn schon damals war die Frage nach einer Orientierung auf die SPD oder der Suche nach Alternativen zur Sozialdemokratie eine Diskussion, die auch im spw-Spektrum kontrovers geführt wurde. Die klare Entscheidung, eine programmatische Zeitschrift auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie zu sein, hat Reinhold entscheidend mitgeprägt und in der konkreten Arbeit mit uner-schöpflichem Einsatz umgesetzt.

Zuletzt hat Reinhold den Relaunch der Zeitschrift angestoßen und organisatorisch betreut. Er hat damit erheblich dazu beigetragen, dass die spw heute als diskursive, kritische und linkssozialdemokratische Plattform im modernen Format erscheint.



↳ Reinhold Rünker
Foto: privat

□ spw: Wechsel zu Stefan Stache



↳ Stefan Stache
Foto: Thilo Nass

Stefan Stache hat am 01. April 2008 die Nachfolge von Reinhold Rünker als Chefredakteur bei der spw übernommen. Der 31-Jährige studierte an der Universität Hannover Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte und arbeitete danach für die Gewerkschaft ver.di und den SPD-Bundestagsabgeordneten Matthias Miersch. Ehrenamtlich war er unter anderem als Geschäftsführer des Juso-Bezirk-Hannover und als Mitglied des Juso-Bundesausschusses aktiv und ist heute Landespressesprecher der Humanistischen Union Niedersachsen.



5 Fragen an ... Dieter Scholz



↳ Dieter Scholz; Foto: privat

» Dieter Scholz, Jahrgang 1947, machte zunächst eine Ausbildung als Elektromechaniker und studierte später Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Sein politisches Engagement begann in der SPD, der er gebürtige Berliner 1970 im Alter von 23 Jahren beitrug. Von 1978 bis 1980 führte er die Berliner Jungsozialisten als deren Vorsitzender. Dieter arbeitete 1984 als Wahlkampfreferent des SPD-Spitzenkandidaten Harry Ristock und danach als Referent des Bundestagsabgeordneten Jürgen Egert, bevor er seinen Weg zu den Gewerkschaften fand. Seit 1998 hat er die Position des Vorsitzenden des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg inne. Dieter ist seiner Heimatstadt Berlin treu geblieben und lebt dort heute mit seiner Partnerin in Mitte. Er hat zwei erwachsene Söhne.

spw: Was waren die wichtigsten Meilensteine in deinem politischen Leben?

» **Dieter Scholz:** Es gibt nur einen wirklich wichtigen Meilenstein in meinem politischen Leben. Das war der Beginn meines politischen Denkens ausgelöst durch die Frage: Wer schafft die Werte in unserer Gesellschaft und wer bestimmt über ihre Verwendung? Aus dieser kurzen aber wirkungsvollen Intervention in mein junges Leben als Facharbeiter Ende der 60er Jahre leiten sich alle weiteren Stationen meines politischen Lebens mehr oder weniger zufällig ab. Am meisten geprägt hat mich die Diskussion über den historischen und dialektischen Materialismus in meiner Studienzeit und der Versuch, ihn zu begreifen. Ich hege Zweifel, ob mir das gelungen ist.

spw: Welche politische Entscheidung bereust du oder würdest du heute anders machen?

» **Dieter Scholz:** All meine Irrtümer sind wertvoll und ich bereue nichts! Ansonsten fällt mir hier sinngemäß Herr Keuner ein: Ich bin sehr beschäftigt, ich bereite meinen nächsten Irrtum vor.



↳ Dieter Scholz, historisches Bild aus den 70er Jahren.

Foto: privat

spw: Berlin hat sich seit dem Mauerfall verändert. Was konntest du in der vereinten Stadt für dich neu entdecken oder von den Menschen aus Ostberlin lernen?

Dieter Scholz: Das „Glitzer-Berlin“ verdeckt die vielen bewegenden Biografien, die wie an keinem anderen Ort Deutschlands von den Widersprüchen der Geschichte geprägt sind, und das Gemeinsame vieler Menschen in dieser Stadt – ob Ost, ob West –, die mehr Aufmerksamkeit und Akzeptanz verdienen würden.

spw: Wie hat sich dein Verhältnis zu den Gewerkschaftern entwickelt, die zur WASG gegangen und heute bei der Linken sind?

Dieter Scholz: Ich messe Kollegen in ihrer Gewerkschaftsarbeit nicht an Parteizugehörigkeiten. Der DGB in Berlin-Brandenburg hat außerdem schon immer Kontakte zur Linken und ihren Vorläufern unterhalten. Außerdem sind sie in Berlin seit einigen Jahren mit an der Regierung. Die Aufregungen aus dem Westteil der Republik bewegen uns daher nicht so.

spw: Wie würdest du den Entwicklungsprozess im Verhältnis von der SPD zu den Gewerkschaften über die Jahre deiner politischen Aktivität beschreiben?

Dieter Scholz: Die Gewerkschaften sind in ihrer politischen Kultur sozialdemokratisch geblieben – positiv wie negativ.

spw: Dieter, vielen Dank für das Gespräch. ■

■ Materialismus, dialektischer, materialistischer

Der Materialismus ist eine philosophische Strömung, die sich als Gegenbewegung des v.a. in Deutschland im 19. Jh. stark vertretenen Idealismus verstand. Die Materialisten traten v. a. durch ihre Religionskritik auf und vertraten die Position, dass in der Natur und in der menschlichen Geschichte keine übernatürlichen (metaphysischen) Kräfte walten. Marx und Engels begannen mit dieser Kritik am Idealismus und der Entwicklung einer materialistischen Geschichtsphilosophie (historischer Materialismus) ihre Zusammenarbeit. Als dialektischer Materialismus wird die Anwendung der Hegelschen Dialektik auf die Entwicklung der Materie, der Natur und der menschlichen Geschichte bezeichnet. Damit wandten sich Marx und Engels erstens gegen Hegels Idealismus und zweitens gegen den Determinismus anderer materialistischer Denker.

[Quelle: Glossar zu „Grundlagen Sozialistischer Politik“, hrsg. vom Jusso-Landesverband NRW 1999]